

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich
2.- Reichsmark voraus zahlen.
Unter Streifenband im In- und
Ausland 3.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten
Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“
sowie den Beilagen „Unterhaltung
und Wissen“, „Aus der Welt“,
„Krautstimm“, „Der Kinder-
freund“, „Jugend-Vorwärts“, „Wid
in die Zukunft“ und „Kultur-
arbeit“ erscheint wöchentlich ein-
mal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreise:
Die einseitige Honorar-
stelle 50 Pfennig, Reklameweile
5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 25 Pfennig
(außer zwei fertige Wörter).
Jedes weitere Wort 13 Pfennig.
Stellenangebote das erste Wort
15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buch-
staben zahlen für zwei Worte.
Arbeitsmarkt-Liste 60 Pfennig.
Kommissionen für Abonnenten
Reife 40 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft,
Unter den Eichen 3, wochenttäglich von
9 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 29. Oktober 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebskonte: Berlin 27 536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 45; Disconto-Gesellschaft, Breitensteinfeldstr. 2.

Das Zentrum in Verlegenheit.

Deutschnationale Richtlinienverleugnung. — Erbitterung der Zentrumsarbeiter.

In der Reichstagsfraktion des Zentrums hat man sich am
Donnerstag stundenlang darüber unterhalten, wer die Zu-
schrift „aus parlamentarischen Kreisen des Zentrums“ an den „Soz.
PresseDienst“ gerichtet haben könnte und wie ähnliche Vorfälle
in Zukunft zu vermeiden sind. Die eigentliche Ursache
dieser Zuschrift hat man aber aus guten Gründen nicht untersucht,
trotzdem sie sehr nahe lag. Es steht heute z. B. fest,

daß die Zentrumsarbeiter und die Öffentlichkeit ohne die Zu-
schrift niemals etwas von dem negativen Ausgang der Ver-
handlungen zwischen Zentrum und Deutschnationalen erfahren
hätten.

Der in der Zuschrift zum Ausdruck kommende Vorstoß sollte das
verleihen und wollte die Zentrumsfraktion vor allem an ihre eigenen
Versicherungen erinnern. Sie hat zwar Wachsamkeit gegenüber den
deutschen Monarchisten gelobt und auch Versuche dazu gemacht. Was
dabei herausgekommen ist, haben die letzten Verhandlungen mit den
Deutschnationalen gezeigt.

Das Ergebnis erschien selbst den Führern des Zentrums
dürftig und flüchtig. Andererseits wollten sie angesichts
des Reichsschulgesetzes aus der Situation keine Konse-
quenzen ziehen. So entstand der felsenfeste Entschluß, der Öffentlich-
keit mindestens bis auf weiteres das Ergebnis vorzuent-
halten. Bisher aber hatte die ganze Zentrumspresse versichert,
daß es so wie bisher nicht weiter geht und die Deutsch-
nationalen jetzt klipp und klar erklären müßten, ob sie in Zukunft zu
den Richtlinien stehen wollen oder nicht. Diese Lücke wurde auch
dann noch fortgesetzt, als die Verhandlungen längst
negativ verlaufen waren und die Zentrumspresse darüber
informiert war. Die von uns veröffentlichte Zuschrift aus parla-
mentarischen Kreisen des Zentrums hat diesem Doppelspiel ein Ende
gesetzt. Das Zentrum wurde gezwungen, Farbe zu bekennen, und
es hat inzwischen bekannt,

daß die Deutschnationalen als republikanische Regierungspartei
gar nicht daran denken, auf ihre verheerende Propaganda für die
Monarchie zu verzichten.

Was soll nun werden? Die Zentrumsfraktion selbst
hat ihre weiteren Absichten bisher verschwiegen, obwohl ihr Vor-
sitzender wiederholt öffentlich zu erkennen gegeben hat, daß die
monarchistische Propaganda der Deutschnationalen im Wider-
spruch zu den Richtlinien stehe. Wahrscheinlich weiß das
Zentrum selbst noch nicht, wie es den stürmischen Forderungen seiner
Anhänger gerecht werden soll, ohne die gegenwärtige Regierungs-
koalition zu gefährden. Aber schließlich wird es auf irgendeine Art
nochmals zu der Auslegung der Richtlinien durch die
Deutschnationalen in aller Öffentlichkeit Stellung nehmen
müssen; denn die Arbeitnehmer des Zentrums verlangen Klarheit,
und daß die in ihren Reihen seit langem sich breit machende Miß-
stimmung immer größer wird, zeigt in den letzten Tagen
sowohl die rechts- wie linksgerichtete Zentrumspresse. Trotzdem
wird die geforderte Klarheit nicht eintreten, solange es in der Zen-
trumsfraktion wie bisher an dem entschiedenen Willen fehlt. Sie
muß deshalb mit weiteren „Zuschriften aus parlamen-
tarischen Kreisen des Zentrums rechnen, solange sie
nicht endlich ihre Versicherungen wahr macht und ihr Bekenntnis zur
republikanischen Staatsform auch nachdrücklich mit Erfolg
gegenüber den deutschnationalen Monarchisten vertritt.

In dem Bericht der Reichstagsfraktion des Zentrums über die
Donnerstagsstunde heißt es u. a., daß die „aus parlamentarischen
Kreisen des Zentrums“ stammenden Veröffentlichungen des „Soz.
PresseDienst“ „stark mit Uebertreibungen und
Entstellungen“ arbeiten. Demgegenüber schreibt die „Tre-
monia“ in Dortmund, ein rechtsgerichtetes Zentrumsorgan:

„Es sind keine Unrichtigkeiten, die da in häßlicher
Weise ausgeplaudert werden. Aber es sind Vorgänge, die ver-
traulich behandelt werden sollten. Es liegt hier
also eine bedauerliche Indiskretion vor. Wir zweifeln
übrigens nicht daran, daß die Angabe des „Soz. PresseDienst“
über die Quelle der Ausführungen richtig ist.“

Die Auslassungen der Reichstagsfraktion des Zentrums über die
Zuschrift können kaum besser widerlegt werden.

Ostpreußens Stellung im Reich.

Beratungen im Reichskabinett.

Das Reichskabinett befaßte sich am Freitag mit den Wünschen
Ostpreußens, die sich auf eine einheitliche Behandlung des
Rechtsverkehrs der dortigen Wirtschaftskreise mit der Reichs-
regierung beziehen. An den Besprechungen nahm der preußische
Minister des Innern teil. Es herrschte Uebereinstimmung
darüber, daß den Wünschen entsprechend, im nächsten Einvernehmen
mit der preußischen Staatsregierung die bestehende Verwaltungs-
stelle im Reichsministerium des Innern ausgebaut wird, die mit den
zuständigen übrigen Reichsministerien, den in Frage kommenden
preußischen Ressorts und dem Vertreter Ostpreußens zusammen-
arbeiten soll. Die Bestimmung von Einzelheiten, die in einfachster
Form gestaltet werden sollen, blieb weiteren Besprechungen vor-
behalten.

Ungarischer Nationalfeiertag.

Die Schande von heute zitiert die große
Vergangenheit.

Horthy-Ungarn, das die Arbeiterbewegung auf das brutalste
verfolgt, dieses Regime, das wie kaum ein anderes mit unschuldig
vergossenem Blut und mit Schande aller Art bedeckt ist, das die
Rechtsgleichheit aller Staatsbürger durch die zahlenmäßige Be-
schränkung des Hochschulsstudiums junger Juden und durch die straf-
los bleibenden Halenkreuzlerregelle täglich neu verneint, feiert einen
Nationalfeiertag seit jenen 15. März, an dem 1848 die Habsburger
der liberal-demokratischen Revolutionsverfassung zustimmten.
Diese Festlegung geschieht durch einen schwülstigen „Beschlußartikel“.

Wenn aber gleichzeitig und mit Zustimmung der Regierung
der Parlamentsplatz nach Ludwig Kossuth, dem Erzfeind der
Habsburger benannt wird, so ist das wenigstens eine Kundgebung
gegen jenen „Legitimus“ der Uppony, Andrássy und sonstiger
Grafen, die das Habsburgerreich wieder aufrichten wollen.

Und während all dieser Festlichkeiten schwören die Horthy-
Polizisten im Kommunistenprozeß ihre viehischen Mißhand-
lungen der Verhafteten zur Beständnisverpressung höhnischelnd ab.

Die Angestelltenversicherung.

Von S. Aufhäuser.

Als 1913 die erste Wahl zu den Selbstverwaltungs-
körpern der Angestelltenversicherung stattfand, zählten
die freien Angestelltenverbände im ganzen Reich etwa
50 000 Mitglieder; der Deutschnationale Handlungsgehilfen-
verband beherrschte das Feld. Er war Kugnießer des
Standesdünkels und der gesellschaftlichen Vorurteile
bei den Angestellten. Das deutsche Unternehmertum, das die
Schaffung einer Sonderversicherung für die Angestellten als
politisches Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie und zur
Isolierung der Angestellten von den Arbeitern durchgesetzt
hatte war von dem damaligen Wahlergebnis hoch befriedigt.

Die zweite Wahl konnte 1918 nicht stattfinden, wurde
aber dann durch die bürgerlichen Angestelltenverbände bis
zum Jahre 1922 weiter verschleppt. Das bestehende
doppelt indirekte Wahlsystem, dessen Schöpfer
das alte preußische Dreiklassenwahlrecht zum Vorbild ge-
nommen hatten, und die besonders festgelegte Benachteiligung
der großen Industriestädte gegenüber dem flachen Lande
kamen nochmals den Deutschnationalen und ihrem Anhängel
zugute; immerhin konnte der AFA-Bund von 260 975 ab-
gegebenen Stimmen über die Hälfte, nämlich 136 073, auf
seine Vertrauensmännerlisten vereinigen.

Dieses Ergebnis veranlaßte die Reichsversicherungs-
anstalt für Angestellte, den sogenannten „Hauptauschuß“
(das sind die vereinigten bürgerlichen Angestelltenverbände),
und den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, in halber Ein-
tracht 1924 einen großen Wahlrechtsraub vor-
zunehmen. Obwohl die Angestelltenversicherung durch die
Novelle von 1922 ihren Perimeter durch Einbeziehung
aller Bureauangestellten, der Werkmeistergruppen und vieler
anderen neuen Berufsschichten der Angestellten gewaltig er-
weitert hatte, ließ man den Verwaltungsrat und das Direk-
torium neu wählen, ohne daß die Wahlmänner, nämlich die
Vertrauensmänner, vorher neu gewählt worden wären.
Zehntausende von Angestellten, die seit dem November 1922
neu in die Angestelltenversicherung einbezogen worden waren,
sind damals bei jenem ungeleglichen Wahlakt vollkommen
entrechtet worden.

Der AFA-Bund hat sich mit seinen Vertrauensmännern
an jenem Gewaltstreik nicht beteiligt. Bei den bevor-
stehenden Neuwahlen, die in Berlin am 13. November statt-
finden, wird der schwarzweißrote Deutschnationale Hand-
lungsgehilfenverband, der den „republikanischen“ Gewerk-
schaftsbund der Angestellten und den Verband der weiblichen
Handels- und Bureauangestellten immer noch an der Leine
führen darf, die gebührende Antwort bekommen. Die bürger-
lichen Parteien des Reichstags haben noch vor kurzer Zeit
die Demokratisierung des Wahlrechts zur Angestelltenver-
sicherung gemäß den sozialdemokratischen Vorschlägen abgelehnt
und lediglich ein Pluralwahlrecht geschaffen, das die
Entrechtung der Industriestädte keineswegs auf-
hebt. Die freigewerkschaftliche Angestelltenbewegung ist aber
heute stark genug, um sich trotzdem im künftigen Verwaltungs-
rat und Direktorium Geltung zu verschaffen.

Der große Gedanke einer Vereinheitlichung der
gesamten Sozialversicherung ist von der in den letzten Jahren
gewachsenen Reaktion nicht nur bekämpft sondern sabotiert
worden. Bis zum Frühjahr 1922 hatte die Möglichkeit
bestanden, die zersplitterte Sozialversicherung derart zu-
sammenzufassen, daß aus den einzelnen Versicherungszweigen
jeweils die besten Bestimmungen, also auch die Vorzüge
der Angestelltenversicherung, hätten mitübernommen werden
können. Die Mehrheit des Sozialpolitischen Ausschusses des
Reichstags hatte um die Jahreswende 1921/22 entsprechende
Anträge der Sozialdemokraten vorliegen, lehnte es aber ab,
auch nur in eine Prüfung einzutreten und verhinderte die
Beratung. Da am 1. Januar 1923 die zehnjährige Warte-
zeit der 1913 in Kraft getretenen Angestelltenversicherung
abließ, so kam es unseren Gegnern darauf an, vor diesem
Zeitpunkt eine Vereinheitlichung der Sozialversicherung mit
allen Mitteln zu verhindern.

Der AFA-Bund hat indes keine Zeit veräuht, um nach
dieser Sachlage den Ausbau der Angestelltenversicherung mit
aller Entschiedenheit zu vertreten, und er hat dabei die
stärkste Unterstützung der sozialdemokratischen Reichstags-
fraktion gefunden. Die Hauptauschüßverreiter im Reichstag
hatten schon im Juli 1921 versucht, große Beitragserhöhungen
vor der Sommerpause des Parlaments durchzusetzen,
ohne die durch die Inflation vollkommen entwerteten
Leistungen der Versicherung mit zu erhöhen. Dieser Anschlag
auf die Versicherten wurde abgelehnt und alle weiteren
Verschleppungsversuche konnten es nicht verhindern, den
Reichstag im März 1925 zu einer großen Auseinandersetzung
über die Hungerrenten der Angestelltenversicherung zu
veranlassen. Selbst der Hauptauschüß hatte dringliche Rei-
schreie an das Reichsparlament gerichtet, wurde aber von
seinen eigenen Abgeordneten im Stich gelassen. Er hat
begrüßte sich damit, den oberen Angestellten eine be-

Wahl zur Angestellten-Versicherung.

Wahlprogramm des AFA-Bundes.

Der AFA-Bund hat für den Ausbau der Leistungen
und der Selbstverwaltung in der Angestelltenversicherung
gemäß seinen bisher schon vertretenen Forderungen ein
Wahlprogramm beschlossen, das von der sozialdemo-
kratischen Fraktion am 20. Oktober in dem folgenden
Antrag (Drucksache Nr. 3676) dem Reichstage zur Beratung
unterbreitet worden ist.

- Der Reichstag wolle beschließen:
- die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst eine Vorlage zu machen,
die einen Ausbau des Angestelltenversicherungsgesetzes nach fol-
genden Vorschlägen bezieht:
 - Ausdehnung der Angestelltenversicherung auf die Angestellten aller
Berufe ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens.
 - Erhöhung der Renten ohne Beitragserhöhung.
 - Steigerung des Grundbeitrages von 480 auf 720 M. jährlich.
 - Umrechnung der geleisteten Beiträge (Steigerungssatz) mit 20 statt
bisher 15 Proz.
 - Doppelung des Kindergeldes von 90 auf 180 M.

- Aufwertung der früheren Beiträge in allen Gehaltsklassen.
- Herabsetzung der Wartezeit für den Rentenbezug von 10 auf 5 Jahre.
- Herabsetzung der Altersgrenze vom 65. auf das 60. Lebensjahr.
- Volle Umrechnung der beitragsfreien Zeiten bei Stellenlosigkeit.
- Verhinderung willkürlicher Ablehnung von Heilverfahren durch
geschlechtlich gesicherten Rechtsanspruch.
- Schutz der Versicherten gegen unsoziale Anlage ihrer Beitragsgelder.
- Billige Darlehen an die Angestellten, insbesondere zum Wohnungsbau.
- Schaffung eines ehrenamtlichen Vorstandes, zwei Drittel Versicherte,
ein Drittel Arbeitgeber.
- Reform des Vertrauensmännerwesens, keine Arbeitgeber als Ver-
trauensmänner.
- Entlastung der Vertrauensmänner von der Wahlmännerpflicht.
- Erweiterung der Befugnisse der Vertrauensmänner als Berater
und Vertreter der Versicherten.
- Auskunftspflicht des Vorstandes an die Vertrauensmänner.
- Abaffung des indirekten Wahlsystems, Einführung von Urwahlen
durch die Versicherten.

Scheidene Aufwertung ihrer früher geleisteten Beiträge zu geben, zwei Drittel der Versicherten blieben auch dabei noch unberücksichtigt. Den Rentnern, den Hinterbliebenen und den Waisen verabreichte man eine „Resolution“, damit sie etwas zu lesen hätten. Als der Abgeordnete Thiel im Reichstag von der Linken darauf aufmerksam gemacht wurde, daß doch sein eigener Hauptanspruch die Rentenerhöhung dringend fordere, erklärte er kaltblütig:

„Einmal bin ich nicht politischer Vertreter des Hauptausschusses, sondern in meinen politischen Entscheidungen unter allen Umständen völlig frei . . .“

Am übrigen verschante er sich hinter die ablehnenden Erklärungen der Reichsregierung.

Als man schließlich im Juli 1925 eine Novelle zur Angestelltenversicherung nicht mehr verhindern konnte, wurden die im jetzigen Wahlprogramm des AFA-Bundes enthaltenen, damals bereits gestellten Forderungen abgelehnt und vollkommen ungenügende Leistungen beschlossen. Der Mehraufwand hätte nach unseren Forderungen, die die Sozialdemokratie in ihre Anträge aufgenommen hatte, etwas über 40 Millionen Mark betragen. Der Beitragsüberschuß der Reichsanstalt für Angestelltenversicherung aber betrug Ende 1925 nicht weniger als 144,5 Millionen Mark; er hätte also bei Bewilligung der AFA-Forderungen für dieses eine Jahr immer noch 100 Millionen betragen. Dafür haben aber die Hauptanspruchvertreter die Beiträge im Juli 1925 um ein Drittel erhöht. Unsere wiederholt gestellten Anträge, das Heilverfahren obligatorisch zu regeln, wenigstens für die Fälle, in denen der Vertrauensarzt die Einleitung begutachtet, wurden immer wieder abgelehnt. Der Zustand, daß etwa 40 Proz. der Anträge auf Heilverfahren abgelehnt werden, soll also bestehen bleiben. Dabei kostet das Heilverfahren noch nicht die Hälfte der bei der Reichsanstalt für Angestelltenversicherung anlaufenden Zinsen!

Das ganze Ausmaß brutaler Rentenquetscherie zeigt sich, wenn man die monatliche Durchschnittsrente, die nach dem Jahresbericht 60 M. monatlich beträgt, der Kapitalverzinsung gegenüberstellt. Die Reichsanstalt für Angestelltenversicherung, die nach der Inflation kein Vermögen mehr hatte, verfügt am Wahltag über rund 600 Millionen Mark Reserve, bis Ende 1927 über mindestens 2 Milliarden Mark. Die Erklärung für jenes System, bei dem trotz unerhörter Kapitalanammlung die Rentner hungern müssen, hat ein prominenter Vertreter des Reichsarbeitsministeriums auf der Tagung der Landesversicherungsanstalten (Invalidentversicherung) mit folgenden Worten gegeben:

„Es gibt keine Kapitalanammlung (in der Invalidentversicherung) abgesehen von der Angestelltenversicherung, die einen Beitragsüberschuß hat. Dieser Beitragsüberschuß fließt aber sofort wieder in die Wirtschaft, aus der die Beiträge stammen, zurück als langfristige nicht teure Kredite, und es wird von der Wirtschaft außerordentlich begrüßt, daß die Reichsanstalt für Angestelltenversicherung ihre Mittel sofort wieder herausgibt.“

Diese Erklärung entspricht der heutigen Vermögensverwaltung der Reichsversicherungsanstalt. Ihre Millionen fließen der Landwirtschaft und der Industrie als billige Kredite zu, während die für den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel lächerlich geringe Summen ausmachen.

Die vom AFA-Bund aufgestellten Forderungen für die künftigen Leistungen sind nachweislich ohne jede Beitragserhöhung durchführbar; die Mißstände in der Vermögensverwaltung aber müssen ein Grund mehr sein, die Selbstverwaltung auszubauen und gewerkschaftlich orientierte Angestelltenvertreter in sie zu entsenden. Die Angestellten haben es am 13. November in der Hand, durch die Wahl der Vertrauensmänner der AFA-Berände die heutige Angestelltenversicherung von einem Bankinstitut der Landwirtschaft und der Industrie zu einer echten Sozialversicherung zu entwickeln.

Keudell!

Man erklärt sich nach dem Urteil.

Der Reichsrat hat in öffentlicher Sitzung Herrn v. Keudell beschuldigt, daß er falsche Anschuldigungen erhoben hat. Der Reichsrat hat versucht, aus Herrn v. Keudell eine Erklärung herauszupressen, die Charakter offenbart. Der Erfolg? Hier ist die Erklärung des Herrn v. Keudell an den Berichterstatter des Reichsrats, v. Boden:

„Berlin, den 28. Oktober 1927.“

Sehr verehrte Excellenz! Herr Staatssekretär Zweigert hat mir von dem gestrigen Beschluß des Reichsrats Mitteilung gemacht, in welchem dieser zu meiner gegen Herrn Ministerialdirektor Badi gerichteten Erklärung vom 14. Juli d. J. Stellung genommen hat.

Der Beschluß gibt mir insoweit, als er sich mit der Frage der Vertraulichkeit der Ausschussführung befaßt, Anlaß zu folgender Mitteilung:

Das Reichsministerium des Innern hat sich stets für verpflichtet gehalten, der Bestimmung der Geschäftsordnung des Reichsrats über die Wahrung der Vertraulichkeit von Ausschussberatungen eine möglichst enge Auslegung zu geben. Der Reichsrat, welcher über die Handhabung seiner Geschäftsordnung selbst befindet, hat durch den erwähnten Beschluß diese Frage in einer den Landesvertretern weitgehenden Spielraum gewährenden, von meiner Ansicht abweichenden Weise interpretiert. Nach dieser Auslegung hat ein Bruch der Vertraulichkeit nicht stattgefunden. Ich trage dieser Auffassung selbstverständlich Rechnung.

Ihr Excellenz wäre ich zu besonderem Dank verbunden, wenn Sie diese Mitteilung, welche ich gleichzeitig der Presse übergebe, in der Ihnen geeignet erscheinenden Form dem Reichsrat zukommen die Güte hätten.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Verehrung habe ich die Ehre zu sein Ihr Excellenz sehr ergebener
gez. Dr. v. Keudell, Reichsminister des Innern.“

Die „Erklärung“ sehen wir also. Aber den Charakter?

Vertrag gegen Gefinnung.

Die deutschnationale Auslegung der Richtlinien.

Zu den Mitteilungen, die der Zentrumsmann v. Guérard vor seiner Fraktion über die Stellung der Deutschnationalen zu den Richtlinien gemacht hat, stellt die deutschnationale Pressestelle fest:

Die deutschnationalen Vertreter haben den vom Grafen Westarp bereits auf dem Königsberger Parteitag eingenommenen Standpunkt bekräftigt, wonach die Deutschnationale Volkspartei herabsetzende Berurteilungen der Reichsverfassung und der Reichsfarben mißbilligt und zu verhindern wünscht. Andererseits ist übereinstimmend festgestellt worden, daß die Richtlinien kein Gefinnungsbekennnis enthalten, daß also die Deutschnationalen das Recht haben, auch öffentlich für ihre Gefinnung einzutreten, wie es bereits von Graf Westarp in der Reichstagsrede am 3. Februar d. J. ausdrücklich gemahnt wurde.

Die Deutschnationalen haben sich also vorbehalten, in ihre Parteitagung für die Monarchie nicht an die Richtlinien gebunden zu sein. Sie haben für die Regierungserklärung einen Vertrag abgeschlossen, der „kein Gefinnungsbekennnis darstellt“, sondern der ihrer Gefinnung direkt widerspricht. Genau so, wie sie den Wählern die erhöhte Aufwertung versprochen und wie sie überall in der Politik ihr Doppelspiel treiben, so haben sie auch hier für ihre Tätigkeit innerhalb der Regierung andere Grundsätze als für ihre Stellung gegenüber dem Volk. Echt deutschnationale Politik!

Außenminister Stresemann und Dr. Dyzowski, der polnische Gesandte, sind in Vorbesprechungen über die Wiederaufnahme der richtigen Verhandlungen begriffen.

Untersuchung ohne Konsequenz.

Die Feststellungen des Hitler-Ausschusses. — Und die Verfassung?

Der Untersuchungsausschuß des bayerischen Landtags hat seine „Feststellungen“ zu dem mißglückten Hitlerprozeß vom 1. Mai 1923 der Öffentlichkeit übergeben. Der Mehrheit des Ausschusses ist es gelungen, ein Ausweichen vor den entscheidenden Fragen zu erzwingen.

Das Ergebnis der Untersuchungen des Ausschusses ist in acht Punkten festgelegt, wobei in Punkt 1 bis 6 zugegeben wird, daß am 1. Mai 1923 mit einem aktiven Vorgehen der Kampfbünde gegen den Willen der Regierung zu rechnen war, daß dieses Vorgehen durch Einschlag staatlicher Machtmittel verhindert und das daraufhin eingeleitete Verfahren aus Rücksicht auf die damalige Lage von der Justizverwaltung „zeitlich verschoben“ und später auf Grund § 154 StPD. eingestellt wurde. Der Untersuchungsausschuß betrachtet es aber nach Punkt 7 nicht als seine Aufgabe, ein Urteil darüber abzugeben, ob diese Rücksicht sachlich berechtigt war oder nicht. Diese Unzuständigkeitsklärung des Ausschusses (mit 4:3 Stimmen beschlossen) bedeutet praktisch eine sachlich nicht berechtigte Rücksichtnahme auf den deutschen nationalen Justizminister Dr. Gürtner!

In seiner Aussage vor dem Untersuchungsausschuß hat der bayerische Justizminister die „zeitliche Verschiebung“ des Verfahrens gegen Hitler und Genossen mit allerlei Ausflüchten zu rechtfertigen versucht. Einmal glaubte er, daß es zweifelhaft sein werde, ob man überhaupt zu einer Beurteilung komme. Dem steht das Zeugnis des Innenministers Schwegler gegenüber, für den Hitlers Beurteilung vollkommen glatt war. Dann aber machte Gürtner geltend, daß Mitglieder der Regierung Kulling als Zeugen hätten vernommen werden müssen (denn sie waren von Hitlers beabsichtigtem Vorgehen unterrichtet), und damit wäre die Aufdeckung des in der Regierung bestehenden Konflikts im Gerichtssaal unvermeidlich gewesen. Hier handelt es sich also um eine rein parteipolitische, aber um keine „sachlich berechtigte Rücksichtnahme“.

Gürtners dritter Grund war die Befürchtung, Hitler könnte seine Drohung wahr machen und im Gerichtssaal gewisse Vorgänge in der Reichswehr und Landespolizei aufdecken. Gegen diesen angeführten Landesverrat kannte aber das Volksgerichtsgesetz das Mittel des Ausschusses der Öffentlichkeit. Also auch dieser Einwand hatte keinerlei Berechtigung. Das weitere Bedenken Gürtners, daß eine Beurteilung Hitlers und seiner Freunde im August ihrer Bewegung erhöhten Auftrieb gegeben haben würde, steht im Gegensatz zur Wirklichkeit. Selbst der ereignisreiche Dr. v. Kahr sagt in seinem Brief an den Innenminister Schwegler, daß das Strafverfahren gegen Hitler ohne erhebliche Verwicklungen hätte durchgeführt werden können und daß dadurch vor allem Bayern und dem Reich die Katastrophe vom November 1923 (Bürgerbräuputsch) erspart geblieben wäre. Schwegler selbst gab dieser Meinung vor dem Untersuchungsausschuß noch viel deutlicher Ausdruck und erklärte, daß gerade die Richtdurchführung des Verfahrens ein förmlicher Anreiz für Hitler gewesen sei. Wenn Gürtner sich dann noch auf die damalige „allgemeine Auffassung“ berief, daß eine Wendung der Dinge so oder so in irgendeiner Form erfolgen müsse, ja, wie es ein mehr als inerkwürdiges Licht auf die bayerische Justizverwaltung, die ein Verfahren gegen Hochverräter hinausschiebt, weil ja schließlich früher oder später die Staatsverbrecher siegen, oder in einem Machtkampf unterliegen könnten.

Auch der letzte Grund, den Gürtner für die Hinausschiebung des Verfahrens geltend macht, die Sicherheitsverhältnisse Bayerns hätten die Durchführung eines Hitlerprozesses nicht gestattet, kann nicht verfangen, zumal er für die Beurteilung der Staatssicherheit gar nicht zuständig war und den dafür verantwortlichen Innenminister einfach ausschaltete. Außerdem hat Schwegler im Untersuchungsausschuß im Gegensatz zu Gürtner erklärt, daß die Polizei den Schutz der Prozeßführung zweifellos gewährleisten konnte.

Zu diesem letzten Argument Gürtners äußert sich nun der Untersuchungsausschuß in seinen Feststellungen recht zurückhaltend.

Wang Keys Leid.

Von Erich Gottigsten.

Drei Tage blieb unser Schiff in Rotterdam und lud Ammoniat und Eisen. Nach geaner Arbeit gingen alle an Land. Wang Key, der Chinamann, wie er allgemein genannt wurde, der einzige Nichtdeutsche der Besatzung, zog auch mit. Als wir in der Fähre saßen, die uns vom Schiff, das ziemlich weit draußen im Waalhafen lag, ans Ufer brachte, zeigte Wang Key voller Stolz seine Seemannspapiere, aus denen hervorging, daß er vor zwei Jahren Kanton verlassen hatte. Nun fuhr er, vor allem auch um die Braut wiederzusehen, von der er stöhnend berichtete, nach dem Osten zurück.

Wang Key war sehr froh. Wohl wegen der Braut. Aber auch wegen Rotterdam. Denn diese von Wang Keys Brüdern treffen sich hier. Sie kommen als Seeleute aus allen Teilen der Welt, aber letzten Endes doch immer aus China, nicht um des Abenteuerens willen, nicht so sehr um der Arbeit willen — aber der Opiumschmuggel, das Verbrechen mit dem Kraut, gegen das kein Kraut gemachen ist, der lohn. Opiumschmuggel trägt Geld. Das Geld wird dann verbuddelt, verlegt, fließt auf der Katendrecht, wo die Chinesen — Europäer gibt's hier kaum — in elenden Boardinghäusern, in Bestäm und Massenquartieren wohnen. Sie kaufen da ohne alle Zivillisten, sie spielen Domino, und wenn man hinkommt, könnte man annehmen, daß sie nichts anderes tun bis zu dem Tage, an dem sie ein neues Schiff finden. Auf dem arbeiten sie dann zu lächerlich geringen Löhnen, die sie mit den gewerkschaftlich organisierten europäischen Seeleuten natürlich vergleichen können, aber sie wollen ja nur schnell nach China zurückkommen, wieder Opium einhandeln und verbergen, wieder zurückfahren, wieder am Schmuggel verdienen.

Wang Key macht so etwas nicht. Wang Key ist brav. Wang Key ist Bäcker.

„Chinamann, willst Du mich wohl zu Deinen anderen Chinamännern mitnehmen?“

„Nein, Sir.“

Die Katendrecht ist eines der melancholischsten Hafenviertel von ganz Europa. Die Katendrecht läßt in ihrer Schattenhäufigkeit an die Hafentempel von Boulogne denken, wo wir gerade vor einem Jahr saßen, Gefangenschaft auswendig lernten und ins Gespräch kamen mit deutschen Seeleuten, die im Saff und in ihrer Verzweiflung, stets nur Ferntransporte nach Dublin zu bekommen, nie aber mal eine Frucht nach Hamburg oder Bremen, immerzu vor sich hinstellten: „Seemannsherg kennt kein Schmerz . . .“

Sie sollten das, um wieder aufs graue Gestein der Katendrecht zu kommen, nicht so sehr behaupten.

Denn wie ich mit unserem Chinamann von Vokal zu Vokal zog schließlich holperten überall dieselben Gespräche, schließlich kostete das Bier überall achtzehn Cent, schließlich meißerte überall etwas Fettes,

schließlich sprangen überall die gleichen Dissonanzen halb rohen und halb sentimental bedregend an die Decke, von der schließlich überall dieselbe Papiergirlande, sah schon vor Kerger über ihre Unnatur, herunterhing, schließlich schmehte in jedes Jazzgepult der große Hasenkrat hinein, drei Töne aufwärts, drei Töne abwärts — schließlich also war alles eins und dieses Eine war sehr zum Heulen, und nur Wang Key lächelte, als er vom großen Pech in Hamburg sprach, von dem Pech, das darin bestand, an einem Abend dreihundert Mark, die Heuer von reichlich fünf Monaten, verjagt, verloren zu haben —; denn wie dies alles, so wollte ich erzählen, wie ein Meer im Herzen und in den Sinnen war, ein Meer von Gott und vom Teufel und von allem, was da ist —, da also lächelte Wang Key auf einmal nicht mehr, sondern stieß nur einen schrillen Schrei aus. Der Chinamann einen schrillen Schrei! Wir wußten gar nicht bisher, daß der Chinamann auch schreien kann.

Und nun konnte es. Ja.

Warum?

Da war ein Freund. Ein Freund aus der Heimatstadt Wang Keys, die der Freund aber später verlassen hatte als jener. Und lange, erfährt ich, hatten sie sich nicht gesehen. Und dann also kommt der andere, erfährt ich, die Braut; erzählt muß er da, erzählen, erzählen . . .

Blötzlich schien es, als wenn unseres Chinamanns Augen recht feucht wurden, nicht aus Rührung, sondern aus Kummer, das mecht man ja. Nun weinte er . . .

Ins Wasser? Nein. Zum Opium? Ja.

„Oh, the girl . . .“ sagte der andere bloß und kloßte in die Bände der Dominosteine des Rebenstisches.

Oh, the girl — das war alles, was ich erfährt an diesem Abend, der übrigens der geistige war.

Wollte nicht mehr erfahren.

Brauchte nicht mehr zu erfahren.

Wie immer wußt Wang Key ja auch heute. Wer etwas mitzugeben hat, wolle sich an den Steward wenden.

Theater in der Königgräber Straße.

„Gustav III.“ von Strindberg.

Die europäischen Monarchen, die ein wenig in die Aufklärung Voltaires und Rousseaus hineinmispupperten, hielten sich für Philosophen auf dem Thron. Einige starben, bevor 1789 drohte, und konnten nicht mehr beweisen, daß sie gelehrte Schüler ihrer umschmeichelten Meister sein wollten. Andere empfanden den Freiheitskämpfer, mit dem sie ihre Unterthanen väterlich lieblos wollten, nach dem Sturm auf die Bastille plötzlich wie den Stief einer Giftschlange. Die Philosophen auf dem Thron bekehrten sich wieder zum Gottesgnadentum ihrer reaktionären Väter. Gustav III. von Schweden verriet dieser Rückwandlung vom Freiheitskämpfer zum Freiheitsfeind. Er war ein weidlicher Herr, wahrscheinlich nicht ganz Mann und auch nicht ganz Weib. Er liebte sein Volk, wenn er es nach

seiner Baune beglücken durfte, er wollte Tyrann sein, sobald das Volk nach seiner eigenen Manier zu leben gedachte. Sobald ein klarer Betrug zwischen König und Volk gefordert wurde, plüßerte sein Aristokratentum auf und ließ an Stelle des Parlamentes den Scharfrichter die Landesgeschicke entscheiden. Dieses hamäleonartig schimmernde gekrönte Zwittergeschöpf wollte Strindberg zu jener Zeit ergötzen, da er sein Luther-Drama und seine pessimistischen „Mysterien“ dichtete. Das aus Güte und Narrentum, aus Hochmut und Schwärmerlei zusammengeliebte Menschlein wollte er psychologisch fassen. Sein Schauspiel wurde ein schwieriges Stück, mehr Zeitkritik als vertieftes Drama, mehr Morale und komplizierte Figuren als Menschlein. Es fehlt der Zentralpunkt, um den ein geschlossenes Schicksal zu kreisen hätte. Der Respekt vor der historischen Treue schadet der inneren Wahrheit des dichterischen Wertes. Doch innerhalb dieses Theaterstückes, das die Dinge und Gemüter kometenhaft, anstatt sie sinnvoll zusammenzuführen, leuchtet das Strindberg'sche Genie, das dunkle Trauerspiel zwischen Mann und Frau wird wiederum in einigen Szenen aufgeführt und zur Niederlage des Mannes geteilt. Das ist kostbarer als der politische Spektakel, dessen Hauptton durch zu viele Unterlätze verfälscht wird.

Der Regisseur Barnowsky gereicht diesen Wirrwarr noch mehr. Anstatt die Einzelheiten behutsam und symbolisch zu nuancieren, hämmert er auf jeder Pointe herum. Es geschieht dann, daß die einschneidenden Abschlüsse ihre Wirkbarkeit verlieren. Die geistlichen und psychologischen Haltpunkte vertragen solche Bewirkung aber nicht; denn sie sind vom Dichter schon an sich sehr undeutlich markiert. Rudolf Forster, der den König Gustav spielt, leidet auch unter diesem Hang zur übertriebenen Pointe. Obwohl von seiner Stimme und von seinen Bewegungen ein oft verführerischer Reiz ausgeht, bringt er alles zu spät, nur mit Rücksicht auf den momentanen Effekt. Dieser König löst der schlaueste Kopf und der geschickteste Drahtzieher in dem Stücke bleiben. Die Rede der Kollomanne, also ein rein artistisches Kunststück, wird eher sichtbar als die ganze Rolle. Wie weit für diesen Stil der Regisseur allein verantwortlich ist, läßt sich schwer entscheiden. Sicher ist nur, daß auch die übrigen Künstler, Frau Fein und Frau Steinfiel, die Herren Kurt Junter, Wajaz und Weidert der gleichen Manier und sogar der gleichen Marotte verfielen.

Max Hochdorf.

Die Kammerspiele sehen einen klar hervortretenden Darsteller für das Schauspiel „Raja“ des Franzosen Simon Gantillon ein, dem in Paris ein Sensationserfolg beschieden war. Es handelt sich um eine Dornentragodie mit Moral und Symbolik, für die bei uns kein Interesse vorhanden sein dürfte. Else Ekersberg glänzt als Dirne Bella-Mona.

Der Balletmeister Richard Regel, ein Mitglied des Berliner Opernhausballetts, seit 20 Jahren am Circus Busch tätig, wo er Massenballetts und Pantomimen inszenierte, ist 73 Jahre alt, gekrönt. Staatliche Fälligkeit für bewährte gelehrte Künstler. Den beiden Königsleuten Dr. Virx und Dr. Wilhelm (Ludwig) ist eine Staatspension bewilligt worden. Beide Richter haben sich in ihrem überlänglichen Schicksal zu zeigen, daß sie ihre Verurteilung aufzugeben waren. Vereitelt führt hatten sie auf der Kurze-Strikung Konzepte erhalten.

Shaw verteidigt Mussolini.

In einer Antwort an Salvemini und den „Vorwärts“.

London, 28. Oktober. (Eigenbericht.)

Bernard Shaw veröffentlicht im „Manchester Guardian“ eine zwei dieser Riesenpaten lange Antwort auf den Brief von Professor Salvemini, wobei Shaw zu verschiedenen Malen den „Vorwärts“ zitiert und gegen ihn polemisiert. Der einseitige und größere Teil des Briefes besteht aus Erklärungen, die beweisen sollen, daß Shaw sich keineswegs von den Faschisten habe einseitig lassen. Als er, Shaw, den Brief an Friedrich Adler schrieb, habe er noch mit keinem einzigen faschistischen Fanatiker über den Faschismus diskutiert und keinerlei faschistische Literatur gelesen gehabt. Er sei im Gegenteil mit antifaschistischen Flugchriften überflutet worden. Wenn er seinen Brief an Friedrich Adler, welcher in der Theorie niemals handle, ehe er ein demokratisches Wehrheitsmandat hat, in der Praxis jedoch erst schieße und dann abstimmen lasse, vor der Abendung einem angesehenen faschistischen Offizier gezeigt und ihn um seine Meinung befragt, so hätte dieser Faschist ihm mehr Kritisches gesagt, als irgendeiner seiner (Shaws) antifaschistischen Freunde. Auf ihn könne jedenfalls der Befehl des „Vorwärts“, daß derjenige keinen Mund halten solle, der nichts wisse, keine Anwendung finden.

Auf die Polemik des „Vorwärts“ eingehend, sagt Shaw, er selbst habe eine Abänderung des Wortlauts seines Briefes in der italienischen Presse gestattet. Er sei darauf aufmerksam gemacht worden, ein Vergleich zwischen Matteotti und dem Herzog von Enghien schließe in sich, daß Mussolini bewußt und offiziell einen Befehl zur Hinrichtung Matteottis gegeben habe, so wie Napoleon hinsichtlich des Herzogs. Matteotti sei nicht offiziell hingerichtet, sondern ermordet worden. Matteotti sei ein junger Mann mit einer Menge Geld und einer Menge Courage gewesen, der sich vor Mussolini nicht fürchtete. Matteotti habe Mussolini so abgekanzelt, daß dem Duce, der eine Menge Temperament (und überdies noch italienisches Temperament) habe, die Geduld etwas gerissen sei und er ausgerufen habe: „Wir müssen diesen Stall ausräumen!“ Daraus der Berliner „Vorwärts“ in überaus freier Uebersetzung macht: „Es ist Zeit, daß dieser Mensch nicht mehr redet.“ Aus einer Uebersetzung Mussolinis hätten gewisse übereifrige Anhänger Mussolinis — fährt Shaw fort — geschlossen, daß man

Mussolini einen Dienst durch die Verschleppung Matteottis erweisen könnte. Da sie gefunden hätten, daß sich Matteotti nicht lebend verschleppen ließe, so hätten sie ihn getötet. Da

Mussolini kein Engländer sei, so bedauere er niemals den Tod seiner Feinde und helfe niemals seinen Freunden über Bord, wo sie ihn durch ihre Eggele kompromittiert haben.

Shaw fühlt sich nicht berechtigt anzunehmen, daß Mussolini diesen Leuten den Befehl gegeben habe. Deshalb habe er den italienischen Uebersetzer des Briefwechsels sofort ermächtigt, den Text seines Briefes entsprechend zu ändern; nicht ermächtigt habe er ihn zur Auslassung der Feststellungen über den Marsch auf Rom. Aber auch dieser Auslassung hätte er zugestimmt, wenn er darum gebeten worden wäre. Warum sollte er eine italienische Zeitung dem Risiko der Zertrümmerung der Fenster durch junge faschistische Hühnerköpfe aussetzen? Salvemini und der „Vorwärts“ hätten diese Uebersetzungen als Probe faschistischer Unredlichkeit angeführt. Kein einziges englisches Blatt habe den Wortlaut des Briefes Friedrich Adlers wiedergegeben. Sei das auch die Schuld Mussolinis?

Im weiteren Verlauf seines Briefes geht Shaw unter anderem auf die Frage des italienisch gewordenen Tirol ein und gibt Mussolini den Rat, „Tirol zu einem freien Staat nach dem irischen Muster im Rahmen des italienischen Staates zu machen“.

Am Schluß macht Shaw einige Andeutungen, aus denen hervorzugehen scheint, daß er eine Rückkehr Italiens zu einer Art parlamentarischer Regierung für wahrscheinlich hält.

Eine Botschaft Mussolinis.

Zum fünften Jahrestag des Marsches auf Rom hat Mussolini eine Botschaft an die Faschisten erlassen. Er setzt darin das „überwältigende Aktivium“ des fünften Jahres der Faschistenherrschaft, das vor allem gekennzeichnet sei durch die Verteidigung der Lira, durch die Befehle über das Wohnungswesen und durch die Verkündung der „Charte der Arbeit“. Für die großen Anstrengungen des kommenden Jahres gälte nach wie vor die Parole: „Aushalten!“ Die Botschaft schließt mit dem dunklen Satz: „Für alle Ziele, die wir auf dem entschlossenen Marsch unserer unwandelbaren Zuversicht erreichen werden, Faschisten ganz Italiens, seid mit uns!“

In seiner vorjährigen Botschaft hatte Mussolini das fünfte Jahr als das „napoleonische Jahr“ bezeichnet. In dieses Wort hat er trotz des „überwältigenden Aktiviums“ wohlweislich nicht erinnert.

Einbruch bei Carol.

Papiere zur Kenntnisaufnahme ausgeliehen.

Paris, 28. Oktober. (Eigenbericht.)

Ein geheimnisvoller Einbruchdiebstahl ist in der Villa des rumänischen Königs Carol im Vorort Neuilly verübt worden. Die Diebe, die ohne Zweifel im Einvernehmen mit dem Personal gehandelt haben, entwendeten aus dem Arbeitszimmer Privatpapiere und Korrespondenzen. U. a. wurde die Liste aller Personen in Frankreich und Rumänien gestohlen, die Carol politisch nahe stehen. Nachher sind alle Papiere wieder durch den Briefeinwurf gesteckt worden — nur der Brief mit dieser Liste nicht.

Die katalonische Bewegung.

Aufstandgefahr in Nordostspanien.

Perpignan, 28. Oktober. („Matin“, Paris.)

Die Polizei hat erfahren, daß etwa 1500 in Frankreich, Belgien und Luxemburg weilende katalonische Separatisten die Waffnung erhalten haben, sich in kleinen Gruppen nach der spanischen Grenze zu begeben. Die Verschwörer sollen über mehrere Millionen verfügen, die von katalonischen und spanischen Gruppen in Argentinien herüber, und Waffendepots auf dem Boden der Republik Andorra sowie an verschiedenen Punkten auf spanischem Gebiet haben.

Kunstförderung der Reichspost.

Präsidentenbilder im Ministerium.

Die mittleren und die noch weiter „nachgeordneten“ Beamten der Reichspost haben zu Beschwerden über allzu große Freigebigkeit dieses Großbetriebs nicht gerade besonderen Anlaß. Im Zeichen der so fraglich gewordenen Befolgsvermehrung durch die Bürgerbirokratie freuen sich die Postleute darum sehr über jede Ueuerung des ihnen gegenüber geübten Sparsystems. Und so hat es freudige Ueberraschung hervorgerufen, als das Reichspostministerium gleich 40 000 Reichsmark zur Verschönerung der Referenzzimmer im eigenen Hause hergab.

Als nämlich der 80. Geburtstag des Reichspräsidenten heran nahte, ließ man unter den Beamten des Hauses eine Liste umlaufen, auf der sie Hindenburg-Bilder bestellen sollten. Die Beteiligung entsprach offenbar nicht voll und nicht ganz den Erwartungen der Anreger — kurz, das Ministerium schaffte diese Bilder von sich aus an. Es muß schon eine recht ansehnliche Zahl dieser Drucke gekauft worden sein, wenn 40 000 M. dafür aufgingen. Oder sollte die Verlagsfirma etwa so fein daran verdient haben?

Staatskenner werden diese Frage überlegen lächelnd abtun: hat doch die Reichsdruckerei selbst das Liebermannsche Hindenburg-Bild gedruckt und ein Reichsbetrieb wird doch nicht an einem anderen verdienen wollen; dieser Profit bliebe ja schließlich auch in der Reichskasse, es wäre „ein Geschäft in sich“.

Aber siehe da, das Reichspostministerium kaufte ja gar nicht die Hindenburg-Bilder seiner Reichsdruckerei, sondern ein Vogelisches Bild in ganz konventioneller Art, erschienen bei der „Klassische und Neue Kunstverlags-Gesellschaft m. b. H.“, deren Leitung allerdings nicht so ganz erhaben über alle Parteipolitik und ziemlich entschieden nach der Rechten geneigt sein soll. Es verläutet, daß das Ministerium des Herrn Schögel sogar der Reichsdruckerei die Vogelischen Bilder an ihre Zimmerwände hängen wollte und erst aufmerksam gemacht werden mußte, daß die Reichsdruckerei doch selbst das neuere Liebermannsche Bild vervielfältigt habe und zum Verkauf bereit habe.

Der Bilderbezug ist also nicht „in sich“ erfolgt. Wer jedoch im Postministerium der deutschen Republik bildnerische Erinnerung an ihren ersten Präsidenten, an ihren Führer in schwerer Sturmzeit vermutet — der mag nur hingehen und forschen. Er wird erkennen, daß hier das Wort der Schrift nicht gilt: „Wer sucht, der wird finden.“ Denn Oberl.-Bilder sind — wenigstens amtlich — nicht da.

wann er erklärt, es wäre „zweckmäßiger“ gewesen, neben dem für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Sicherheit verantwortlichen Innenminister das Gesamtstaatsministerium zu hören. Damit wird auf einen wunden Punkt in der ganzen Affäre hingewiesen. In der bayerischen Verfassung wird nämlich durch § 64 bestimmt, daß das Gesamtministerium über die Sicherheit des Staates wacht. Gegen diese Verfassungsbestimmung hat der Justizminister zweifellos verstoßen, denn er hat die Frage der Vertagung des Verfahrens nach Schwengers Auslage im Ministerrat niemals angeknüpft und außerdem den Polizeiminister in der ganzen Angelegenheit völlig ausgeschaltet.

Die weitere Feststellung des Untersuchungsausschusses, daß die Justizverwaltung das Verfahren gegen Hitler „zeitlich verschoben“ habe, ist eine milde Formulierung für einen Verstoß gegen § 69 der bayerischen Verfassung, wonach anhängige Streitigkeiten weder durch den Landtag, noch durch die Ministerien oder sonstige Verwaltungsbehörden gehemmt werden können. Der bayerische Justizminister Dr. Görtner ist aber für die zeitliche Verschiebung, also für die Hemmung des Verfahrens gegen Hitler verantwortlich!

Als Mittel der Feststellung der Ministerverantwortlichkeit sieht § 56 der bayerischen Verfassung die Anklage vor dem Staatsgerichtshof vor. Da außerdem die bayerische Verfassung für den Antrag auf Erhebung der Anklage vor dem Staatsgerichtshof fünfzig Abgeordnetenunterschriften und für den Beschluß auf Anklageerhebung eine verfassungsändernde Mehrheit vorschreibt, wird Dr. Görtner auch weiterhin oberster Leiter der Justiz in der „Ordnungszelle“ Bayern bleiben.

Eine erpreßte Korrektur.

München, 28. Oktober. (Eigenbericht.)

Die sogenannte Feststellung, die der Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtages hinsichtlich der Frage eines Verfassungsbruchs durch den deutschnationalen Justizminister Görtner getroffen hatte, wurde am Freitag korrigiert. Der Anlaß dazu war ein Vorstoß des deutschnationalen Mitglieds, das nachträglich eine neue Feststellung verlangte, in der dem Justizminister bestätigt werden sollte, daß er durch die Hemmung des Strafverfahrens gegen Hitler keinen Verfassungsbruch begangen habe. Diese Feststellung zu treffen, hat der Ausschuß in seinen letzten Sitzungen ausdrücklich mit Mehrheit abgelehnt. Durch offensichtliche Drohungen der Deutschnationalen, die sich nur auf die Sprengung der Koalition mit der Bayerischen Volkspartei beziehen können, gelang es den Reaktionsären, die Annahme einer Erklärung durchzusetzen, die dem Justizminister seine verfassungsmäßige Integrität beschleunigt. Bemerkenswert ist, daß gegen die Annahme dieser Erklärung außer dem sozialdemokratischen Mitglied des Ausschusses auch der Berichterstatter Graf Pestalozza von der Bayerischen Volkspartei stimmte.

Die von den Deutschnationalen nachträglich erzwungene Ehrenrettung ihres Justizministers vermag trotzdem die Ueberzeugung des Volkes nicht zu zerstören, daß Justizminister Görtner durch die von ihm selbst zugestandene Hemmung des Strafverfahrens die Verfassung tatsächlich verletzt hat.

Die Gefahr des Justizmordes.

Die Bürgerlichen sind uneinig. — Religion und Humanität.

In der fortgesetzten Beratung des Strafgesetzausschusses über die Todesstrafe, erklärte Abgeordneter Wegener für die Zentrumspartei: Die Frage der Todesstrafe sei keine politische Frage. Es bestehe die Möglichkeit, daß das Zentrum ebenso wie die demokratische Partei nicht geschlossen für die Beibehaltung der Todesstrafe stimmen, er behalte jedenfalls die Fraktion der Befürworter vor. Für die im Ausschuß tätigen Zentrumsabgeordneten könne er erklären, daß alle für die Beibehaltung der Todesstrafe seien. Man könne als guter Christ ebenso für die Todesstrafe wie unter Umständen für einen Krieg sein. Nicht nachbedenken führe zur Todesstrafe, sondern die Ueberzeugung, daß die Sicherheit des Staates sie verlange. Es sei vorgekommen, daß ausgebrochene Mörder von neuem gemordet hätten. Was die Frage der Justizmorde anbetrifft, so sei nachweislich niemals jemand in Deutschland unschuldig hingerichtet worden. Die Möglichkeit, daß ein Unschuldiger ins Zuchthaus komme, bestehe noch immer. Er wünsche auch gegen die Todesstrafe stimmen zu können. Er könne es aber aus den angegebenen Gründen nicht.

Frau Abg. Lüders begründet den demokratischen Standpunkt. Ihre Fraktion habe Stundenlang über die Frage der Todesstrafe debattiert und es habe sich dann herausgestellt, daß gut zwei Drittel der Fraktion für ihre Abschaffung und ein Drittel für ihre Beibehaltung sei. Bei der Abstimmung im Ausschuß werde nur die eine der beiden demokratischen Stimmen abgegeben und zwar für die Abschaffung der Todesstrafe.

Abg. Bell (Z.) betonte, daß es sich um die ernsteste und verantwortungsvollste Frage handle. Der Papst würde nur sagen können, daß vom sittlichen und religiösen Standpunkt gegen die Beibehaltung der Todesstrafe durchschlagende Einwendungen nicht erhoben werden könnten, und daß es jedem Staat überlassen werden müsse, ob und unter welchen Umständen die Todesstrafe einzuführen sei. Er warnte vor übertriebener Humanität.

Genossin Pfälz

trat dem kommunistischen Redner entgegen, der Ausführungen gebrannt habe, die auf eine Rechtfertigung Mussolinis hinausläufen. Man solle in dieser Frage nicht von Staatsnotwendigkeiten sprechen, die die Todesstrafe erforderten. Man solle sich von ethischen Grundfragen lassen lassen und das Gefühl auch mitreden lassen neben der Vernunft.

Alles spricht gegen die Todesstrafe.

Sie benehde nicht die deutschnationalen Frau Abgeordnete Müller-Dittfried, die das Gefühl aus ihrer Rede ganz ausgeschaltet und sich für die Todesstrafe ausgesprochen habe. Wie könne man behaupten, daß das natürliche Gefühl den Tod eines Mörders fordere. Nicht vom Standpunkt des primitiven Menschen, wie es Frau Müller-Dittfried gefordert habe, sondern unter den Gesichtspunkten eines geistig und moralisch entwickelten Menschen sei die Frage zu behandeln und dann sei gewiß die Abschaffung der Todesstrafe erforderlich. Genossin Pfälz betonte, daß sie sogar in Hannover, wo sie nach dem Morde Hartmanns und nach dem Attentat von Kassel gesprochen habe, einstimmige Zustimmung in einer Versammlung gegen die Todesstrafe gefunden habe. Wenn Frau Müller-Dittfried behauptete, daß die Volksstimmung die Todesstrafe fordere, so müsse sie mit ihr zusammen in die Versammlung gehen; es werde sich das Gegenteil herausstellen. Jede Strafe wirke tief ins Volk hinein. Die Todesstrafe müsse verschwinden.

Genosse Dittmann führte auf Grund des bekannten Todesurteils gegen die Matrosen Käbis und Reichplett den dokumentarischen Nachweis dafür, daß in diesem Falle

Justizmorde schlimmster Art

begangen seien. Seine Ausführungen seien um so überzeugender, als er sich lediglich auf Uebersetzungen der Marinejuristen stütze, die während des Krieges an der Bearbeitung dieses Falles beteiligt waren. Er führte aus, daß beide Matrosen erschossen seien, obgleich allen Bearbeitern der Sache und sogar den das Urteil

bestätigenden Admiral Scheer klar gewesen sei, daß es sich nicht um einen Unfall gehandelt habe, wegen dessen allein Todesstrafe zulässig gewesen sei, sondern höchstens um Vorbereitung oder Versuch. Genosse Dittmann wies nach, daß gerade in diesem Falle sich klar erweisen lasse, wie wenig abstrahierend die Todesstrafe wirke. Noch einer gewiß unbedächtigen Uebersetzung eines christlichen Gewerkschafters, der die Wirkung des Urteils in dem Kreise der Marinesoldaten habe beobachten können, sei nach der Vollstreckung der beiden Todesurteile die Hälfte der Matrosen gleichgültig gewesen, ein Viertel wolle Mitleid mit den Erschossenen, ein schwaches Viertel zur Rache bereit und nur einzelne seien eingeschüchtern worden. — Staatssekretär Capelle habe fünf Tage nach der Vollstreckung erklärt, die Erschießung der beiden Matrosen sei erfolgt, ohne daß die in flux befindliche Bewegung zum Stillstand gekommen sei. Genosse Dittmann trug auch noch den Fall Hamann vor, der auf den Fall eines im Jahre 1914 unschuldig Verurteilten hin wegen Beihilfe zum Morde zu vierzehn Jahren Zuchthaus verurteilt, später aber nach sechsjähriger Strafverbüßung im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen wurde. Er erklärte schließlich, daß er niemals für ein Strafgesetz stimme, das die Todesstrafe enthalte.

Abg. Brodauf (Dem.) erklärte, daß die demokratische Staatsauffassung keineswegs zur Aufhebung der Todesstrafe führe. Im Verhältnis zu der Tat, für die sie angebroht sei, sei die Todesstrafe nicht barbarisch. Justizmorde seien nach der Bagnadigungspraxis kaum möglich. Ein Recht des Mörders auf sein eigenes Leben könne er nicht anerkennen, also müßte die Todesstrafe bestehen bleiben.

Der Ausschuß vertagte sich alsdann auf Mittwoch, dem 2. November, mit der Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit Oesterreich über gemeinsame Beratungen des Strafgesetzes. 2. Fortsetzung der Debatte über die Todesstrafe.

Der Kampf um das Linkskartell.

Der radikalsozialistische Kongreß für Freundschaft mit Deutschland.

Paris, 28. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Kongreß der Radikalsozialisten hat eine von den Abgg. Datadier und Montigny eingebrachte Resolution zugunsten einer Annäherungspolitik an Deutschland einstimmig angenommen. Auch der rechte Flügel der Partei um Franklin Bouillon (Präsident der Kammerkommission für Auswärtiges) stimmte schließlich für die Entschließung.

Der Beschluß enthält weiter eine scharfe Absage an die Rechte; er verurteilt aufs schärfste das von Franklin Bouillon gewünschte Zusammengehen mit den Rechtsparteien und fordert unter härtester Mißbilligung der von dem rechten Flügel der Partei propagierten reaktionären und nationalistischen Tendenzen die Wiederherstellung einer Einheitsfront der Linken im bevorstehenden Wahlkampf.

In der Debatte vorher griff Caillaux die Politik nationalistischer Großsprecher scharf an und betonte, daß er kein unbedingter Gegner eines Zusammengehens mit den Parteien rechts von den Radikalen sei. Immerhin müsse er daran die Bedingung knüpfen, daß die Rechte die Friedenspolitik der radikalen Partei „mit allen ihren Opfern“ annehme. Am Schluß erklärte Caillaux, daß die Radikalsozialistische Partei die Fügung der Regierung ergreifen müsse und sie nicht Voicarcé hätte überlassen sollen. Anschließend verteidigte Franklin Bouillon als Vertreter der Minderheit seine Auffassung über ein Wahlbündnis mit der Rechten. Demgegenüber betonte Chaumpey energisch die Notwendigkeit einer Linkskartellpolitik, da die Sozialistische Partei der Radikalsozialistischen Partei politisch am nächsten stehe und nur in Anlehnung an sie die radikale Partei ihre hauptsächlichsten programmatischen Ziele verwirklichen konnte.

Ein politisches Frühstück. Reichsfinanzminister Dr. Kähler lud gestern das zur Herbsttagung hier weilende Transfer-Komitee zu einem Frühstück ein. Es erschienen Generalagent Barker Gilbert, die Kommissare des Komitees, Reichsbankpräsident Dr. Schacht und mehrere Herren aus den Kreisen der Hochfinanz und Wirtschaft. Unter den gegebenen Verhältnissen dürfte diesem Frühstück eine erhebliche politische Bedeutung zukommen.

Ausperrung der Zigarrenarbeiter.

Die Kündigungen in Sachsen.

Dresden, 28. Oktober. (W.Z.)

Durch den sächsischen Verband der Arbeitgeber in der Zigarrenindustrie ist heute, nachdem in den bestreikten Leipziger Betrieben die Arbeit bisher nicht wieder aufgenommen worden war, die Ausperrung sämtlicher Zigarrenarbeiter in Sachsen und teilweise darüber hinaus auch in Schlesien ausgesprochen worden. Von der Ausperrung werden in Dresden etwa 500, in Leipzig 550 bis 600 Arbeiter betroffen; in ganz Sachsen dürften etwa 12 000 Arbeiter in Frage kommen.

Damit ist der „Anordnung“ des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller noch vorgegriffen worden: „am Sonnabend, dem 20. Oktober, in sämtlichen Mitgliedsbetrieben des Reichsverbandes den gesamten Arbeiterbelegschaften das Arbeitsverhältnis auf Sonnabend, den 12. November, zum Zwecke der Ausperrung zu kündigen“.

In Sachsen wurde bereits am 14. Oktober zum 28. Oktober und in Schlesien am 22. Oktober zum 5. November „zum Zwecke der Ausperrung“ gekündigt.

Warum die Gesamtausperrung der deutschen Zigarrenarbeiter? Die Löhne der Zigarrenarbeiter sind durch Reichstarifvertrag bis zum 31. März 1928 festgelegt. Diese Löhne sind den Zigarrenarbeitern durch das Reichsarbeitsministerium aufgezwungen worden. Der Durchschnittslohn der Arbeiter, der sich aus den Feststellungen der Tabakarbeitsgenossenschaft für das Jahr 1926 ergibt, einschließlich der am 1. April 1927 eingetretenen Lohnerhöhung von 7 1/2 Proz. beträgt jährlich 960 Mark oder wöchentlich 19 Mark. Unter diesen Umständen ist es durchaus begründlich, daß die Arbeiter an einigen Orten, insbesondere in Leipzig, eine zwischenzeitliche Lohnzulage erstrebten.

Weil sie ihnen verweigert wurde, haben die Zigarrenarbeiter und Kistenmacher in einigen Leipziger Betrieben die Arbeit niedergelegt. Ihrem Beispiel sind die Arbeiter einiger anderer Orte gefolgt. Es sind wilde Streiks, die von der Leitung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes nicht gebilligt werden konnten und nicht gebilligt worden sind.

Ist das aber ein Grund, berechtigten diese vereinzelt Streiks die Unternehmerorganisation dazu, die gesamte Zigarrenarbeitergesellschaft auszusperrten? Die Zigarrenarbeiter in der Rheinprovinz, in Baden usw. werden ausgesperrt, weil in Leipzig und in Schlesien ein kleiner Teil ihrer Kollegen streikt? Das ist organisierter Tarifbruch der Unternehmer, der in den einzelnen örtlichen Tarifbrüchen der Arbeiter keine Rechtfertigung findet.

Der Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller hat offenbar die Absicht, die deutsche Zigarrenarbeitergesellschaft durch diese Ausperrung zerstückeln zu wollen, daß sie es nicht wagen soll, im Frühjahr, nach Ablauf des Tarifvertrages Lohnforderungen zu stellen und sie zu ertämpfen.

Der Deutsche Tabakarbeiterverband stellt sich selbstverständlich mit allen Kräften hinter seine ausgesperrten Mitglieder. Die Reichsverbände aber sind in einem starken Irrtum befangen, wenn sie glauben, durch ihre Generalausperrung die deutsche Zigarrenarbeitergesellschaft auszuhungern und ihre Verbände ruinieren zu können. Die Brutalität dieser Ausperrung zwingt die gesamte deutsche Arbeitererschaft, zwingt alle einsichtigen Konsumenten in diesem Kampfe für die mißhandelte Zigarrenarbeitergesellschaft Partei zu ergreifen. Die Spekulationen des Reichsverbandes werden dabei in die Brüche gehen.

Kurse für gewerkschaftlich organisierte Arbeiter!

In der vorigen Woche haben die Lehrgänge der Berliner Gewerkschaftsschule für das Wintersemester 1927/28 ihren Anfang genommen. Wie immer, sind die Lehrgänge gut besucht und zum Teil überfüllt. Es ist jedoch möglich, in einige Lehrgänge noch Hörer aufzunehmen. In erster Linie kommt dafür in Frage ein

Einführungskursus

für Kollegen, die auf gewerkschaftlichem Gebiete noch keinerlei Vorbildung besitzen. Der Kursus trägt den Titel: SO. 2. Artliches Zeitungslesen. 10 Abende. Lehrer: Hans Krauß. Beginn: Montag, den 31. Oktober, 19 Uhr, im Leibnizgymnasium, Mariannenplatz. Die wichtigsten Zeitungen nach ihres politischen und wirtschaftlichen Einstellung. Betrachtung von Zeitungsartikeln über wirtschaftliche, politische und sozialpolitische Ereignisse auf ihre Ursachen bzw. Zusammenhänge. Dabei Klärung der auftauchenden rein theoretischen Fragen, die mit dem Gebiet zusammenhängen, nebst Literaturübersicht usw., dadurch Ueberleitung zum kritischen Zeitungslesen.

Der Lehrgang soll nicht etwa ein Spezialkursus sein für im Zeitungsgewerbe beschäftigte Kollegen, sondern er hat die Aufgabe, in die Problematik des heutigen wirtschaftlichen und sozialen Lebens an Hand der aktuellen Probleme einzuführen.

Für die gewerkschaftlich organisierten Frauen besteht ein besonderer Lehrgang, und zwar: SO. 4. Die Frau im Gewerbe- und Berufsleben. 10 Abende. Lehrer: Gertrud Ellert. Beginn: Dienstag, den 25. Oktober, 19 Uhr, im Leibnizgymnasium, Mariannenplatz.

Es ist auch hier noch möglich, einige Teilnehmerinnen neu aufzunehmen.

Von besonderer Bedeutung ist der Kursus: SO. 13. Arbeitsgruppe Sozialpolitik für Anfänger. Lehrer: Dr. Salomon Schwarz. Beginn: Dienstag, den 25. Oktober, 19 Uhr, Leibnizgymnasium.

Dieser Lehrgang ist in erster Linie für Kollegen bestimmt, die ein spezielles Interesse für die Grundlagen und Zusammenhänge der Sozialpolitik haben. Er soll vorläufig in zehn Abenden ein wichtiges gegenwärtiges sozialpolitisches Problem behandeln, und zwar die Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung. Zurzeit spielt in der Sozialpolitik das neue Gesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine große Rolle. Die tiefere Grundlagen für das Verständnis dieses Gesetzes und für seine Beurteilung, können gerade in diesem Kursus erworben werden.

Die Anmeldung kann erfolgen bei den örtlichen Vermastungen der Verbände und im Bureau der Gewerkschaftsschule, Engelwälder 24/25, 1 Tr., Zimmer 6. Der Hörerbeitrag beträgt 2 M.

Besteuerung der Handelsunternehmungen.

Mit diesen grundlegenden Fragen des Steuerrechts beschäftigt sich eine Arbeitsgemeinschaft, die der Zentralverband der Angestellten für seine Mitglieder veranstaltet. Dieser Kursus stellt eine wertvolle Ergänzung der zu den übrigen „Berufskundlichen Arbeitsgemeinschaften“, die der vom ZdA herausgegebene Arbeitsplan diesmal enthält. Die Beschäftigung mit steuerrechtlichen Fragen ist allen Angestellten zu empfehlen, denen an beruflicher Weiterbildung und an Einblick in das Wesen kapitalistischer Betriebsführung gelegen ist. Besonders für Buchhalter sind steuerrechtliche Kenntnisse unentbehrlich. Die Arbeitsgemeinschaft wird von einem Genossen geleitet, der einen bekannten Namen als Steuerfachverständiger besitzt.

Die Arbeitsgemeinschaft „Steuerrecht“ des ZdA beginnt Dienstag, den 1. November, um 18 Uhr pünktlich, im ZdA-Ordnungsbureau, Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 7/10, 3 Tr. Die näheren Teilnahmebedingungen sind ebenfalls dort zu erfragen. Die Anmeldung ist umgehend erwünscht, kann jedoch nachfalls noch am ersten Arbeitsabend erfolgen. Als Teilnehmer kommen lediglich ZdA-Mitglieder in Frage. — Es ist zu erwarten, daß die im ZdA organisierten kaufmännischen Angestellten diese Bemühungen der Ortsgruppenleitung um die berufliche Weiterbildung der Mitglieder nicht nur würdigen, sondern durch zahlreiche Beteiligung ihr eigenes Interesse beweisen werden.

Steigende Unfallziffern im Tiefbaugewerbe.

Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft — wohl die einzige von den Berufsgenossenschaften — veröffentlicht vierteljährlich die Zahlen der Betriebsunfälle. In ihrem Amtsblatt „Tiefbau“ vom 19. Oktober gibt diese Berufsgenossenschaft eine Uebersicht über die in den Jahren 1925, 1926 und bis Ende September 1927 bei ihr zur Anmeldung gelangten Unfälle. Zum Vergleich geben wir auch für die Vorjahre nur die Zeit von Anfang Januar bis Ende September. Danach gelangten zur Anmeldung:

1925 vom 1. 1.—30. 9.		1926 vom 1. 1.—30. 9.		1927 vom 1. 1.—30. 9.	
Genossenschaft Zweigamt	Unf. tot	Genossenschaft Zweigamt	Unf. tot	Genossenschaft Zweigamt	Unf. tot
14 344	139	94	1	21 053	139
1754	10	28 236	158	1793	24
Anzahl: 1925		1926		1927	
14 438 Unf., dar. 133 Tödl.		23 807 Unf., dar. 149 Tödl.		30 029 Unf., dar. 183 Tödl.	

Das ist eine Steigerung der gemeldeten Unfälle im Jahre 1927 bis zum 30. September um 7 222 gegen das Jahr 1926, und gegen das Jahr 1925 um 15 691. Was ganz besonders auffällig ist, das ist

die Steigerung der tödlichen Unfälle.

Im Jahre 1927 bis zum 30. September sind 182 tödliche Unfälle verzeichnet, das ist gegen 1926 eine Zunahme von 33 und gegen 1925 eine solche von 49 tödlichen Unfällen.

Wahrscheinlich wird es in dem Jahresbericht der Tiefbau-Berufsgenossenschaft wieder heißen: Die Schuld an den Unfällen trifft die Arbeiter selbst. Rein die Schuld trifft lediglich die Unternehmer, weil sie ihren Verpflichtungen zur Unfallverhütung nicht nachkommen. Die Baustellen im Tiefbau leben geradezu trübsalvoll, und es muß wundernehmen, daß nicht noch mehr Unglücksfälle geschehen. Man lege sich doch nur die Baustellen an der Untergrundbahn am Alexanderplatz, Firma Habermann u. Gude's Viehald K. G., an. Entsprechen die Arbeitsbedingungen dort etwa den Unfallverhütungsvorschriften?

Soll etwa erst ein Unglück geschehen wie in der Frankfurter Allee? Es wird Zeit, daß auch für den Tiefbau Baukontrollen von der Stadt Berlin eingeführt werden, damit den Tiefbauunternehmern auf die Finger gelehrt wird, daß ihnen Kargemacht wird, daß ihre Arbeiter nicht nur Objekte zur Ausbeutung sind, sondern daß sie ein Recht haben, soweit als tunlich bei der Arbeit von Gefahren geschützt zu werden. Dieser Verneinung von menschlicher Arbeitskraft muß ein Halt geboten werden. Daher fordern auch die Tiefbauarbeiter Ueberwachung der Baustellen, zur Durchführung der Unfallverhütung durch Arbeiter-Baukontrollen!

„Streikbruchfirma Liebe-Schlichting“.

Unter dieser Ueberschrift brachte die „Rote Fahne“ gestern einen Artikel, der sich auf den Streik im Delgaswert Binisch u. G. bezieht und gegen die Firma Schlichting, Liebe u. Co., d. h. gegen den Vorstand des Verbandes der Maschinenisten und Heizer, die gemeinsamen Vorwürfe erhebt. Da es sich in der Sache selbst um eine Grenzstreitigkeit zwischen diesem Verbande und dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter handelt, die bereits Gegenstand von Verhandlungen beim ADGB ist, verbietet es sich hier jetzt darauf einzugehen.

Was uns jedoch veranlaßt, die Schimpfereien der „Roten Fahne“ zu erwähnen, sind die rein persönlichen Anwürfe, die insbesondere gegen unseren Genossen Stadtrat Schlichting erhoben werden. Der Genosse Schlichting hat mit der ganzen Angelegenheit nicht das geringste zu tun und erst aus seiner erneuten Anpöbelung in der „Roten Fahne“ davon erfahren. Die Angriffe, die dieses Blatt gegen den Genossen Schlichting erhebt, richten ihre Spitze weit weniger gegen den „reformistischen“ Gewerkschaftsführer als gegen den sozialdemokratischen Stadtrat Schlichting. Sie sind in dieser Angelegenheit ohne weiteres hinfallig. Im übrigen werden die Hintermänner der „Roten Fahne“ in wenigen Wochen Gelegenheit geben, für ihre jortgejeten Beschuldigungen gegen die „Firma Schlichting, Liebe u. Co.“ an Gerichtsstelle ihr Beweismaterial beizubringen.

Lohnarfschluß der Autoreparaturschlosser.

Wie wir bereits mitteilten, hatte die letzte Vollversammlung der Berliner Autoreparaturschlosser das Angebot der Unternehmer von 5 Pf. Lohnzulage pro Stunde einstimmig abgelehnt. Nach nochmaliger Fühlungnahme der Organisation mit der Interessengemeinschaft der Berliner Autoreparaturwerkstätten erklärten sich die Unternehmer schließlich bereit, für alle Arbeiter noch einen Pfennig pro Stunde zuzulegen.

Zu diesem neuen Angebot nahmen gestern Abend die Berliner Autoreparaturschlosser im großen Saale des Verbandshauses der Metallarbeiter Stellung. Obwohl in der Diskussion die Meinungen über die Annahme oder Ablehnung dieses Angebots geteilt waren, beschloß die Versammlung, das Angebot anzunehmen, so daß damit der Lohnkonflikt in den Berliner Autoreparaturwerkstätten endgültig beigelegt ist.

Die Löhne betragen ab 1. November für die Arbeiter der Klasse I 1,06 M. pro Stunde, Klasse II 96 Pf., Klasse III 74 Pf., Klasse IV 65 Pf., Klasse V 56 Pf.; für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren 44 Pf., von 14 bis 16 Jahren 31 Pf. Das Lohnabkommen gilt bis zum 31. Januar 1928 und kann erstmalig zu diesem Termin mit vierzehntägiger Frist gekündigt werden.

Die Ausgleichsquitung.

Auch ohne Giftzahn gefährlich.

Einem Meister der Firma Siemens-Schuckert wurde bei seiner Entlassung eine Ausgleichsquitung mit dem bekannten Schlußsatz: „Ich erkläre, daß ich keinerlei Forderungen an die Firma habe“ zur Unterschrift vorgelegt. Da der Meister Forderungen hatte und sie auch geltend machen wollte, so durchstrich er das Wort „keinerlei“. Damit hätte er sich begnügen können, denn durch diese Streichung war ja der Ausgleichsquitung der Giftzahn gebrochen. Der Meister aber, in dem Glauben, ganz sicher gehen zu müssen, tat noch ein übriges. Er schrieb hinter den angeführten Satz die Worte: „An bezug der Abgabe einer Erklärung bezüglich der Konkurrenzkaufel.“

Somit lautete also der betreffende Passus: „Ich erkläre, Forderungen an die Firma zu haben in bezug der Abgabe einer Erklärung bezüglich der Konkurrenzkaufel.“ — Es handelt sich um die Klausel im Anstellungsvertrage, wodurch sich der Meister verpflichtet, in n e rhalb zweier Jahre nach seinem Abgange von Siemens bei keiner Konkurrenzfirma in ganz Europa in Arbeit zu treten. Der Meister wollte, daß er durch eine Erklärung der Firma von dieser Verpflichtung entbunden werde. Da seine Existenz hiervon abhängt, so war ihm diese Angelegenheit so wichtig, daß er glaubte, sie besonders hervorheben zu müssen.

Außerdem hatte der Meister noch andere Forderungen, namentlich wegen seiner fruchtlosen Entlassung. Als er diese vor dem Arbeitsgericht geltend machte, berief sich der Syndikus der Siemens-Werke auf den Schlußsatz der Ausgleichsquitung und meinte, der Kläger habe dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er keine anderen Forderungen habe als die in bezug auf die Konkurrenzkaufel.

Der den Kläger vertretende Sekretär des Werkmeisterverbandes bestritt das unter Hinweis auf den Wortlaut des betreffenden Satzes, in dem ja von Forderungen (Rechts) die Rede sei, also nicht nur von einer Forderung hinsichtlich der Konkurrenzkaufel.

Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Spornrich, hielt aber den Einwand des Vertreters der Firma für so erheblich, daß er glaubte, in einem späteren Termin durch Vernehmung des Vorsitzers des Lohnbureaus der Firma Siemens darüber erheben zu müssen, ob der Kläger tatsächlich auf seine übrigen Forderungen verzichtet habe.

Unter diesen Umständen mußte der Kläger befürchten, daß die Firma mit ihrem Standpunkt durchgehen würde. Er zog es deshalb vor, die Klage zurückzuziehen.

Wenn der Syndikus der Siemens-Werke verliert, durch Wortklaubereien und juristische Spitzfindigkeiten den Kläger ins Unrecht zu setzen, so kann man das allenfalls vertreiben, denn es ist ja seines Amtes, die Interessen der Firma zu vertreten. Dem Richter aber müßte es doch auch ohne weitere Beweiserhebung klar sein, daß der Kläger durch seine Korrektur der Ausgleichsquitung ohne Zweifel zum Ausdruck gebracht hat, daß er Forderungen — nicht nur eine — gegen die Firma geltend machen will. Es wäre nicht nötig gewesen, zu prüfen, ob der Giftzahn, den der Kläger der Ausgleichsquitung ausgebrochen hatte, durch irgendeine juristische Formalität wieder eingefügt werden könnte.

Einigung in der Machener Textilindustrie.

Eine von den Textilarbeiterverbänden einberufene Betriebsratkonferenz hat dem Vorschlage der Verhandlungskommission gemäß das Angebot der Arbeitgeberverbände angenommen. Das neue Lohnabkommen, das für die einzelnen Arbeitergruppen der Textilindustrie Erhöhungen vorsieht, läuft bis zum Ende nächsten Jahres.

Metallarbeiterstreik in Belgien.

Wie aus Brüssel gemeldet wird hat der belgische Metallarbeiterverband beschlossen, eine energische Aktion zur Erhöhung der Löhne durchzuführen. In Belgien dieses Beschlusses sind gestern 7000 Metallarbeiter in La Louviere in den Streik getreten.

Jugendgruppe des ZdA. Aktion, Pflanztag! Am Sonntag, 30. Oktober, beschäftigen wir das Kranzengymnasium, Unter den Eichen (gegenüber dem Zeughaus). Treffpunkt 9 1/2 Uhr vor dem Ausgang zum Museum. **Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin.** Heute, Sonnabend, folgende Veranstaltungen: **Baumwollensommer:** Jugendheim Erntestr. 16. Unterhaltungsabend. — **Südbreite:** Wir fahren nach Posen. Treffpunkt Gruppe Eilbitten und Eilbitten 18 Uhr Potsdamer Ringbahnstr. Gruppe Neutal und Hermannplatz 17 1/2 Uhr Ringbahnstr. Neutal. — **Bekämpfung der Großschlingel Weiz** morgen, Sonntag, 1/2 Uhr. Treffen in Weiz, Rudower Straße.

Recrutement für Volkshilf. Dr. Curt Geiger; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ostrows; Revolution: Dr. John Schilomski; Kales; und Sonstige: Fritz Karst; Auslagen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 3 Beilagen und „Hilfshaltung und Wissen“.

Sophien-Säle

Sophienstr. 18 + Norden 9296 u. 12643

Für Vereine und Versammlungen
in jeder Größe



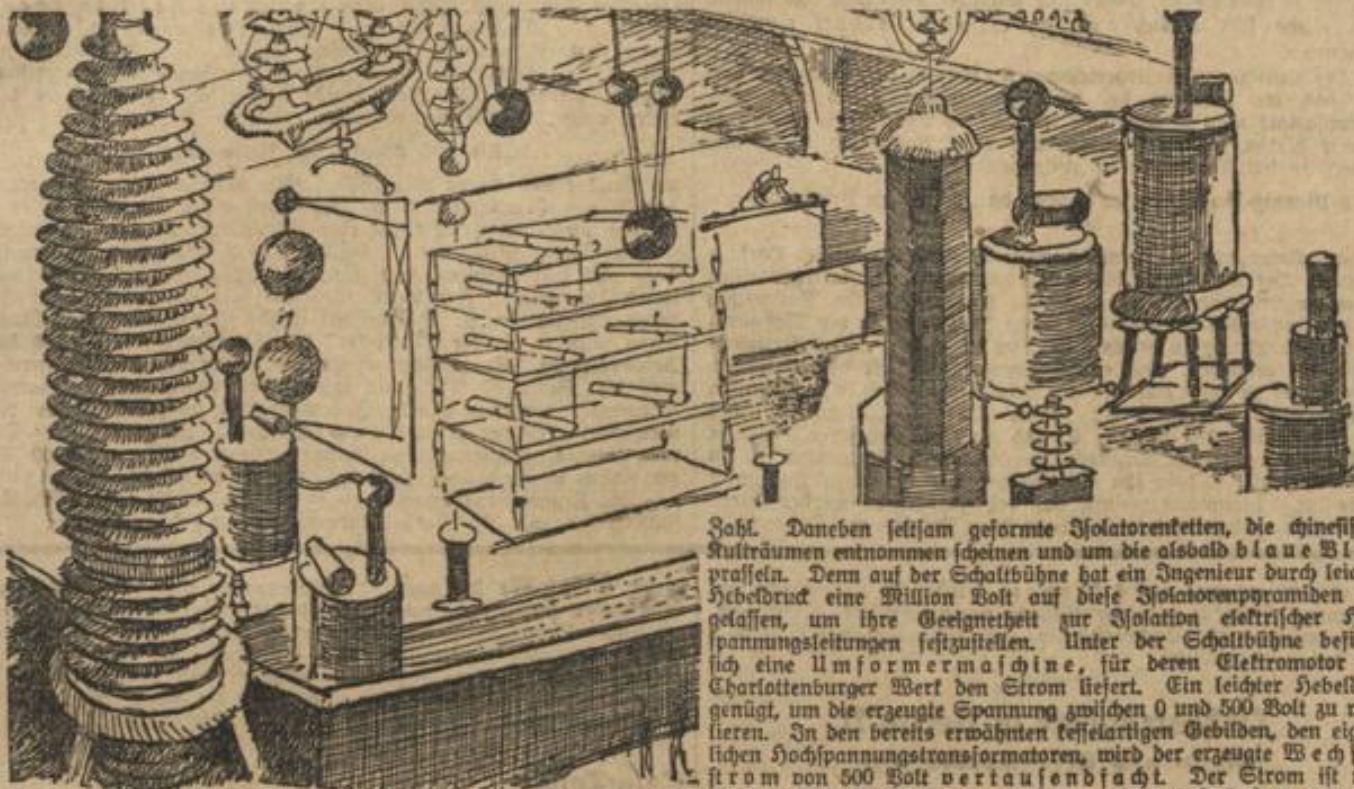
Erst hat den Antrag im Gemeinderat: „Jeder darf nur Brot essen in der Stadt. Denn die Löhne sind die Hälfte von der Dürre und ist groß so gut, das sagt auch meine Mutter.“

Und auf's Brot die frische Resti

Denn diese bayerische Kernmargarine aus den V.M.W.-Münchener vereinigt zum ersten Mal höchste Nährkraft und höchsten Wohlgeschmack: **Vitamine und Alpenmilch.**

In jedem Pfund der Tafelmargarine „Frühe Resti“ vorläufig mit gratis den neuesten Band der Resti-Kochbücher! Vertreter der V.M.W. Nürnberg: Resti-Agentur, Berlin NO 41, Rote Klugestr. 22. Tel.: Köpenicker 1544, 1545, 1547

Eine Million Volt.



Zahl. Daneben seltsam geformte Isolatorenketten, die chinesischen Kasträumen entnommen scheinen und um die alsobald blaue Blitze prasseln. Denn auf der Schaltbühne hat ein Ingenieur durch leichten Hebeldruck eine Million Volt auf diese Isolatorenpyramiden losgelassen, um ihre Eignung zur Isolation elektrischer Hochspannungsteilungen festzustellen. Unter der Schaltbühne befindet sich eine Umformmaschine, für deren Elektromotor das Charlottenburger Werk den Strom liefert. Ein leichter Hebeldruck genügt, um die erzeugte Spannung zwischen 0 und 500 Volt zu regulieren. In den bereits erwähnten kesselartigen Gebilden, den eigentlichen Hochspannungstransformatoren, wird der erzeugte Wechselstrom von 500 Volt vertausendfacht. Der Strom ist nunmehr nicht so stark, aber um so höher gespannt, so daß er gewaltige Widerstände überwinden, Luftwege überbrücken kann. Ein anderer Transformator, der allein 500 000 Volt hergibt, und mehrere kleinere für je 100 000 Volt stehen nachbarlich beisammen. Hochspannungströme auf galgenförmigen Gerüsten ermöglichen die Höhe der Spannung zu ermitteln. Auf weißem Gerüst ruhen zahlreiche Kondensatoren, die zur Aufspeicherung der elektrischen Energie dienen. Eine hydraulische Presse, die Druck bis zu 500 000 Kilogramm erzeugt, preßt eingespante Isolatorenreifen bis zum Zerplatzen. Die Scherben und kleinsten Teilchen wandern zum Porositätsprüfer, der die Dichtigkeit des Wertstoffes feststellen soll. Aber auch die Isolationen von Leitungen und Kabeln werden geprüft. Blitzzeichen leuchten an der Fehlerstelle auf, durch einen Farbbrüch wird automatisch die Fehlerstelle kenntlich gemacht und ermöglicht so eine nachträgliche Ausbesserung.

Die Wertstoffschau in der neuen Autohalle am Kaiserdamm bietet schon beim Eintritt ein überwältigendes Bild. Zu Füßen der riesigen Krananlage glühen die Heizöfen, stampfen die Lufthammer, bohren, zerren, drehen und hämmern die zahllosen Präsmaschinen, bis auf einmal ein Geknatter, wie von einer Riesenschlange erzeugt, die Besucher aufhorchen läßt und sie in den Bann des am Ende des Saales gelegenen 1-Million-Volt-Prüffeldes zwingt.

Ein phantastischer Anblick bietet sich dar. Bogodengleich steigen riesige Isolatoren aus weißem Porzellan und braunem Steingut in die Höhe. Schwermächtige, kesselartige Gebilde mit blanken Kugeln, galgenförmige Eisenständer mit vorleuchtendem Ziffernblatt und mächtigen Kugelpaaren stehen am Rande des Prüffeldes. Überall hängen von der Decke an schwarzen Tropfen Kugeln in fünfzähliger

Organisation der Hundertvierzigtausend.

Von der neuen Konsumwerbe- und Modeschau.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung hatte gestern nachmittag zu der Eröffnung ihrer Herbst- und Winter-Konsum-Werbefchau nach dem Berliner Gewerkschaftshaus am Engelsufer geladen, und da es sich dabei nicht nur um die Ausstellung von Lebensmitteln handelt, sondern auch um die Darbietung von Kleidern und deren Vorführung durch Mannequins, so kann man sich leicht denken, daß der große Saal bei weitem zu klein war, um die zahlreich erschienenen Besucher und Besucherinnen aufzunehmen. Der erste Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft, Genosse Mirus, begrüßte dann die Anwesenden mit freundlichen und wärmherzigen Worten.

Die Konsum-Werbefchau, so meinte er, soll bewirken, daß die Besucher kommen und schauen und die Genossenschaft um sie wirbt. Diese Werbefchau ist eine neue Etappe auf dem Wege der Propaganda. Als wir die erste Werbefchau veranstalteten, meinte man im Kreise unserer Gegner, eine Konsumgenossenschaft sei doch nicht imstande, etwas Derartiges erfolgreich aufzuziehen. Die Gegner

haben sich eines Besseren belehren lassen müssen und sie haben in der Folge sogar erklärt, daß die Konsum-Werbefchau der Konsumgenossenschaft ein Musterbeispiel dafür sei, wie man es machen müsse. Für uns ist der Hauptzweck, unseren zahlreichen Freunden und Gönnern zu zeigen, was wir in unseren Abgabestellen und Warenhäusern haben. Wir unterscheiden uns in unseren Darbietungen von denen ähnlicher Art dadurch, daß wir keine Phantasiengebilde vorführen, sondern nur das zeigen, was auch wirklich in unseren Häusern zu finden ist. Wir sind die Organisation der Bedarfsbedingungswirtschaft, nicht die der Vorratswirtschaft. Durch Feststellung des Bedarfs auf Grund unserer Mitgliederzahlen und unserer Verkaufsstellen können wir genau feststellen, über welche Aufnahmefähigkeit die bei uns organisierten etwa 140 000 Mitglieder verfügen. Das Gros der Mitglieder setzt sich aus Kopfarbeitern (Angestellten und Beamten) und Handarbeitlern (Industriearbeitern) zusammen und auf die Konsumkraft dieser Kreise stellen wir uns ein. Im letzten Geschäftsjahr haben wir einen Gesamtumsatz von 40 Millionen Mark erzielt, und hoffen, daß wir im laufenden Geschäftsjahr 50 Millionen erreichen werden. Unsere Gegner können sich nicht genug über diese Erfolge wundern. Das kommt aber daher, daß unsere Mitglieder nicht nur materiell-

juristisch uns als Genossen verbunden sind, sondern daß sie auch in einem ganz engen, inneren Vertrauensverhältnis zu uns stehen. Der Erfolg zeigt sich in jedem Jahre auch äußerlich, 1 1/2 Millionen Mark haben wir unseren Mitgliedern rückvergütet. In einer privaten Handelsgesellschaft würde dieser Reingewinn den Geschäftsinhabern und den Direktoren zusteigen. Das ist der grundlegende große Unterschied zwischen einer modernen Konsumgenossenschaft und einem privatkapitalistischen Betrieb. Oft wird uns entgegengehalten, wir bekommen unsere Gelder von den sozialistischen Parteien, den Gewerkschaften und sogar von der Regierung. Das ist natürlich glatter Unsinn, denn die Konsumgenossenschaft steht in keinerlei Abhängigkeitsverhältnis zu den Parteien und den Gewerkschaften und irgendeiner Regierung. Dieses Finanzgeheimnis löst sich schnell, wenn ich darauf hinweise, daß wir nicht weniger als 18 Millionen Mark Spareinlagen haben, und da der größte Teil dieser Einlagen stehen bleibt, so können wir natürlich damit wirtschaften. Mit den bisherigen Erfolgen nicht genug, werden wir voraussichtlich Anfang Februar ein neues eigenes wirklich weitstädtisches Warenhaus, nämlich das bisherige von Raaben in der Oranienstraße eröffnen.

Die Ausführungen des Genossen Mirus wurden mit freudigem und starkem Beifall quittiert. Dann hielten unter den anregenden Klängen des von Kapellmeister Erich Gerde geleiteten brillanten Jazz-Symphonie-Orchesters des Deutschen Ruffahrer-Bundes auf dem hübsch dekorierten Mittelweg die Mannequins ihren Einzug und zeigten in einer geradezu überraschenden Mannigfaltigkeit die vielen außerordentlich aparten, geschmackvollen und schönen Dessins der Damenmoden unserer Konsumwarenhäuser. Es würde zu weit gehen, alle Einzelheiten anzuführen, und es sei nur erwähnt, daß einige wunderschöne Stillebilder sich des stärksten Beifalles erfreuten. Die bereits im Frühjahr angekündigte Tendenz der Verlängerung der Damenkleider fand man in einigen sehr hübschen Exemplaren bestätigt. Im übrigen aber: man gehe selbst hin und schaue, staune und erfreue sich. Die ganze Aufmachung, besonders auch in der effektvollen Beleuchtung, läßt einen ganz bedeutsamen Fortschritt erkennen. Diese Modovorführungen finden bis zum Schluß der Ausstellung, den 7. November, an jedem Tage mehrmals statt. Die auch diesmal wieder ungemein lebenswerte Ausstellung der übrigen Waren in den vier Sälen und den Vestibülen des Gewerkschaftshauses sei einer besonderen Besprechung vorbehalten. Das Ganze ist zweifellos ein erfreulicher Beweis dafür, daß die KGB, heute ein nicht mehr zu übersehender Wirtschaftsfaktor in dieser gewaltigen Stadt ist.

Aktenbeschlagnahme bei einem Rechtsanwalt

Der energische Untersuchungsrichter.

Ein ungewöhnlicher Vorfall hat sich am gestrigen Freitag im Amtsgericht Charlottenburg abgespielt. In dem Zimmer eines Oberkretars hatte der Berliner Anwalt Dr. Feltowicz, der in einer vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts abgeurteilten Landesverratsache ein Wiederaufnahmeverfahren einzuleiten hat, Einsicht in die ihm vom Oberreichsanwalt auf Antrag zur Verfügung gestellte Abschrift der Urteilsbegründung jenes Prozesses nehmen wollen. Es handelte sich um den Landesverrat eines Schupowachtmeysters R. aus Oberhausen, der zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Im Einvernehmen mit dem anwesenden Gerichtsbachmann sah der Anwalt das umfangreiche Schriftstück zunächst durch und gab dann seiner mit ihm erschienenen Sekretärin die Anweisung, aus den von ihm angeführten Stellen des Aktenstückes einen Auszug herzustellen, wobei er sie auf den geheimen Charakter des Dokuments ausdrücklich aufmerksam machte und sie anwies, nur einen Auszug für ihn selbst herzustellen. Der Anwalt verließ dann das Zimmer und ließ die Sekretärin mit dem Oberkretar allein. Nach einiger Zeit erschien ein Untersuchungsrichter, Amtsgerichtsrat Dr. Stegmann, aus irgendeinem Grunde in dem Raum. Als er sah, daß die Stenotypistin aus der Urteilsbegründung eines Landesverratsprozesses, also aus einem geheimen Schriftstück, einen Auszug für den Anwalt machte, schritt er, obwohl er mit dieser Sache selbst nicht das geringste zu tun hatte, ein, nahm der Sekretärin das Aktenbündel weg und rief aus ihrem Stenogrammbuch die bereits beschriebenen Seiten heraus, wobei er erklärte, daß er alle diese Schriftstücke beschlagnehme. Dr. Feltowicz hat daraufhin sowohl beim Landesverrat III wie beim Oberreichsanwalt gegen das Vorgehen des Richters Beschwerde erhoben und auch das Justizministerium von diesem Vorfall in Kenntnis gesetzt.

25]

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Das war Samtschuls Stimme. Und sogar seine Stimme konnte den Lärm nicht überdönen.
Gromada kommandieren! ... Sieht warm im Fabrikkomitee.
„Und Lofschat, Brüder! ... Die Komiteemitglieder haben genug herumgeludert.“
Oljeb trat hinter dem Tisch hervor, ging in die Mitte des Zimmers. Ging ruhig, mit schweren Schritten. Sein Gesicht war hager und scharf vor edigen Knochen.
„Wählt mich, Genossen — Kommunisten! Wählt meine Frau. Sie hat euch das Wort hamsterer hingeschmissen ... gut hingeschmissen ... Ich bin auch in andere Mäuselöcher getrocknet. Und jeden Tag, drei Jahre lang, habe ich mit dem Lode gekämpft. Diese verdammten Ziegen haben euch fest an die Viehställe geschmiedet.“
„Und wieso bist du nicht getötet worden, Lschumalow? Wer hat in diesen drei Jahren kein Blut gesehen? ...“
„Sol! Wieso ich nicht getötet wurde? Ich bin zah wie der unsterbliche Kaschtschik.“ ... Ich habe mit dem Tod Brüderchaft getrunken. Und wenn ihr Blut gesehen habt, so müßt ihr auch gut wissen, was für Zähne der Tod hat. Gute Zähne, fester als ein Mühlrad! Sol! Run! Schaut her und ergötzt euch dran.“
Mit einer hastigen Bewegung riß er den Rock von sich, das schmutzige Hemd, warf sie zu Boden, und die Brust in seinem Hemde bis zu den Hüften bewegten sich unter der Haut im Lichte der Petroleumlampe wie elastische Stränge. Und zwischen ihnen, in den Vertiefungen, zitterten schwarze Schatten.
„Wollt ihr mit den Händen antasten. ... Hier! Kommt nur und tastet. ...“
Und er stieß mit seinen Fingern in die Brust, in den Hals, in die Hüften. Und dort, wo er hinsah, waren rote und blasse Bündel von Narben.
„Wollt ihr, daß ich die Hüften herunterlasse? Sagt nur, wollt ihr? Uha! ... Ich schäme mich nicht. Dort habe ich auch solche Orden. ... Wollt ihr, daß andere für euch zur Arbeit gehen, damit ihr in euren Ziegenhöhlen schlafen

tönnt? ... Gut, ich gehe! Bestimmt mich zu dieser Maulwurfsarbeit.“
Niemand näherte sich Oljeb. Er sah feuchte Augen, sah, wie die Menschen plötzlich still wurden. Sie schauten auf seinen nackten, mit Narben bedeckten Körper, und verloren und wie betäubt von seinen Worten, dampften sie vor Schweiß und schwiegen, an ihre Plätze genagelt.
„Genossen! ... Schmach und Schand! ... Wie weit, Genossen, ist unsere Seele denn zerstört? Genossen! ...“
Gromada verlor den Atem, suchte sie mit den Armen, wand sich wie in Krämpfen und konnte seine Erregung in Worten nicht ausdrücken.
Einer von den bärtigen Arbeitern erhob sich von der Bank und schlug sich mit Wucht an die Brust. Sein Kopf zitterte und seine Augen krochen aus den Höhlen.
„Schreib ein! ... Rasch! ... Ich gehe! ... Ich bin kein Luder. ... Run, drei Ziegen, ein Schwein und Ferkelchen ... Sade über die Schultern ... was ist da zu sagen. ... Wir haben uns selber in unseren Höhlen abgeschlachtet, Kinder. ...“
Und nach ihm streckten sich noch einige schwere Hände schweigend in die Höhe.
Und Datscha (sie sah Oljeb mit erloschenen Augen an) hob die Hand hoch.
„Genossen, ist unsere Zelle ärger als die anderen? Rehn, Genossen! ... Wir haben gute Arbeiter und gute Kommunisten. ...“
Und als erste klatschte sie mit den Händen und blühte mit den Zähnen.
Als alle sich beruhigt hatten und es still und leicht wurde, überrumpelte Datscha die Tagesordnung mit ihrem Weiberantrag: „Genossen! Wir haben hier leere Häuser von gestückelten Ingenieuren. Ich schlage vor, dort Kinderhorter zu eröffnen. Diese niederträchtige Klübe, verflucht sei sie. ... Die freie proletarische Frau. ...“
„Hol sie der Teufel, diese Weiber! Sie pikeln wie die Hennen und krähen wie die Hähne. ... Sie schlachten uns Brüder einfach ab.“
„Ist keine Einwendung? ... Angenommen. ... Singen wir die Internationale. ...“
2. August Bebel und Rotja Sawtschut.
Vom Klub nach Hause war es ganz nah — nur über den Bergrücken zu gehen. Zehn Minuten Weg. Oljeb und Datscha stießen mit den Schultern aneinander, und ihre Hände

flochten sich beim Schlenkern ihrer Arme ineinander. Schwarzviolette Ferne hinter dem Berg — das Meer und die Vorstadt lagen im Nebel und waren in den Schatten der Wolken und gespensterhaften Funken unheimlich leer. Ein feuriges Seil wand sich vom Leuchtturm zum Berg, zerriss und verflocht sich zu Knoten. Und Sterne tropften hoch über dem Meere, und der Himmel über den fernen, zackigen Berggipfeln war wie mit Pfauenfedern angetan.
Oljeb und Datscha gingen schweigend nebeneinander, sie wollten sprechen — schwiegen aber.
In den Bergen hinter der Stadt, rückwärts auf den Gipfeln über dem Meere flammten rätselhafte Feuerzeichen auf, flackerten und blühten wieder aus.
Datscha berührte Oljeb's Arm. „Siehst du die Feuerzeichen. Die Weißgrünen verständigen sich durch Signale. Wir werden noch viel mit ihnen zu schaffen haben. Viel Blut und Arbeit werden sie uns noch kosten.“
Sie sagte es, und in ihren Worten war eine andere Seele, nicht die frühere, alte, die Schutz und Liebe bei ihm, bei seiner Kraft suchte. Sie hatte die Worte gesagt, aber sie waren nicht so, wie Oljeb sie gewünscht hätte. Was für ein Leben hatte Datscha ohne ihn gelebt? Welche Kraft hatte ihre Seele von seiner getrennt? Und diese Kraft hatte die alte Datscha erdrückt, und die neue Datscha war mehr und größer als die alte Datscha, aber diese Kraft steht zwischen ihnen, unüberwindlich, unverrückbar, zwischen Oljeb und ihr.
Datscha ging sicher und trat fest mit ihren Stiefeln auf. Der Weg war unsichtbar, aber sie sah auch in der Nacht wie eine Kage.
„Run, Datscha, erzähl mal, was für ein Abenteuer hattest du mit Ingenieur Kleist? Was meinte Lofschat? ...“
Datscha schwieg und schaute Oljeb's Gesicht durch die Nacht an.
„Ueber die Gegenespionage. ... Weißt du denn nicht? ...“
„Hast du mir denn etwas über dein Leben erzählt? Das dürfen nur Fremde wissen — ich bin doch dein Mann.“
Datscha lächelte, aber Oljeb bemerkte nicht ihr Lächeln.
„Run also ... es war bei der Gegenespionage, und Rotja hat Ingenieur Kleist für mich ... er gab sein Wort ... bürgte für mich ... ich war wegen einer Angelegenheit der Grünen ...“
„Du warst wegen der Grünen? ... Da hättest du doch wie eine Fliege daran zugrunde gehen können. ... Und du hast dich aus den Pfoten dieser Banditen heil herausgerissen? ... Erzähl doch ...“
(Fortsetzung folgt.)

*) Russische Märchenfigur.

Die Räuberbande vom Norden vor Gericht. Ein Russe als Anführer.

Zwei Mitglieder der Räuberbande, die, mit Pistolen bewaffnet, im letzten Sommer wegen ihrer Dreistigkeit Aufsehen erregende Einbrüche in den nördlichen und östlichen Vororten Berlins verübten und dadurch die dortige Bevölkerung wochenlang in Angst und Schrecken versetzten, standen gestern in dem Schlächter Emil Witter und dem Maler Gregor Witrak vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Weßling. Mit der Festnahme der beiden ist die gemeingefährliche Bande unschädlich gemacht worden.

Außer einer Reihe von schweren Diebstählen wurden ihnen gestern zwei schwere Raubüberfälle zur Last gelegt. Alle Straftaten spielten sich zur hintereinander in den Monaten Juni und Juli in den Vororten Weidmannslust, Fichtenau, Hermsdorf, Hohenneudorf und Bergfelde ab. Der Anführer dabei ist allem Anschein nach der mehrfach vorbestrafte und russische Staatsangehörige Witrak gewesen. In Hohenneudorf kam es zu einem gefährlichen Kampfe zwischen dem Ingenieur Schwikowski und dem Eindringling. Dabei gab der Verbrecher einen glücklicherweise fehlgehenden Revolvererschuss ab. Während sich dieser Ringkampf auf Tod und Leben die Treppe hinunter abspielte, drang der zweite Räuber in das Schlafzimmer ein und stahl vor den Augen der Frau eine auf dem Nachttisch liegende goldene Uhr sowie eine Altentasche.

Auch der Justizwachmeister Spirta in Bergfelde hatte eines Nachts ein unangenehmes Erwachen. Als er durch Rufen seiner Frau aus dem Schlafe geschreckt wurde, sah er vor seinem Bett einen Kerl stehen, der die Pistole auf seine Stirn richtete. Der dann einleuchtenden Plünderung machte die jammernde Frau dadurch ein Ende, daß sie den Verbrechern freiwillig 10 M. aushändigte. „Es ist mein letztes Geld“ sagte sie dabei traurig. Großmütig gaben ihr darauf die Räuber das Geld zurück und verschwand. Die Angeklagten, von denen Witrak sich sehr dreist vor Gericht benahm, gaben nur einen Einbruch in Fichtenau zu. Im übrigen bestritten sie alle ihnen weiter zur Last gelegten Diebstähle und insbesondere die beiden Raubüberfälle. Die meisten Zeugen erkannten jedoch mit fast absoluter Gewißheit die beiden Angeklagten wieder. Der Staatsanwalt hielt infolgedessen die beiden Angeklagten im Sinne der Anklage für überführt und beantragte gegen Witter vier Jahre drei Monate und gegen Witrak vier Jahre neun Monate Zuchthaus, sowie fünf bzw. zehn Jahre Ehrverlust. Das Gericht konnte gestern noch zu keinem Urteil kommen, da sich der Angeklagte Witter in letzter Minute noch auf einen Zeugen berufen hatte, den das Gericht vernehmen zu müssen glaubte. Die Verhandlung wurde daher auf Montag mittag ausgesetzt.

„Jesus von der Rennbahn.“

Entmündigt, aber doch strafrechtlich verantwortlich!

„Jesus von der Rennbahn“, wackeliger Epitheton! Der 48jährige Hennig führt ihn nun einmal. Vielleicht, weil er eine „gläubige“ Gemeinde um sich geschart hatte; sie schwor auf seine Tips und glaubte so für sich das Himmelreich auf Erden zu erlangen. Und wenn die Tips auch nicht immer richtig waren — was tat's? Genügte es nicht, daß sie zwischendurch doch zuträfen?

Die Rennbahn wollte aber den „Jesus“ nicht in ihrem Machtbereich dulden; sie verbot ihm den Zutritt. Was sollte Hennig ohne Rennbahn? Sie war sein Lebenselement. Er kam wieder. Das war Hausfriedensbruch. Er ließ die Strafen über sich ergehen und verstand es immerfort, sich in die Rennbahn einzuschleichen. Konnte er durch seine Tips kein Geld machen, so legte er sich auf Bauernfängerel. Das aber war Betrug. Gerichtliche Strafen halfen nichts. Er fand immer neue Tricks. So erschien er eines Tages im Union-Klub, fragte hier nach einem Herrn Robinczel, der natürlich nicht anwesend war. Hennig bezeichnete sich als Trainer Choralek. Er habe für Herrn R. eine Jahreskarte zu den Strausberger Rennen besorgt; ob der Portier die Karte nicht entgegennehmen wolle und ihm dafür einen Vorbehalt von 40 M. geben würde. Der angebliche Choralek erhielt die 40 M., Robinczel wußte aber von einem Auftrag, für ihn eine Karte zu besorgen, nichts; sie war auf irgendeine Weise in Hennigs Hände gefallen und so hatte er für sie 40 M. erhalten. Das war Betrug! Oder er kam in den Laden eines Buchmachersgehilfen, telephonierte angeblich zur Rennbahn und stellte sich dabei als Choralek vor. „Ach, Sie sind „Choralek“, meinte die Frau. „Können Sie mir nicht einige Tips geben?“ „Über natürlich. Welten Sie nur drei Tausend auf das Pferd soundso. Die Hälfte vom Gewinn erhalte ich.“ „Gern, wo soll ich aber das Geld hernehmen, ich muß ja am nächsten Morgen beim Buchmacher abrechnen.“ „Ach, das Geld haben Sie von der Gewinnsumme ab.“ „Wenn ich aber nichts gewinne?“ „Ausgeschlossen.“ Die Frau weinete nicht. Der Versuch, sie dazu zu veranlassen, sollte aber „verfuchter Betrug“ gewesen sein. Und wegen dieser beiden strafbaren Handlungen hatte sich Hennig wieder vor Gericht zu verantworten. Und da erfuhr man erst, wie es in Wirklichkeit um diesen „Jesus auf der Rennbahn“ steht. Ein Epileptiker, ein Mann, der nach einem Schlag über den Kopf, den er von einem Unteroffizier beim Militär erhalten hatte, in die Irrenanstalt gekommen war, der hinterher immer wieder für einige Zeit die Irrenanstalten aufsuchen mußte, ein Entmündigter und bereits wegen § 51 strafrechtlich für unverantwortlich Erklärter stand vor den Richtern. „Ein stattlich wachsender Mensch“, sagte der psychiatrische Sachverständige. Trotzdem verantwortlich, obgleich entmündigt wegen Geisteskrankheit, obgleich unzählige Male in der Irrenanstalt interniert und bereits einmal als unzurechnungsfähig bezeichnet? Dem Rechtsanwalt Dr. Müller-Strahmeyer wollte es nicht einleuchten, daß ein Mann zu gleicher Zeit zivilrechtlich geisteskrank und strafrechtlich verantwortlich sein könne. Außerdem meinte er, wäre die Frau nicht geschädigt worden, wenn das Pferd gewonnen hätte; und im ersten Fall sei ja die Rennkarte viel mehr als 40 M. wert gewesen. Der Staatsanwalt beantragte aber 1 Jahr Gefängnis;

Wie öffentliche Gelder verwirtschaftet werden.

Aus dem Prozeß des Zollinspektors Plaumann.

Aus der Verhandlung gegen den Zollinspektor Plaumann und seine Späher Cohn und Silberstein ergab sich, daß der Angeklagte Plaumann aus dem ihm zur Verfügung stehenden Fonds mit vollen Händen an seine Agenten Gelder im voraus ausgeteilt hatte. Schließlich mußte er seinen Leuten erklären: so ginge es nicht weiter, immer nur gefälschte Banderolen zu kaufen, man müsse jetzt endlich an die Drucker selbst herankommen.

Der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Rehner, hob mehrmals hervor, daß die Zustände bei der Fahndungsstelle des Grenz Zollkommissariats nicht so gewesen seien, wie die vorgelegten Stellen es gemollt hätten. Nach den Angaben der Angeklagten Cohn und Silberstein hat Plaumann vorgeschlagen,

6-Pfennig-Banderolen zu drucken, da „hierfür die Belohnung höher“ sei.

Er habe ihnen auch auf seiner Dienststelle einen Bogen als Vorlage gegeben. Der Angeklagte Plaumann behauptete, daß er irgendeinen Bogen gegriffen habe, der gerade zur Hand war. Am Nachmittag vor dem geplanten Zugriff führt Cohn Plaumann in die Wohnung, um die Einrichtung zu besichtigen. Das sei unter größten Vorsichtsmahregeln geschehen, weil er Plaumann sagte, die beiden Fälschmünzer seien zu allem entschlossen. Beim Hineingehen in das Zimmer küßte Cohn Plaumann zu: „Leise, leise“ und Plaumann schlich auf den Zehenspizzen hinein. Er sah nur die Maschinen. Später brachte Cohn aus der Druckerei den Stein zu Plaumann in ein Café und sagte, er habe ihn mit Lebensgefahr für einen Augenblick entwendet. Plaumann meinte, daß erst zugriffen werden dürfe, sobald etwas gedruckt sei, sonst gäbe es keine Belohnung. Daher sollte

erst nachts das Eindringen in die „Geheimdrucker“ geschehen. Am Abend brachte Cohn Plaumann einen Bürstenabzug des Druckbogens zu Wisinger, und nun wurde beschlossen, um 1/3 Uhr nachts einzudringen. Plaumann sah mit seinen Beamten auf der Lauer in der Nähe in einem Café. Ploötzlich kam gegen Mitternacht ein Kriminalbeamter mit dem festgenommenen Silberstein an, und der letztere sagte zu Plaumann: „Du wirst einen Schreck kriegen, denn die Polizei ist uns zuvorgekommen.“ Plaumann dazte sich nämlich mit seinem Spiegel! Die Kriminalpolizei war auf das verdächtige Treiben durch Hausbewohner aufmerksam gemacht worden. Silberstein wurde gefaßt, als er das Haus betreten wollte. Die Festgenommenen erklärten sofort:

„Wir sind Agenten des Finanzamts.“

die Drucker sind Harry und Willi.“ Sie berieten sich auch darauf, daß sie von Plaumann mit der Beobachtung des Hauses beauftragt worden seien, und Cohn zeigte eine Pistole vor, die ihm Plaumann zur Verfügung gestellt hätte. Auf der Polizei reklamierte Plaumann Cohn und Silberstein als keine Agenten, und diese wurden sofort auf freien Fuß gesetzt. Für die Vorarbeiten hatte Plaumann 7000 M. bereits ausgegeben, da er über den Fonds freie Hand hatte, Plaumann forderte für die „Entdecker“ der Fälschungsfabrik 12 000 M. Belohnung an. Später lehnte er die Forderung auf 5000 M. herab, weil die „Fälscher“ Willi und Harry nicht gefaßt worden waren. Mittlerweile wurde er von der Fahndungsstelle aufgefordert, über die verwendeten Gelder Rechnung abzulegen. Da er die 7000 M. nicht glauben verantworten zu können, setzte er hierfür nur 3900 M. ein, und es wurde für den Restbetrag ein neuer Fall eingeleitet. Die Zeugenerklärungen zogen sich bis in die späten Abendstunden hinaus. Die Verhandlungen wurden sodann vertagt.

das Gericht erkannte auf 4 Monate. Also, ist Jesus von der Rennbahn doch für seine Handlungen verantwortlich? Wer weiß, ob der psychiatrische Sachverständige ihm das nächstemal nicht doch noch den § 51 zubilligt.

Liebestragödie in Berlin N.

Mord- und Selbstmordversuch.

Eine blutige Liebestragödie spielte sich gestern nachmittag im Hause Schönhauser Allee 134 ab. Dort gab der 19jährige Kollereingestellte Martin Reumann aus der Wolliner Straße 11 nach einem vorangegangenen Streit auf seine 16jährige Braut Emma Otto einen Schuß ab und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Dazu wird noch folgendes bekannt:

Reumann unterhielt zu der D. seit längerer Zeit ein Verhältnis, das durch häufige Auseinandersetzungen in letzter Zeit sehr getrübt war. Das junge Mädchen sagte sich schließlich ganz von Reumann los. Wiederholte Annäherungsversuche blieben erfolglos. Gestern nachmittag erschien er in der Wohnung seiner früheren Braut, in der Hoffnung, eine Ausöhnung herbeizuführen. Skand dessen kam es aber zu einem heftigen Streit, in dessen Verlauf Reumann plötzlich einen verborgengehaltenen Trommelrevolver hervorjagte und auf das Mädchen einen Schuß abfeuerte. Es sank, von einer Kugel in die Schläfe getroffen, benutzlos zu Boden. Als R. sah, was er angerichtet hatte, jagte er sich zwei Kugeln in die rechte Stirnseite. Beide wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen nach der nächsten Rettungsstelle und von dort in das Birchow-Krankenhaus gebracht.

Kreuzungsverkehr am Brandenburger Tor.

Ab Montag.

Der Verkehr am Brandenburger Tor hat in letzter Zeit so beträchtlich zugenommen, daß sich der Polizeipräsident entschlossen hat, nach Einrichtung der Signallampen den Kreisverkehr verkehrsweise schon jetzt wieder aufzunehmen, obgleich der reine Kreisverkehr an dieser Stelle streng genommen nicht nur die Fertigstellung der Signallampen, sondern auch straßenbauliche Veränderungen zur Voraussetzung hat.

Der Polizeipräsident sieht sich zu diesem Versuch gezwungen, weil die Schwierigkeiten am Brandenburger Tor von Tag zu Tag steigen und einschneidende bauliche Veränderungen hier nur mit der leider so bald noch nicht zu erwartenden Umgestaltung der Charlottenburger Chaussee und des nördlichen Teils der Friedrich-Ebert-Straße vorgenommen werden können. Da außerdem die Einrichtung der Lichtsignale ein präzises Abstoppen der Fahrzeuge ermöglicht, erscheint der Versuch, den Kreisverkehr einzuführen, auch unbedenklich. Um die Verkehrsbeschwindigkeit zu erhöhen und die einengende Wirkung des Brandenburger Tors nach Möglichkeit zu vermeiden, ist es erforderlich, auch die mittlere Durchfahrt für den gesamten Verkehr zu öffnen. Dies soll in der Weise geschehen, daß in den Stunden von 8 bis 12 Uhr die mittlere Durchfahrt für den Verkehr von Westen nach Osten und für die übrige Zeit für den Verkehr von Osten nach Westen geöffnet wird. Beim geschlossenen Ost-West-Verkehr werden die Fahrzeuge, die von der Straße Unter den Linden kommen, an den weißlichen Aufenkanten des Brandenburger Tors zu halten haben, bis die Durchfahrt freigegeben wird. Für die aus der Charlottenburger Chaussee kommenden Fahrzeuge wird die Stopplinie zwischen den Bordschwellenkanten des Platzes an der Einmündung der Charlottenburger Chaussee liegen. Bei geschlossenem Nord-Süd-Verkehr wird die Stopplinie für die vom Potsdamer Platz und der Lemnitzer Straße kommenden Fahrzeuge etwa 20 Meter von der südlichen Kante des mittleren Teils des Brandenburger Tors liegen, für die Straßenbahn noch etwa 30 Meter südlich

dieser Linie. Für die aus der Friedensallee und vom Reichstag kommenden Fahrzeuge liegt die Stopplinie in der Verlängerung der nördlichen Bordschwelle der Charlottenburger Chaussee, westlich der beiden nördlichen Mittelstreifen. Alle Fahrzeuge, die nach links abbiegen, müssen sich von vornherein möglichst weit links halten und sofort anfahren, wenn das gelbe Licht ihnen die Fahrt freigibt. Die Neuregelung wird am Montag, dem 31. Oktober 1927, in Kraft treten.

Tati-Tata.

Man schreibt uns: Das Telephon am Rondelaber Unter den Linden Ecke Wilhelmstraße schlägt dreimal kurz an. Der dort den Verkehr regelnde Sicherheitsbeamte springt hinzu und nimmt das Gespräch entgegen. Während dessen staute der Verkehr um ihn. Der Verkehrschope sieht und hört nichts davon, sondern blickt nur angestrengt zum Brandenburger Tor. Ploötzlich springt er mitten auf den Fahrdamm. Mit hoherhohemem Arm unterbindet er den Verkehr, trotzdem die Signallampe ihn gerade anders geregelt hat. Ein ploögliches Stocken. Beim Auto geht es noch. Aber beinahe wäre ein Pflödegesparrn einem ploötzlich drensenden Auto hinten aufgefahren.

Das Auto des Herrn Reichspräsidenten biegt in die Wilhelmstraße ein.

Der Verkehr wird in einem Abstand von einer halben Minute geregelt. Sollte sich da nicht auch das Auto des Herrn Reichspräsidenten der allgemeinen Verkehrsregelung unterwerfen können?

Ein achtzigjähriger Parteioberst. In jedem unserer alten Parteiobersten verkörpert sich ein Stück Parteigeschichte, auch in denen, die nicht in das Licht der großen Parteipolitik getreten sind, sondern in unermüdlicher Kleinarbeit die Organisation und die Werbekraft der Partei Jahrzehnte hindurch gestärkt und ihr in Treue in einem opferreichen Leben gedient haben. Einer dieser in der Kleinarbeit Getreuen, der Genosse Zimmermann Martin Kusterka, Mitglied der 19. Abteilung, Bellermannstraße 6, feiert heute, am 29. Oktober, seinen 80. Geburtstag bei guter Gesundheit und geistiger Rüstigkeit. Schon als junger Zimmermannsgesell fand er in Hamburg den Weg zur Gewerkschaft und zur Sozialdemokratischen Partei, und er ist seitdem in all den Jahrzehnten ein unermüdlicher Mitarbeiter geblieben, der auch unter den Gefahren des Sozialistengesetzes in Berlin seinen Mann gestanden hat. Noch heute fehlt der Achtzigjährige, ein leuchtendes Vorbild für die Jungen und der Stolz der Alten, auf seinem Sahlabend und bei feiner Werbeaktion der Partei. Nach einem Leben voller Opfer verbringt unser Genosse Kusterka seinen Lebensabend in sehr bescheidenen Verhältnissen. Wir grüßen den alten bewährten Genossen an seinem Ehrentage und verbinden mit dem Dank für die Hingabe an die Sache unserer Partei den Wunsch, daß er uns noch viele Jahre in guter Gesundheit erhalten bleiben möge.

Freiwillige Gemeinde. Sonntag vormittags 11 Uhr, Vappel-Allee 15, Vortrag des Herrn Dr. K. Rosenbergs: Kircheneinigung. Carmentum: Numorelle (Vorakt).

Das proletarische Lied. Unter dieser Bezeichnung veranstaltet der Bezirksbildungsausschuß am Sonnabend, 29. Oktober, 20 Uhr, in Tempelhofer Park, Aula des Gymnasiums, Kundgebungen: Sonntag, 30. Okt., 11 Uhr, im Cirkum, Prenzlauer Allee, Ost-Danziger Straße; Sonntag, 30. Oktober, 19 Uhr, in Weihenstephan, Festsaal des Realgymnasiums, Borsdorferpromenade, Verkaufsführungen. Es kommen Gedänge nach Dichtungen von Zupfod, Dehmel, Klabund, Clement, Volter, Tiger, P-lai-be und Schling, Übertragen von Klabund, zum Vortrag. Mitwirkende: Olga Hajega, Opernsängerin aus Wien, Fritz Lunger, Opernsänger aus Wien, der Komponist B. La Reinig am Flügel aus Wien. Eintritt 50 Pf.

Das ideale
Laxin Abführ-Konfekt

Die Entwicklung der Flugtechnik

liegt in interessanten Bilderserien in jeder Packung der

ENVER BEY CIGARETTEN
IN NEUEN MISCHUNGEN



Zur neuen Berliner Anleihe.

Wie die Mittel verwendet werden.

Die gestrigen Mitteilungen über die Aufnahme einer neuen Berliner Auslandsanleihe in Höhe von 120 Millionen Reichsmark können hinsichtlich der Zwecke im Einzelnen noch ergänzt werden. Von der Anleihe sollen dienen für Schnellbahnbauten etwa 31 Millionen, für Zwecke der Straßenbahn 25 Millionen, für Leistungen an die Reichsbahn etwa 4 Millionen, für den Flugverkehr (Erhöhung des Gesellschaftskapitals der Flughafen G. m. b. H.) 0,4 Millionen, für die Elektrizitätswerke 40 Millionen, für die Stadtentwässerung 10 Millionen, für Restkosten der Fleischmarkthalle 3,6 Millionen, für Meliorationen 2,8 Millionen, für Handel und Gewerbe (Erweiterung und verkehrliche Erschließung des Messegeländes) 2,5 Millionen. Bei den Schnellbahnbauten handelt es sich im wesentlichen um den Bau der Untergrundbahnstrecke Alexanderplatz—Lichtenberg-Friedrichsfelde und um die Fertigstellung der Schnellbahn Gesundbrunnen—Reutheim, ferner um die Verlängerungen der Westendlinie und der Nordendlinie der Hochbahngesellschaft. Für die Straßenbahn waren die benötigten 25 Millionen bereits bei der Englandanleihe der Stadt Berlin angefordert, damals jedoch von der Beratungsstelle gestrichen worden. Auch hier handelt es sich um Anforderungen, die im Interesse des Berliner Verkehrs von großer Bedeutung sind. Die Leistungen an die Reichsbahn betreffen Beiträge für die Errichtung eines Vorortbahnhofs, für die Durchführung der Elektrifizierung auf einer Strecke der Vorortbahn im Berliner Gebiet u. a. m. Die Anforderungen für die Elektrizitätswerke beruhen auf der außerordentlichen Ausdehnung der Berliner Elektrizitätswirtschaft. Die Durchführung der hier notwendigen Erweiterungen, insbesondere im Kabelnetz, liegt im dringenden Interesse der gesamten Berliner Wirtschaft und damit der deutschen Wirtschaft überhaupt. Die Anforderungen für die Stadtentwässerung betreffen Neu- und Erweiterungsanlagen, die bereits im Haushaltsplan 1927 vorgesehen waren und die um so dringender geworden sind, als die Ueberlastung der jetzigen Anlagen bereits zu erheblichen Nachteilen auf einzelnen Riefelgütern geführt haben. Die Restkosten für die bereits errichtete Fleischgroßmarkthalle und die angeforderten Mittel für Meliorationen und Frühgemüsebau, die zu einer Verminderung der Einfuhr ausländischen Gemüses dienen sollen, waren ebenfalls bereits bei Verabschiedung des Haushalts beschlossen worden. Uebrigens waren die meisten dieser Ausgaben bereits im Haushaltsplan 1927 enthalten, der, wie bekannt, einen Anleihebedarf von 180 Millionen Reichsmark vorlag. Hieron hat die Stadt Berlin im laufenden Jahr bisher eine Anleihe von nominell 70 Millionen Reichsmark (3 1/2 Millionen engl. Pfund) mit einem Ertrag von etwa 67 Millionen Reichsmark aufgenommen. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß es sich bei sämtlichen Zwecken dieser Anleihe lediglich um produktive Ausgaben handelt, und daß die Verzinsung und Tilgung der Anleihebeträge aus den Einnahmen der neu geschaffenen Anlagen gewährleistet sind. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die Frage der Produktivität der Zwecke von der Beratungsstelle nicht beanstandet werden kann, und daß in dieser Hinsicht eine Kürzung der Anleihe durch die Beratungsstelle nicht zu befürchten ist. Insofern die Anforderungen der Richtlinien für die Beratungsstelle voll entsprechen. Eine Kürzung der Anleihe durch die Beratungsstelle könnte nur aus allgemeinen wirtschaftlichen und währungsrechtlichen Gründen in Frage kommen. Insofern ist natürlich eine Voraussage über die Stellungnahme der Beratungsstelle nicht möglich. Schließlich darf noch erwähnt werden, daß vorläufig vom Stadtkämmerer noch keinerlei Verhandlungen mit irgendwelchen ausländischen Bankhäusern über die neue Anleihe aufgenommen worden sind, zumal da die Verabschiedung der Vorlage durch die Stadtverordnetenversammlung und die Prüfung und Entscheidung durch die Aufsichtsbehörden und die Beratungsstelle Wochen in Anspruch nehmen werden.

Weltliche Schule in Köpenick.

Nach Ueberwindung zahlreicher Schwierigkeiten ist nunmehr in Köpenick die erste weltliche Schule des Bezirks mit acht Klassen eröffnet worden. Alle Klassen sind so stark besetzt, daß sich bald Klasseneinstellungen als notwendig erweisen werden. Allerdings sind noch mancherlei Uebelstände zu verzeichnen. Die weltliche Schule ist der im gleichen Gebäude befindlichen Bekenntnisschule angegliedert. Dem Rektor dieser Schule wurde bis zur anderweitigen Regelung ihre Leitung übertragen. Sehr unangenehm macht sich der Raumangel bemerkbar. Nicht nur, daß die Schule zu wenig Räume hat; die vorhandenen Räume sind auch, was Größe und innere Ausstattung anbetrifft, durchaus unzulänglich. Die Schule ist im ältesten Schulgebäude untergebracht, das nur über enge Klassenräume mit veralteten Schulbänken verfügt. Die erste, überfüllte Elternversammlung der neuen Schule hat bereits zu diesen Dingen eingehend Stellung genommen. Die Versammlung forderte in einer Entschliessung, daß die weltliche Schule einen eigenen Schulleiter erhält und von der Bekenntnisschule getrennt wird. Eine andere Entschliessung weist auf die unhaltbaren Raumverhältnisse hin und verlangt sofortige Abhilfe. Ein von der Versammlung gewählter Elternausschuß wurde beauftragt, den Willen der Elternschaft bei den in Frage kommenden Körperlichkeiten zu vertreten. Die Versammlung zeigte eine erfreuliche Entschlossenheit, die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden und an der äußeren und inneren Ausgestaltung der Schule tatkräftig mitzuarbeiten. Die zuständigen Stellen werden sich der Berechtigung der erhobenen Forderungen nicht verschließen können.

Die Rettungsgesellschaft der Wassersportvereine von Berlin und Umgebung e. V. teilt mit, daß der Dienst auf den Stationen am Müggelsee am Sonntag, dem 30. Oktober, eingestellt wird. Von diesem Tage an ist die Müggel nur unter Beobachtung der größten Vorsicht zu befahren.

Reichsbannerwerbefest in Treptow. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsverein Treptow, veranstaltet Sonntag, 30. Oktober, ein 2. Werbefest. Der Werbezug mit Tambourcorps und Reichsbannerkapelle beginnt um 14 Uhr an der Wienerbrücke in Treptow und geht durch den Ortsteil Treptow zum Restaurant Spreegarten. Dasselbst ab 16 Uhr Instrumental- und Vokalkonzert, Tanz. Eintritt im Vorverkauf 50 Pf., an der Kasse 75 Pf.

Zum Prozeß wegen der Wohnungsaffären in Kreuzberg, der für den Magistratsrat Badorek mit der Verurteilung zu 8 Monaten Gefängnis endete (vgl. Bericht in unserer Donnerstagabendnummer), ist nachzutragen, daß der mitangeklagte frühere Bezirksverordnete Felsmann freigesprochen wurde. Diese Angabe war verkehrtlich aus unserem Bericht weggeblieben.

Ein Fünfjähriger vom Lastkraftwagen totgefahren. Beim Ueberfahren des Fahrdammes an der Ecke Eisenbahn- und Muskauer Straße wurde gestern abend der fünfjährige Hans Schröder aus der Büdlerstr. 28 von einem Lastkraftwagen überfahren. Das Kind hatte so schwere Verletzungen davongetragen, daß bereits auf dem Wege zur nächsten Rettungsstelle der Tod eintrat. Die kleine Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Schaubaus geschafft.

Die Mark eine Obstkommer. Der alte Fröh hatte es noch nötig, die marktischen Bauern anzutreiben, Obstbäume anzupflanzen. In einer Kabinettsorder vom 14. September 1740 wurden die Domänenkommerern angewiesen, „Die Anpflanzung von Obstbäumen, wo es nur zweckmäßig ist, möglichst zu unterstützen“. Drei Jahre später ein neues

Edikt, worin das Nichtanpflanzen von Obstbäumen mit 12 Groschen Strafe bedroht wurde. Zurzeit wird in einer Edelobst-Ausstellung, die die Späthche Baumschule bei Wertheim, Leipziger Straße, eröffnet hat, gezeigt, was unsere Mark an Obst hervorbringen vermag. Die wunderbarsten Äpfel- und Birnen sind da zu sehen, Exemplare von kaum geahnter Größe und Schönheit. Die Bäume dieser Edelformen sind nicht etwa im Treibhaus gezogen, alle gedeihen in freier Luft. Es gibt von allen bekannten Äpfeln nur eine einzige Sorte, der „Weiße Winterapfel“, die besser im Süden gedeiht. Uebrigens haben unsere fleißigen Baubehörden schon den Beweis erbracht, daß bei einiger Pflege alle als „ausländisches Obst“ gehenden Äpfel- und Birnenarten ebenso gut im Inlande, und zwar ganz besonders in unserem märkischen Boden gedeihen.

Johann Strauß aus Wien dirigiert morgen, Sonntag, 18 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hafenstraße, als Gast das Berliner Konzert-Orchester, das aus Mitgliedern des Deutschen Musiker-Verbandes besteht. Der Eintritt beträgt einschließlich Tanz, zu dem Johann Strauß ebenfalls dirigiert, 1 Mark.

Der Untergang der „Masalda“.

Noch immer widersprechende Nachrichten.

Rio de Janeiro, 28. Oktober. Wie die ersten vom Dampfer „Athenia“ ausgeschifften überlebenden Passagiere der „Prinzessin Masalda“ mitteilen, haben sich im Augenblick des Untergangs der „Masalda“ an Bord noch etwa 200 Passagiere befunden, die zum großen Teil der Besatzung angehörten. Der größte Teil dieser Zurückgebliebenen müsse als verloren betrachtet werden, da sie von dem Schiff mit in die Tiefe gerissen wurden. Das Verkehrsministerium veröffentlicht das erste Namensverzeichnis der Geretteten. Es umfaßt 29 Mitglieder der Mannschaft, darunter einen Offizier und einen Schiffsmaschinenisten, 24 Passagiere 1. Klasse, 27 Passagiere 2. Klasse und 10 3. Klasse. Es handelt sich zumeist um italienische und spanische Personen. Von deutsch klingenden Namen seien genannt: Ernst Koost, Walter Berger, Walter Jorge, Olga Profemann, Alice und Selim Berde. Nach dem Ruten war Kapitän Gull auch Oberkommandant des Ueberseedampfers „Regina Elena“ auf der Linie Genua—Buenos Aires. Dieser Dampfer war während des Krieges bei der Meerenge von Gibraltar von einem deutschen Tauchboot versenkt worden. Dem Mut und der Kaltblütigkeit des Kapitäns war damals die Rettung aller Passagiere zu verdanken. Er verließ als Heizer verkleidet als Lechter das Schiff und entging so der Gefangennahme.

Das Dampferunglück bei den Seehinseeln.

London, 28. Oktober. (T.) Nach den letzten Meldungen über das Dampferunglück bei den Seehinseeln sind fünf Mann der Besatzung des italienischen Dampfers „Jabo“ ertrunken. Die „Jabo“ war von Montreal nach Hamburg unterwegs, als sie in der Nähe der Inselgruppe bei dichtem Nebel auf eine Felsbank stieß. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig, da das Schiff einige Stunden nach der Strandung in zwei Teile zerbar und die Unfallstelle infolge der zahlreichen Schiffstrümmer von den Rettungsbooten nur schwer zu erreichen war.

Der „Vorwärts“ ist das Blatt der Kopf- und Handarbeiter! Abonniert den „Vorwärts“!

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild in die Zukunft“ und „Kulturarbeit“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus. (Monatlich 3 Goldmark, wöchentlich 70 Goldpfennig).

Name: _____
Wohnung: _____
_____ Straße Nr. _____
born _____ Hof — Quergebäude — Seitenflügel
_____ Treppen links — rechts
bei _____

Ausgefüllt einzusenden an die Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Die Unterschlagungen bei der Kölner Sparkasse.

Köln, 28. Oktober. In der Angelegenheit der Riesenunterschlagungen bei der städtischen Sparkasse Barbarossa-Platz, bei denen bekanntlich dem Sparkassenvorsteher Müller Beträge von insgesamt 500 000 Mark in die Hände gefallen sind, erhört man weiter, daß Müller den größten Teil der unterschlagenen Gelder namentlich für Rennwetten verbraucht hat.

Zusammenstoß zweier Flugzeuge.

San Antonio (Texas), 27. Oktober. In einer Höhe von 2500 Fuß stießen heute zwei Flugzeuge zusammen. Den Insassen, zwei Flugpiloten, gelang es, sich aus den abstürzenden Flugzeugen herauszuwinden und mit Hilfe ihrer Fallschirme sicher zu Boden zu kommen. Die Flugzeuge fielen 2000 Fuß tief, lösten sich dann voneinander und zerfielen auf dem Flugplatz.

Die Vorteile für unsere Kundschaft

- Unsere Kleiderwerke liefern mustergültige Ulster, Paletots, Mäntel, Gesellschafts- und Sportanzüge
- Unsere Stoffe beziehen wir aus erstklassigen Tuchwebereien Deutschlands, Englands und Schottlands
- Unsere guten Schnitte verdanken wir der Intelligenz unserer erprobten Zuschneller
- Unsere vornehme Verarbeitung wird bedingt durch die einheitliche jahre-, jahraus nach gleichmäßigem Teilarbeitssystem hergestellte Kleidung

Kommen Sie zu uns und überzeugen Sie sich von unserer Leistungsfähigkeit!

Moderne fertige Kleidung

Herren-Ulster	120.- 100.- 90.- 85.- 75.- 65.- 50.-	45.-
Herren-Paletots	120.- 100.- 95.- 80.- 70.- 60.- 55.-	45.-
Damen-Wintermäntel	95.- 80.- 62.- 52.- 46.- 36.- 28.- 21.-	16.-
Herren-Sportpelze	310.- 275.- 250.- 215.- 185.- 165.-	120.-
Herren-Gehpelze	675.- 595.- 450.- 310.- 210.-	170.-
Damen-Pelzmäntel	425.- 375.- 275.- 240.- 156.-	110.-

BAER SOHN & G
Berlin N4, Chausseestr. 29/30
Untergrundbahn Stettiner Bahnhof



WUNDERBARE ANGEBOTE

DIESE ANGEBOTE WERDEN ERNEUT DIE MACHT
UNSERER LEISTUNGSFÄHIGKEIT BEWEISEN!

**Der Verkauf beginnt
Sonnabend früh 9 Uhr**

Selbstbinder 68
in modernen schönen
Mustern, gute Qualitäten 95 Pf.

Selbstbinder 1⁹⁵
Reine Seide, große Form in
den neuesten aparten Farb-
stellungen

Selbstbinder 2⁹⁵
schwere reine Seide, in großer
moderner Form, letzte Neu-
heiten

Herrn-Hemden 1⁹⁵
wollgemischt mit Doppelbrust,
in allen Größen

Herrn-Hosen 1⁵⁰
wollgemischt

Futter-Hosen 1⁹⁵
für Herren, grau mit weißem
Innenfutter

Herrn-Socken 1⁴⁵
reine Wolle, moderne Muster
Paar 1.95

Handtücher 48
prima Gerstenkorn mit
roter Kante, 45/100

Satin 95
ca. 80 cm breit, in reicher
Farbauswahl



Eleganter Ottomane-Mantel mod. Wickelform mit neuartigen Opusum-Fisch **39⁰⁰**
Jugendl. Ottomane-Mantel mit groß Kragen und Manschetten aus Wolltuch **42⁵⁰**
Eleganter Ottomane-Mantel mit reicher Falschärter, u. neuer Rosenverarbeit. u. auf De-mantel **59⁰⁰**
Hochmod. Kleid Jumperform, off. u. geschl. e trag. rein woll. Rippe in mod. Frh. Rück- u. Vorderteil mit Brokat-stück **29⁵⁰**

Damenstrümpfe 95
waschbare Kunstseide mit
Mauchonfang, Naht, Doppel-
sohle, Hochfersen, schwarz
und moderne Farben

Damenstrümpfe 1⁹⁵
künstliche Wäsche mit plattiert
Doppelsohle, Hochfersen, in den
modernsten Farben

Herrnsocken 95
Reine Wolle, grau, ge-
strickt

Damen-Handschuhe 95
mit farbiger Manschette
oder Halbfutter

Damen-Schlüpfer 1⁹⁵
starkfädige Qualität, mit ange-
reichtem Futter, teils mit kunst-
seidenen Streifen

Crêpe de Chine-Garnitur 95
in vielen
neuen Farben

Damenschals 1⁹⁵
Crêpe de Chine
in neuen Farben

Dekorationsstoff 2⁹⁵
130 cm breit, Kunst-
seide, moderne
Muster

Wachstuch 1⁵⁰
mit Barchent-Blöcken, ca. 100 cm
weiß, blau und marmor, sehr
billig

Kleider- u. Streifen 95
Biesen dunkelgründig mit kunst-
vollen Effekten

Papillon-Schotten 1⁹⁵
Reine Wolle

Foulé-Tuch 1⁹⁵
reine Wolle
in vielen Farben

Damassé 1⁴⁵
Kunstseide für
Jacken- und Mantel-Futter

Marocain 3⁹⁰
Kunstseide,
doppeltbreit in aparten Mustern

Waschsamt 1⁹⁵
in vielen
Farben

Foulardine 1⁹⁵
mit Seiden-
flanz, ca. 100 cm breit, in aparten
Mustern

Hemdentuch 48
woll-
gebleicht, ca. 80 cm breit

Linon 68
ca. 80 cm breit, für
Bettwäsche

Nessel 95
ca. 140 cm breit,
für Bettwäsche

Schrifttücher 68
Holzleinen ca. 60x60

Wischtücher 95
in Halb-
leinen 60x90

Handtücher prima 68
Drill, weiß und mit roter
Kante, 45x100

Tischtücher 2⁹⁵
rot, Letzen
Jacquard 130x130

Frott-Handtuch 68
weiß oder bunt

Damen-Strümpfe 68
Baumw. Mako Finish mit
Doppelsohle, Hochfersen, Paar

Dam.-Strümpfe 1⁹⁵
wasch-
bare Kunstseide, feinf. Gew. u. kl. Schön-
heitsfehl., Doppels., Hochfersen, Paar

Dam.-Handschuhe 3⁹⁰
Nappa

Herr.-Handschuhe 4⁹⁰
Nappa

Damen-Untersch.-Schlupf. 68
1x1 gestrichelt, weiß und
farbig

Kinder-Schlüpfer 48
starkfädige Qualität

Gardinen - Mull 95
mit Punkten und Karos
ca. 115 cm breit

Tüll - Gardinen 95
gewebt, ca. 100 cm breit, mo-
derne Muster

Halbstores 1⁹⁵
gewebter Tüll mit Velour oder
Franse

Steppdecken 14⁵⁰
doppel-
seitig, Satin, Handarbeit, gute Halb-
wollfüllung

Woll-Tapostry-Vorlagen 2⁹⁵
Verdure und Perseer-Muster

Klammerschürz. 95
gezeichnet, moderne Aus-
führung

Kaffeewärmer 48
weiß gezeichnet

Waschgarnitur 48
gezeichnet, Stellig, Loch- od.
Bantelkerel

Wäschestickerel 48
neue Muster, 3.00, Coup. ca

Hemdenpassen 25
mit Träger, Stickerel oder
Klöppel

Spachtelkragen 48
moderne Form

Crêpe de Chine-Kragen 48
in vielen Farben

Mächte der Metallwirtschaft.

Der Kampf der Kontinente. — Amerika herrscht nicht überall.

Daß auf finanzlichem Gebiete die Vereinigten Staaten als Hauptgläubiger der Welt die Führung an sich gerissen haben, ist allgemein bekannt. Aber auch auf dem Gebiete der Erzeugung von Fertigfabrikaten und insbesondere der Rohstoffe jeder Art haben die Vereinigten Staaten ebenfalls eine überragende Stellung eingenommen. Am deutlichsten kommt das wohl in der Verteilung der Metallerzeugung zum Ausdruck. Die Metallgesellschaft in Frankfurt a. M., der größte deutsche Metallhandels- und Metallhüttenkonzern, berechnete ausführlich die Erzeugung und den Verbrauch der fünf Hauptmetalle. Aus dem kürzlich veröffentlichten Heft dieser Berechnungen ersieht man, wie sich die Metallrohstoffwirtschaft seit dem Jahre 1913 in der Erzeugung, im Verbrauch und im Preise entwickelt hat.

Die Weltkupferwirtschaft unter amerikanischer Führung.

Die Weltkupfererzeugung von Kupfer belief sich im Jahre 1913 auf 1,019 Millionen Tonnen und im Jahre 1926 auf 1,459 Millionen Tonnen, eine Steigerung von 55 Proz. Auf Europa entfielen im Jahre 1913 19 Proz. der Erzeugung, im Jahre 1926 nur 8,3 Proz. Amerika war an der Kupfererzeugung vor dem Kriege mit 69 Proz. beteiligt, 1926 dagegen mit 70,3 Proz. Der Weltverbrauch verteilte sich im Jahre 1913 auf Europa mit 61 Proz. und für Amerika mit 33 Proz., im Jahre 1926 auf Europa mit nur 42,3 Proz. und Amerika mit 56 Proz. Amerika ist nicht nur als Kupfergewinner, sondern auch als Verbraucher führend.

Man muß man allerdings in Betracht ziehen, daß die Entwicklung der amerikanischen Kupferhüttenindustrie aufgebaut war auf einer Glanzkonjunktur, wie sie die Vereinigten Staaten nach dem Kriege erlebt haben. Man ist sich darüber klar, daß diese Konjunktur kein Dauerzustand wird. Man weiß auch, daß die Steigerung des amerikanischen Metallverbrauchs in der Hauptsache eine Folge der verstärkten europäischen Wirtschaftsverhältnisse war, entstanden durch den Krieg und die Nachkriegszeit. Nicht nur Deutschland, der militärische Verlierer des Weltkrieges, sondern auch Frankreich, England und die neutralen Staaten sind empfindlich zurückgeworfen. Wenn die amerikanische Kupfergewinnung seit dem Jahre 1913 also um 55 Proz. gesteigert worden ist und der Verbrauch sich etwa um 53 bis 54 Proz. in derselben Zeit erhöht hat, so wußte man doch ganz gut, daß eines Tages die Erzeugung um vieles größer sein wird als der Verbrauch.

Man zog es daher vor, schon vor Eintritt dieses Zeitpunktes die Kupferwirtschaft zu regeln, d. h. Vereinbarungen zu treffen über Preise, Absatz und Erzeugung. Diese Absichten führten zu der Bildung der Copper Exporters Incorporate, der Kupfer-Export-Vereinigung. Da die amerikanische Gesetzgebung im Ausland Preisabreden und die Bildung von Monopolen ganz streng verbietet, sah man sich gezwungen, ein Exportkartell zu gründen. Hauptstütze lag den Amerikanern aber daran, die europäische Konkurrenz auszuschalten. Hier war es in erster Linie die Brüsseler Union Minière du Haut Katanga, die ihre Erze in Belgisch-Kongo in Afrika gewinnt. Durch reichhaltige Lager und überaus billige Arbeitskräfte kann diese Gesellschaft billiger produzieren als die Amerikaner. Es gelang im Oktober des vergangenen Jahres, 62 Proz. der gesamten Kupfererzeugung der Welt einschließlich der Vereinigten Staaten-Gesellschaft von Haut Katanga zusammenzuschließen. Nach dem Programm der Kupfer-Export-Vereinigung sollte der Kupferpreis stabilisiert, die Spekulation ausgeschaltet werden und der Absatz verteilt werden. Von einer Kontrolle der Erzeugung ist nicht die Rede, da eine solche nach den amerikanischen Gesetzen verboten war. Auch durfte sich die Preiskontrolle nur auf alle Länder mit Ausnahme der Vereinigten Staaten erstrecken.

Blei und Zink. — Die Rolle Harrimans.

Die Blei- und Zinkgewinnung verteilte sich bisher folgendermaßen: Amerika hatte im Jahre 1913 40 Proz. der Bleierzeugung und 31 Proz. der Zinkerzeugung der Welt. Im Jahre 1926 ist die Beteiligung an der Erzeugung dieser beiden Metalle für Amerika auf 61 Proz. bzw. 49,5 Proz. gestiegen. Auf Europa entfielen 1913 bei Blei 48 Proz. und bei Zink 68 Proz., im Jahre 1926 bei Blei nur 24 Proz. und bei Zink nur 44,7 Proz. Die prozentuale Verteilung des Weltverbrauchs von Blei und Zink lag im Jahre 1913 bei Blei mit 36 Proz., bei Zink mit 28 Proz. und im Jahre 1926 bei Blei mit 47 Proz. und bei Zink mit 41,6 Proz. bei Amerika. Europa hat sich am Blei- und Zinkverbrauch vor dem Kriege mit 24 Proz. bzw. 70 Proz. beteiligt. Im Jahre 1926 dagegen entfielen vom Bleiverbrauch auf Europa nur 46,5 Proz. und vom Zinkverbrauch nur 52,5 Proz. Die großen Verschiebungen zugunsten Amerikas liegen auf der Hand.

Doch kann von einem Übergewicht wie beim Kupfer nicht die Rede sein. Bei Zink hatten sich sogar die beiden Erdteile im Hinblick auf die Erzeugung als auch im Verbrauch ziemlich die Waage. Der Zustand der Uebererzeugung ist in der Bleiproduktion bereits seit dem Jahre 1925 akut, während er bei Zink zum ersten Male im vergangenen Jahre beobachtet worden ist. 1926

belief sich die Weltzinkerzeugung auf ungefähr 1,235 Millionen Tonnen, während der Weltzinkverbrauch 1,231 Millionen Tonnen betragen hat. Die Amerikaner versuchten mit allen Mitteln das Zustandekommen eines Zinkweltkartells zu fördern. Sie haben dazu auch genügend Veranlassung, da ihnen die europäischen Zinkerzeuger am Weltmarkt eine sehr scharfe Konkurrenz machen. Außerdem ist der Verbrauch in den Vereinigten Staaten seit Mitte des Jahres 1926 ununterbrochen zuzunehmen gegangen. Um einen Einfluß auch in der europäischen Zinkgewinnung zu haben, hat sich der Finanzier Harriman, der Leiter der führenden Kupfer- und Zinkfirmen Amerikas, an belgischen, polnischen und westdeutschen Zinkhütten beteiligt.

In Amerika haben sich vor etwa vier Monaten die führenden Zinkhüttenkonzerne in der Zink-Export-Vereinigung zusammengeschlossen. In Europa dagegen ist infolge des englischen Widerstandes bisher der Zusammenschluß nicht erfolgt, doch kann man annehmen, daß er infolge der ungünstigen Absatzverhältnisse für Zink noch im Laufe dieses Jahres zustande kommt. In der Bleierzeugung bestehen weder über Preis noch über Erzeugung Vereinbarungen. Hier werden auch kaum Zusammenschlüsse erfolgen, da bei der bisherigen Preislage noch genug verdient worden ist und die Engländer, die einen großen Einfluß haben, kein Kartell wollen. Lediglich im spanischen Erzbergbau, wo man sehr teuer herstellt, haben sich Schwierigkeiten ergeben.

Englisch-holländische Zinnherrschaft.

Die Verteilung der Zinnerzeugung ist dagegen eine ganz andere. Hier herrscht England, das in Gemeinschaft mit Holland den weitaus größten Teil der gesamten Zinnerzeugung kontrolliert. Hauptsächlich wird in den britischen Kolonien Malaya, und zwar in den Malaienstaaten und in den Straits Zinnerz sehr billig gefördert und hüttenmäßig hergestellt. In England selbst befinden sich große Zinnhütten, auch wird in der Grafschaft Cornwall seit dem Jahre 1926 wieder Erz gefördert. Geleistete wurde die Zinnhüttenherzeugung seit dem Jahre 1913 nach dem Stande von 1926 nur um 19 Proz., während der Weltverbrauch sich etwa um 23 bis 24 Proz. vergrößert hat. Die englischen und holländischen Produktionsgesellschaften haben es in der Hand, die Preise nach ihrem Belieben ohne ein Kartell zu bestimmen. Zinn und Aluminium sind die beiden einzigen Metalle, bei denen die europäische Nachfrage größer ist als die amerikanische. Amerika ist zwar dadurch, daß es ungefähr 53 Proz. der Zinnerzeugung ausnimmt, der größte Zinnerverbraucher. Es ist aber abhängig von England, da es keine eigene Zinnerzeugung besitzt.

Das russische Preisdiktat der Engländer und der Holländer führte schon mehrfach zu Protesterklärungen und zur Androhung von Gegenmaßnahmen der Regierung der Vereinigten Staaten. Besonders war es der Staatssekretär Hoover, der scharfe Gegenmaßnahmen bei Fortsetzung des Preisdiktats angekündigt hat. Deutschlands Zinnerzeugung ist unbedeutend. Es stellte im Jahre 1913 ungefähr sechs Zehntel seines eigenen Bedarfs, und im Jahre 1926 ein Viertel her. Allerdings stammt die Produktion nur aus dem reinen Uebererzeugungsteil. Zinnerz gibt es in Deutschland überhaupt nicht.

Für Aluminium führt Deutschland.

In der Aluminiumerzeugung entfielen auf Europa vor dem Kriege 68 Proz. und im Jahre 1926 knapp 54 Proz. Amerika ist dagegen an der Weltherzeugung des Jahres 1913 mit 42 Proz. und im Jahre 1926 mit 46 Proz. beteiligt gewesen. Vom Weltverbrauch entfiel vor dem Kriege auf Europa 48 Proz. und im Jahre 1926 44 Proz. Amerika verbrauchte dagegen im Jahre 1913 ungefähr 52 Proz. und im Jahre 1926 53 Proz. Auch hier kann man von einem amerikanischen Übergewicht wie bei Blei und Kupfer nicht reden. Nicht nur durch den Umfang der reinen Hüttenherzeugung, sondern auch durch die Sicherung der Rohstoffbasis ist Europa Amerika überlegen. In den Vereinigten Staaten ist die Baugitgewinnung, die Rohstoffherzeugung für die Herstellung von Aluminium, im Jahre 1926 gegenüber dem Jahre 1925 um ungefähr 20 Proz. zurückgegangen.

Die deutsche Aluminiumerzeugung, die an der Spitze der europäischen Produktion steht, hat sich ihre Rohstoffbasis durch die Beteiligung am Bauzitrust in Zürich gesichert. Dieser Bauzitrust besitzt reichhaltige Lager in Rumänien, Ungarn, Äthiopien und Dalmatien. Vor kurzem erwarb der amerikanische Aluminiumkonzern eine Beteiligung am Bauzitrust, um ebenfalls in den Genuss der Baugitlieferungen zu kommen und sich der europäischen Aluminiumproduktion zu nähern. Amerika besitzt aber noch eine Aluminiumerzeugung in Norwegen, so daß es auch bisher in Europa schon nicht ganz ohne Einfluß war. Die führenden europäischen Aluminiumproduzenten, also auch Deutschland, haben sich im vergangenen Jahre im Aluminiumkartell zusammengeschlossen. Dieses Kartell hat keinen Einfluß auf die Erzeugung, es regelt nur den Absatz und die Preise.

Preis- und Kapitalpolitik im Bergbau.

Ein nicht zu vergebendes Kapitel bei der Prüfung der Selbstkosten.

Die militärischen Braunkohlenwerke haben ihre Anträge auf Kohlenpreiserhöhung verlegt. Sie taten das, weil der Reichswirtschaftsminister eine vorherige Prüfung der Selbstkosten im ganzen Braunkohlenbergbau verlangte. Diese Prüfung wird jetzt vorgenommen. Die Braunkohlenherren fühlen sich dabei ziemlich sicher. Sie reden immer davon, daß ihre Bücher für jeden offen lägen, und dieser Meinung ist offenbar auch der Generaldirektor Piatsch, der auch im Reichskohlenrat eine große Rolle spielt. Er hat vor einigen Tagen in einer Berliner Zeitung für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau eine Bilanz gezogen und dabei nachzuweisen versucht, daß es ohne Preiserhöhung nicht geht. Insbesondere ist er das, indem er auf die absehbare zu niedrigen Abschreibungen hinwies, die auf die Dauer ruind machen können und die deshalb nur so niedrig vorgenommen wurden, weil bei höheren Abschreibungen die Dividenden und damit die Kreditwürdigkeit des Braunkohlenbergbaues leiden würden.

In der Tat erinnert Herr Piatsch mit den von ihm gegebenen vergleichenden Bilanzfiguren der Vor- und Nachkriegszeit an ein Problem, das bei der Prüfung der Kostenentwicklung im Braunkohlenbergbau bisher leider viel zu wenig beachtet wurde. Es ist dies das Verhältnis zwischen der Kapitalpolitik, die der Bergbau selbst betreiben hat und der Preispolitik, die ihm zu seinem Lebenswesen zum großen Teil aus der Hand genommen ist. In den von Herrn Piatsch gegebenen Ziffern über die Entwicklung der Förderung auf der einen Seite und die Entwicklung des Dividenden verlangenden Kapitals auf der anderen Seite läßt ein auffälliger Widerspruch. Während die Förderung

1913 bis 1926 nur von 30,7 auf 53,1 Millionen Tonnen gestiegen ist, ist das Dividenden verlangende Aktienkapital bei den 16 großen, von Piatsch zugrunde gelegten Gesellschaften von 127,7 auf 276,3 Millionen Mark erhöht worden, also um erheblich mehr als das Doppelte, während die Förderung nur um 75 Proz. gestiegen ist. Es ist eine berechnete Forderung, daß die private Kapitalpolitik bei der Goldumstellung im Jahre 1924 das Dividenden verlangende Aktienkapital nicht höher hätte ansetzen sollen, als sich die Förderung erweitert hat. Das konnte um so eher geschehen, als die Braunkohlenwerke von vielen Dutzenden Millionen Obligationenscheinen durch die Inflation befreit worden waren. Es mußte um so eher geschehen, als sich auch die Braunkohlenherren sagen mußten, daß sie sich erstens auch neues Betriebskapital beschaffen und daß sie zweitens in dem mit Reparationen, Pensionen und Sozialkosten notwendig viel stärker belasteten Nachkriegsdeutschland mit bedeutend vermehrten Steuerforderungen rechnen mußten. Endlich mußten sie wissen, daß auch die Kohlenrente, das heißt, die Umstellung in der Braunkohlewirtschaft nicht spurlos an ihnen vorübergehen konnte. Dessenungeachtet hat man eine Kapitalpolitik betrieben, die mit jeder Preispolitik in Widerspruch treten mußte, wenn man im Verhältnis so wenig rationalisiert und konzentriert wie das tatsächlich in Mitteldeutschland geschehen ist.

Hier haben nun ausgerechnet, wie der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau dastehen würde, wenn er nach den von Piatsch gegebenen Ziffern sein Kapital nicht höher angelegt haben würde, als es der seit 1913 gestiegenen Förderung entspricht. Dann wäre nämlich das Aktienkapital nicht auf 276,3 bzw. 276,3 Millionen in den Jahren 1925 und 1926 zu bemessen gewesen, sondern auf 217,9 bzw. 220,8 Millionen Mark. Das tatsächlich in den beiden letzten Jahren nach Piatsch erzielte Durchschnittsdividende von 7 bzw. 7,2 Proz. muß man angesichts der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse in Deutschland als ausreichend annehmen. (Die tatsächlich erzielten Gewinne, die Beschreibungen über Betrieb eingerechnet, liegen ja absehbare viel höher.) Nach diesen Dividendenziffern hätte bei

einer vernünftigen Festsetzung des Kapitals nach den obigen Sätzen eine Jahresdividende von 15,2 bzw. 15,9 Millionen ausgereicht, gegenüber den tatsächlich ausgeschütteten 20,5 bzw. 21,6 Millionen Mark. Es hätten in den beiden Jahren 5,3 bzw. 5,7 Millionen Mark von vornherein mehr für Abschreibungen zur Verfügung gestanden. Rechnet man nun diese 5,3 bzw. 5,7 Millionen den tatsächlich durchgeführten Abschreibungen von 23,1 bzw. 26,7 Millionen hinzu, so wäre eine bedeutend höhere Abschreibungsmöglichkeit herausgekommen, als die rund 12,4 Proz. (auf das Aktienkapital bezogen), die in dem Bilanzjahr 1913 tatsächlich abgeschrieben und zur Abschreibung als ausreichend betrachtet wurden. Ja, es hätten sogar 2,4 bzw. 5 Millionen Mark noch über die 12,4prozentige Abschreibung hinaus zur Verfügung gestanden, die entweder die Gläubigerwirtschaft der Löhne frühzeitiger hätten verhindern oder bei ihrer Ausschüttung den Kredit der Braunkohlenwerke viel nachdrücklicher hätten heben können, als es heute bei Preiserhöhung bei ihren zweifelhaften Wirkungen für den Absatz zu tun vermöchte.

Das mindeste, das sich daraus ergibt, ist die eigene Verantwortung der Braunkohlenwerke für die Schwierigkeiten, von denen sie heute reden. Weder die Braunkohlen- und Brikettverbraucher haben den mindesten Anlaß, für diese fehlerhafte Kapitalpolitik der Braunkohlenwerke, die einfach zum Risiko des Unternehmers gehört, geradezustehen. Wenn es heute schwer ist, von den Braunkohlenwerken Abschreibungen auf ihre Dividenden heischendes Kapital zu verlangen, so ist doch die Forderung unabweisbar, daß sie auf irgendeine Weise das Risiko ihrer falschen Kapitalpolitik selbst zu tragen haben. Mögen sie das durch Verbesserung oder durch schärfere Konzentration der Erzeugung bzw. beides bewerkstelligen. Es besteht nicht einmal ein Anlaß, bei gründlicher Betrachtung der Dinge, schon dafür, die Wertserlöse durch die Verringerung der Kohlenhandelsspanne zu steigern. Jedenfalls aber darf das Kapitalrisiko, das die Braunkohlenwerke verschuldet und zu tragen haben, weder auf die Löhne noch die Preise abgewälzt werden.

Tagung des Normenausschusses.

Nationalisierung im Interesse der Allgemeinheit?

Der Deutsche Normenausschuß, dessen Arbeiten in der gestrigen Morgennummer des „Vorwärts“ eingehend gewürdigt wurden, hielt seine zehnte Generalversammlung im Rarmorfaal des Zoologischen Gartens ab. Besonders bemerkenswert war die Tatsache, daß die Normenausschüsse von Dänemark, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Oesterreich, Polen, Rußland, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn vertreten waren.

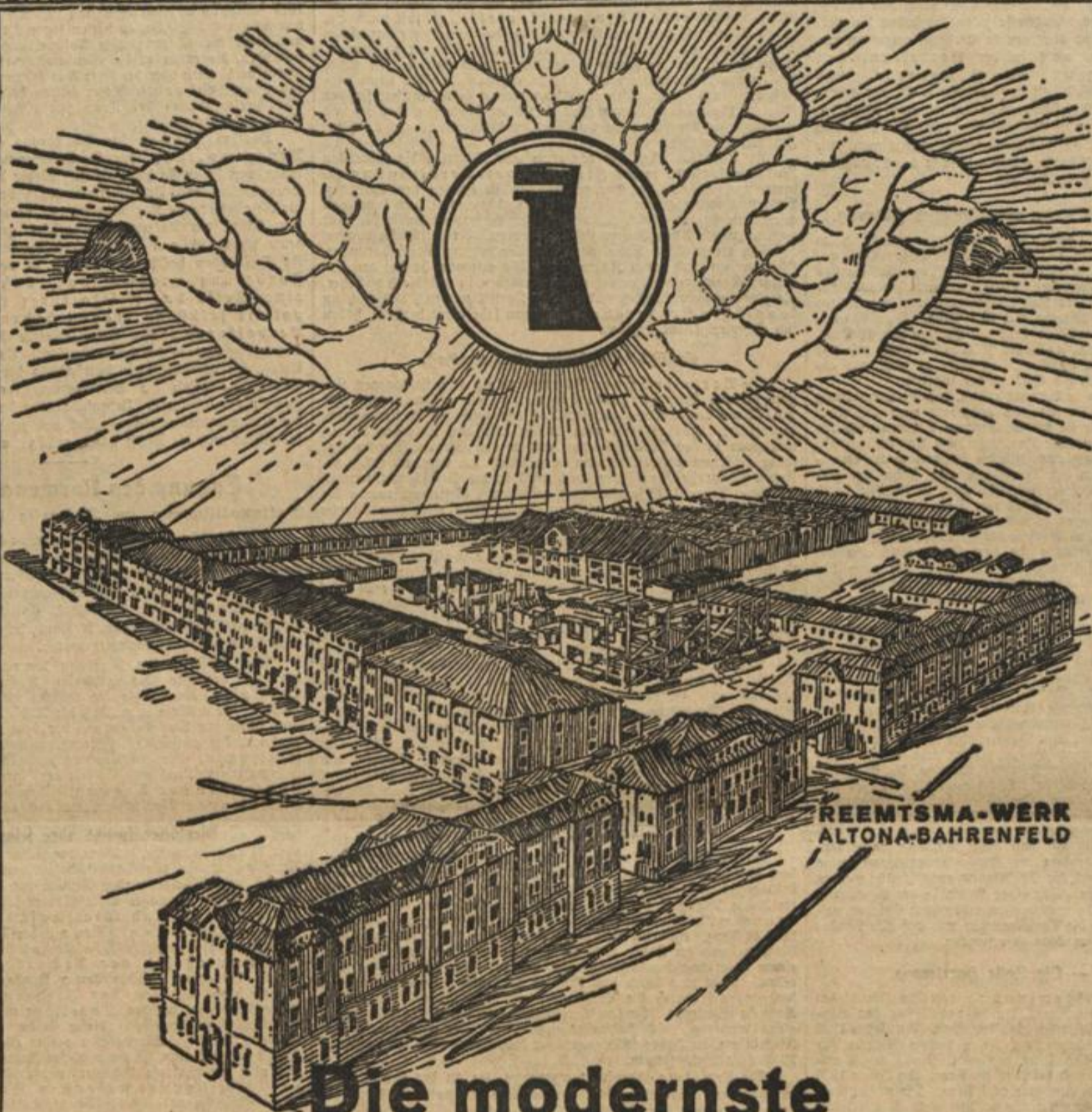
Der Präsident des Deutschen Normenausschusses, Dr. Reuhaus, begrüßte die zahlreich Versammelten, Ministerialrat Dr. Pöffe überbrachte die Glückwünsche des Reiches und der Länder. Er erklärte u. a., daß die Normung die erste Etappe auf dem Wege zur Nationalisierung der deutschen Wirtschaft sei. Als Vertreter der ausländischen Normenausschüsse sprach der Schweizer Zollinger, der insbesondere das Wesen der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Normung kennzeichnete. Den Höhepunkt der Tagung bildete die Festrede, die Professor Dr. Dessoir über das wirtschaftliche und technische Defonomiegesetz hielt. Prof. Dessoir ging von dem Gedanken aus, daß die Normung nicht dem einzelnen Privatbetriebe oder Wirtschaftszweige, sondern der Gesamtheit zugute kommen soll. Normung erziele zur Gemeinwohlfahrt und dazu, den eigenen Vorteil im Wohlergehen der Gesamtheit zu suchen. Im weiteren Verlauf seines Vortrages unterschied er sehr scharf zwischen den Begriffen Technik und Wirtschaft. Viele Normen, die man gegen die Technik erhebe, hätten mit der Technik gar nichts zu tun, sondern beträfen gesellschaftliche oder wirtschaftliche Verhältnisse. Das Defonomiegesetz der Technik könne man etwa so ableiten: In einem dichtbesiedelten Lande mit beschränkter Ressourcenschätze kann nur dann der Einzelne einen genügenden, zu seiner Wohlfahrt nötigen Anteil an den Gütern erhalten, wenn die Produktionsverteilung dieser Güter ohne Verschwendung geschieht. Zu diesen Gütern aber gehört alles, was durch menschliche Arbeit geleistet wird. Jeder unnötige Verbrauch an Stoffen, Arbeitszeit oder Arbeitskraft bedeutet eine Verminderung der zur Verfügung stehenden Güter. Dieser nationalökonomische Gedanke ist die Triebfeder für alle diejenigen, die im öffentlichen Interesse Wirtschaftspolitik treiben. Der Redner kennzeichnete im weiteren Verlaufe seines Vortrages die Konflikte, die durch das Gemeinschaftstreben der Betriebe mit dem reinen Defonomiegesetz der Technik entstehen können. Als Ergebnis dieser Unterredung kam er zu dem Schluß, daß Normung kein wirtschaftliches, sondern vielmehr ein technisches Defonomiegesetz sei. Man habe bisher das gegenwärtige Jahrhundert als das der Technik bezeichnet. Das aber sei ein Irrtum. Man müsse es noch als das Jahrhundert der Wirtschaft bezeichnen. Erst an dem Tage werde das Jahrhundert der Technik anbrechen, an dem auch die Allgemeinheit das Wesen der Technik erkannt habe. Bei allen Konflikten zwischen Wirtschaft und Technik würde sich auf die Dauer doch die Ueberlegenheit des technischen Defonomiegesetzes herausstellen, das mit dem öffentlichen Interesse, ja mit dem der Menschheit am meisten übereinstimme.

Prof. Dessoir hat in seinem Referat den letzten Sinn der Normungsbestrebungen in geistreicher Weise umschrieben. Normung hat, mit einfacheren Worten ausgedrückt, für die Allgemeinheit nur Zweck, wenn sie von allen Produzenten anerkannt wird und wenn sie dazu beiträgt, die Erzeugnisse so zu verbilligen, daß die große Masse des Volkes als Käufer der genannten Waren in Frage kommen kann. Waren genormte Erzeugnisse von vornherein wesentlich wohlfeiler als nichtgenormte, zeitigten die Nationalisierungsbestrebungen einen allgemeinen in die Augen springenden Abbau der Preise, dann gäbe es keinen Verbraucher, der sich nicht rückhaltlos für die Normung einsetzte. So lange das Defonomiegesetz der Wirtschaft herrscht, werden wir ein beratig klares, allen in die Augen springendes Ergebnis der Normungsarbeiten wohl kaum erleben.

Dr. Reuhaus wies in seinem Schlusswort auf den Zusammenhang zwischen Qualitätsarbeit und Normung hin. Damit hatte die Jahresversammlung ihr Ende erreicht. In Verbindung mit dieser Veranstaltung wurden zahlreiche Erzeugnisse ausgestellt, bei denen die Normen zur Anwendung gelangt waren. Außerdem hatte der Deutsche Normenausschuß eine Denkschrift herausgegeben, in der die Geschichte der deutschen Normung eingehend behandelt wird.

Kohlenchemie-Werkegesellschaft in Essen. Unter diesem Namen wurde mit einem Kapital von vorläufig 500 000 M. von einigen der A.-G. für Kohlenverwertung angegliederten Zechen eine neue Gesellschaft für Nebenprodukte und Kohleveredlung geschaffen. Die neue Gesellschaft wird der A.-G. für Kohlenverwertung in Essen, die bekanntlich ganz auf die Förderung der Gasföhrverwertung spezialisiert ist, nebensächlich. Das Kapital soll dann erhöht werden, wenn die Aufgaben und der Teilnehmerkreis der neuen Gesellschaft feststehen.

2. Beilage des Handels



REEMTSMA-WERK
ALTONA-BAHRENFELD

**Die modernste
Cigarettenwerkstatt der Welt**

(Lieferantin vieler ausländischer Monopole und Staaten)

bezeichnet als ihre Spitzenleistung die
CIGARETTE REEMTSMA

OVA

im
Ausaberformat

5

Pf.

Aus der Partei.

Sitzung der Kommission zur Prüfung der Frage der Vereinheitlichung des Reiches.

Am Freitag tagte im Reichstag die auf Grund eines Beschlusses des Kieler Parteitag vom Parteivorstand einzuberufende Kommission zur Prüfung der Fragen der Neugliederung des Reiches unter Herbeiführung einer Einheitsrepublik auf Grundlage einer dezentralisierten Selbstverwaltung. Nach einem einleitenden Referat des Genossen Hermann Müller fand eine eingehende Aussprache statt, die darin ihren Abschluß fand, daß für eine Reihe von Fragen Referenten und Korreferenten bestellt wurden, die bis zum 1. Januar 1928 Gutachten abgeben sollen. Sobald diese die Verfassungs-, Verwaltungs-, Wirtschafts- und Finanzfragen betreffenden Gutachten vorliegen, wird die Kommission vom neuem berufen werden, damit die grundlegenden Richtlinien aufgestellt werden können, die der Beschluß des Kieler Parteitags für den kommenden Parteitag verlangt hat.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 5. Kreis Friedrichshagen. Sonntag, 30. Oktober, veranstaltet das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Kreisverein Friedrichshagen, eine große Kundgebung. Der Sammelpunkt ist für unsere Parteimitglieder um 12 1/2 Uhr auf dem Röhrliner Platz. Die Aufstellung geschieht abteilungsweise. In alle drei Parteien, die Mitglieder im Reichsbanner haben, hierzu eingeladen sind, bitten der Kreisvorstand um recht zahlreiche Unterstützung. Also auf zur Kundgebung.

- 12. Kreis Tempelhof. Heute, Sonnabend, 29. Oktober, pünktlich 20 Uhr, Dele-Reinhold-Bund. „Das proletarische Lied.“ Eintrittspreise mit Programm und Textbuch 1 M. Arbeitslose und deren Familien frei. Gehört des Realgymnasiums in Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Str.

- 14. Kreis Reuthe. Montag, 31. Oktober, Fraktionsöffnung 19 Uhr im Rathaus Reuthe.

- 17. Kreis Charlottenburg. Die Unterfasserer werden gebeten, Sonnabend oder Sonntag früh Einladungs- und sonstiges Material vom Genossen Ansohn abzuholen.

- 18. Kreis Reuthe. Abt. 1. Sonntag, 30. Oktober, 19 1/2 Uhr, bei Edermann, Bergstraße 22, Fraktionsöffnung. Alle an der so wichtigen Arbeit beteiligten Parteimitglieder und Genossen werden gebeten, zu erscheinen. Die Bezirksleiter haben dazu ein. Von einigen Bezirken sind die ausgegebenen „Formata“-Liste-Blätter noch nicht zurückgegeben worden.

- 19. Kreis Reuthe. Abt. 2. Sonntag, 30. Oktober, 19 1/2 Uhr, bei Edermann, Bergstraße 22, Fraktionsöffnung. Alle an der so wichtigen Arbeit beteiligten Parteimitglieder und Genossen werden gebeten, zu erscheinen. Die Bezirksleiter haben dazu ein. Von einigen Bezirken sind die ausgegebenen „Formata“-Liste-Blätter noch nicht zurückgegeben worden.

- 20. Kreis Reuthe. Abt. 3. Sonntag, 30. Oktober, 19 1/2 Uhr, bei Edermann, Bergstraße 22, Fraktionsöffnung. Alle an der so wichtigen Arbeit beteiligten Parteimitglieder und Genossen werden gebeten, zu erscheinen. Die Bezirksleiter haben dazu ein. Von einigen Bezirken sind die ausgegebenen „Formata“-Liste-Blätter noch nicht zurückgegeben worden.

- 21. Kreis Reuthe. Abt. 4. Sonntag, 30. Oktober, 19 1/2 Uhr, bei Edermann, Bergstraße 22, Fraktionsöffnung. Alle an der so wichtigen Arbeit beteiligten Parteimitglieder und Genossen werden gebeten, zu erscheinen. Die Bezirksleiter haben dazu ein. Von einigen Bezirken sind die ausgegebenen „Formata“-Liste-Blätter noch nicht zurückgegeben worden.

- 22. Kreis Reuthe. Abt. 5. Sonntag, 30. Oktober, 19 1/2 Uhr, bei Edermann, Bergstraße 22, Fraktionsöffnung. Alle an der so wichtigen Arbeit beteiligten Parteimitglieder und Genossen werden gebeten, zu erscheinen. Die Bezirksleiter haben dazu ein. Von einigen Bezirken sind die ausgegebenen „Formata“-Liste-Blätter noch nicht zurückgegeben worden.

- 23. Kreis Reuthe. Abt. 6. Sonntag, 30. Oktober, 19 1/2 Uhr, bei Edermann, Bergstraße 22, Fraktionsöffnung. Alle an der so wichtigen Arbeit beteiligten Parteimitglieder und Genossen werden gebeten, zu erscheinen. Die Bezirksleiter haben dazu ein. Von einigen Bezirken sind die ausgegebenen „Formata“-Liste-Blätter noch nicht zurückgegeben worden.

- 24. Kreis Reuthe. Abt. 7. Sonntag, 30. Oktober, 19 1/2 Uhr, bei Edermann, Bergstraße 22, Fraktionsöffnung. Alle an der so wichtigen Arbeit beteiligten Parteimitglieder und Genossen werden gebeten, zu erscheinen. Die Bezirksleiter haben dazu ein. Von einigen Bezirken sind die ausgegebenen „Formata“-Liste-Blätter noch nicht zurückgegeben worden.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Verkehrsausschuss heute, Sonnabend, pünktlich 18 Uhr, im Lindenbaum. Jede Abteilung muß vertreten sein. Kartenausgabe für die Revolutionsfeier. Die Abteilungsleiter werden gebeten, möglichst schon vor 18 Uhr zu kommen. Ohne Ausweis und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

heute, Sonnabend:

Abt. 1: Feier zur fünfjährigen Wiedereröffnung der sozialistischen Parteien und Jugend 20 Uhr im Lokal von Lehmann, Bismarckstr. 2. Abt. 2: Abt. 3: Abt. 4: Abt. 5: Abt. 6: Abt. 7: Abt. 8: Abt. 9: Abt. 10: Abt. 11: Abt. 12: Abt. 13: Abt. 14: Abt. 15: Abt. 16: Abt. 17: Abt. 18: Abt. 19: Abt. 20: Abt. 21: Abt. 22: Abt. 23: Abt. 24: Abt. 25: Abt. 26: Abt. 27: Abt. 28: Abt. 29: Abt. 30: Abt. 31: Abt. 32: Abt. 33: Abt. 34: Abt. 35: Abt. 36: Abt. 37: Abt. 38: Abt. 39: Abt. 40: Abt. 41: Abt. 42: Abt. 43: Abt. 44: Abt. 45: Abt. 46: Abt. 47: Abt. 48: Abt. 49: Abt. 50: Abt. 51: Abt. 52: Abt. 53: Abt. 54: Abt. 55: Abt. 56: Abt. 57: Abt. 58: Abt. 59: Abt. 60: Abt. 61: Abt. 62: Abt. 63: Abt. 64: Abt. 65: Abt. 66: Abt. 67: Abt. 68: Abt. 69: Abt. 70: Abt. 71: Abt. 72: Abt. 73: Abt. 74: Abt. 75: Abt. 76: Abt. 77: Abt. 78: Abt. 79: Abt. 80: Abt. 81: Abt. 82: Abt. 83: Abt. 84: Abt. 85: Abt. 86: Abt. 87: Abt. 88: Abt. 89: Abt. 90: Abt. 91: Abt. 92: Abt. 93: Abt. 94: Abt. 95: Abt. 96: Abt. 97: Abt. 98: Abt. 99: Abt. 100: Abt. 101: Abt. 102: Abt. 103: Abt. 104: Abt. 105: Abt. 106: Abt. 107: Abt. 108: Abt. 109: Abt. 110: Abt. 111: Abt. 112: Abt. 113: Abt. 114: Abt. 115: Abt. 116: Abt. 117: Abt. 118: Abt. 119: Abt. 120: Abt. 121: Abt. 122: Abt. 123: Abt. 124: Abt. 125: Abt. 126: Abt. 127: Abt. 128: Abt. 129: Abt. 130: Abt. 131: Abt. 132: Abt. 133: Abt. 134: Abt. 135: Abt. 136: Abt. 137: Abt. 138: Abt. 139: Abt. 140: Abt. 141: Abt. 142: Abt. 143: Abt. 144: Abt. 145: Abt. 146: Abt. 147: Abt. 148: Abt. 149: Abt. 150: Abt. 151: Abt. 152: Abt. 153: Abt. 154: Abt. 155: Abt. 156: Abt. 157: Abt. 158: Abt. 159: Abt. 160: Abt. 161: Abt. 162: Abt. 163: Abt. 164: Abt. 165: Abt. 166: Abt. 167: Abt. 168: Abt. 169: Abt. 170: Abt. 171: Abt. 172: Abt. 173: Abt. 174: Abt. 175: Abt. 176: Abt. 177: Abt. 178: Abt. 179: Abt. 180: Abt. 181: Abt. 182: Abt. 183: Abt. 184: Abt. 185: Abt. 186: Abt. 187: Abt. 188: Abt. 189: Abt. 190: Abt. 191: Abt. 192: Abt. 193: Abt. 194: Abt. 195: Abt. 196: Abt. 197: Abt. 198: Abt. 199: Abt. 200: Abt. 201: Abt. 202: Abt. 203: Abt. 204: Abt. 205: Abt. 206: Abt. 207: Abt. 208: Abt. 209: Abt. 210: Abt. 211: Abt. 212: Abt. 213: Abt. 214: Abt. 215: Abt. 216: Abt. 217: Abt. 218: Abt. 219: Abt. 220: Abt. 221: Abt. 222: Abt. 223: Abt. 224: Abt. 225: Abt. 226: Abt. 227: Abt. 228: Abt. 229: Abt. 230: Abt. 231: Abt. 232: Abt. 233: Abt. 234: Abt. 235: Abt. 236: Abt. 237: Abt. 238: Abt. 239: Abt. 240: Abt. 241: Abt. 242: Abt. 243: Abt. 244: Abt. 245: Abt. 246: Abt. 247: Abt. 248: Abt. 249: Abt. 250: Abt. 251: Abt. 252: Abt. 253: Abt. 254: Abt. 255: Abt. 256: Abt. 257: Abt. 258: Abt. 259: Abt. 260: Abt. 261: Abt. 262: Abt. 263: Abt. 264: Abt. 265: Abt. 266: Abt. 267: Abt. 268: Abt. 269: Abt. 270: Abt. 271: Abt. 272: Abt. 273: Abt. 274: Abt. 275: Abt. 276: Abt. 277: Abt. 278: Abt. 279: Abt. 280: Abt. 281: Abt. 282: Abt. 283: Abt. 284: Abt. 285: Abt. 286: Abt. 287: Abt. 288: Abt. 289: Abt. 290: Abt. 291: Abt. 292: Abt. 293: Abt. 294: Abt. 295: Abt. 296: Abt. 297: Abt. 298: Abt. 299: Abt. 300: Abt. 301: Abt. 302: Abt. 303: Abt. 304: Abt. 305: Abt. 306: Abt. 307: Abt. 308: Abt. 309: Abt. 310: Abt. 311: Abt. 312: Abt. 313: Abt. 314: Abt. 315: Abt. 316: Abt. 317: Abt. 318: Abt. 319: Abt. 320: Abt. 321: Abt. 322: Abt. 323: Abt. 324: Abt. 325: Abt. 326: Abt. 327: Abt. 328: Abt. 329: Abt. 330: Abt. 331: Abt. 332: Abt. 333: Abt. 334: Abt. 335: Abt. 336: Abt. 337: Abt. 338: Abt. 339: Abt. 340: Abt. 341: Abt. 342: Abt. 343: Abt. 344: Abt. 345: Abt. 346: Abt. 347: Abt. 348: Abt. 349: Abt. 350: Abt. 351: Abt. 352: Abt. 353: Abt. 354: Abt. 355: Abt. 356: Abt. 357: Abt. 358: Abt. 359: Abt. 360: Abt. 361: Abt. 362: Abt. 363: Abt. 364: Abt. 365: Abt. 366: Abt. 367: Abt. 368: Abt. 369: Abt. 370: Abt. 371: Abt. 372: Abt. 373: Abt. 374: Abt. 375: Abt. 376: Abt. 377: Abt. 378: Abt. 379: Abt. 380: Abt. 381: Abt. 382: Abt. 383: Abt. 384: Abt. 385: Abt. 386: Abt. 387: Abt. 388: Abt. 389: Abt. 390: Abt. 391: Abt. 392: Abt. 393: Abt. 394: Abt. 395: Abt. 396: Abt. 397: Abt. 398: Abt. 399: Abt. 400: Abt. 401: Abt. 402: Abt. 403: Abt. 404: Abt. 405: Abt. 406: Abt. 407: Abt. 408: Abt. 409: Abt. 410: Abt. 411: Abt. 412: Abt. 413: Abt. 414: Abt. 415: Abt. 416: Abt. 417: Abt. 418: Abt. 419: Abt. 420: Abt. 421: Abt. 422: Abt. 423: Abt. 424: Abt. 425: Abt. 426: Abt. 427: Abt. 428: Abt. 429: Abt. 430: Abt. 431: Abt. 432: Abt. 433: Abt. 434: Abt. 435: Abt. 436: Abt. 437: Abt. 438: Abt. 439: Abt. 440: Abt. 441: Abt. 442: Abt. 443: Abt. 444: Abt. 445: Abt. 446: Abt. 447: Abt. 448: Abt. 449: Abt. 450: Abt. 451: Abt. 452: Abt. 453: Abt. 454: Abt. 455: Abt. 456: Abt. 457: Abt. 458: Abt. 459: Abt. 460: Abt. 461: Abt. 462: Abt. 463: Abt. 464: Abt. 465: Abt. 466: Abt. 467: Abt. 468: Abt. 469: Abt. 470: Abt. 471: Abt. 472: Abt. 473: Abt. 474: Abt. 475: Abt. 476: Abt. 477: Abt. 478: Abt. 479: Abt. 480: Abt. 481: Abt. 482: Abt. 483: Abt. 484: Abt. 485: Abt. 486: Abt. 487: Abt. 488: Abt. 489: Abt. 490: Abt. 491: Abt. 492: Abt. 493: Abt. 494: Abt. 495: Abt. 496: Abt. 497: Abt. 498: Abt. 499: Abt. 500: Abt. 501: Abt. 502: Abt. 503: Abt. 504: Abt. 505: Abt. 506: Abt. 507: Abt. 508: Abt. 509: Abt. 510: Abt. 511: Abt. 512: Abt. 513: Abt. 514: Abt. 515: Abt. 516: Abt. 517: Abt. 518: Abt. 519: Abt. 520: Abt. 521: Abt. 522: Abt. 523: Abt. 524: Abt. 525: Abt. 526: Abt. 527: Abt. 528: Abt. 529: Abt. 530: Abt. 531: Abt. 532: Abt. 533: Abt. 534: Abt. 535: Abt. 536: Abt. 537: Abt. 538: Abt. 539: Abt. 540: Abt. 541: Abt. 542: Abt. 543: Abt. 544: Abt. 545: Abt. 546: Abt. 547: Abt. 548: Abt. 549: Abt. 550: Abt. 551: Abt. 552: Abt. 553: Abt. 554: Abt. 555: Abt. 556: Abt. 557: Abt. 558: Abt. 559: Abt. 560: Abt. 561: Abt. 562: Abt. 563: Abt. 564: Abt. 565: Abt. 566: Abt. 567: Abt. 568: Abt. 569: Abt. 570: Abt. 571: Abt. 572: Abt. 573: Abt. 574: Abt. 575: Abt. 576: Abt. 577: Abt. 578: Abt. 579: Abt. 580: Abt. 581: Abt. 582: Abt. 583: Abt. 584: Abt. 585: Abt. 586: Abt. 587: Abt. 588: Abt. 589: Abt. 590: Abt. 591: Abt. 592: Abt. 593: Abt. 594: Abt. 595: Abt. 596: Abt. 597: Abt. 598: Abt. 599: Abt. 600: Abt. 601: Abt. 602: Abt. 603: Abt. 604: Abt. 605: Abt. 606: Abt. 607: Abt. 608: Abt. 609: Abt. 610: Abt. 611: Abt. 612: Abt. 613: Abt. 614: Abt. 615: Abt. 616: Abt. 617: Abt. 618: Abt. 619: Abt. 620: Abt. 621: Abt. 622: Abt. 623: Abt. 624: Abt. 625: Abt. 626: Abt. 627: Abt. 628: Abt. 629: Abt. 630: Abt. 631: Abt. 632: Abt. 633: Abt. 634: Abt. 635: Abt. 636: Abt. 637: Abt. 638: Abt. 639: Abt. 640: Abt. 641: Abt. 642: Abt. 643: Abt. 644: Abt. 645: Abt. 646: Abt. 647: Abt. 648: Abt. 649: Abt. 650: Abt. 651: Abt. 652: Abt. 653: Abt. 654: Abt. 655: Abt. 656: Abt. 657: Abt. 658: Abt. 659: Abt. 660: Abt. 661: Abt. 662: Abt. 663: Abt. 664: Abt. 665: Abt. 666: Abt. 667: Abt. 668: Abt. 669: Abt. 670: Abt. 671: Abt. 672: Abt. 673: Abt. 674: Abt. 675: Abt. 676: Abt. 677: Abt. 678: Abt. 679: Abt. 680: Abt. 681: Abt. 682: Abt. 683: Abt. 684: Abt. 685: Abt. 686: Abt. 687: Abt. 688: Abt. 689: Abt. 690: Abt. 691: Abt. 692: Abt. 693: Abt. 694: Abt. 695: Abt. 696: Abt. 697: Abt. 698: Abt. 699: Abt. 700: Abt. 701: Abt. 702: Abt. 703: Abt. 704: Abt. 705: Abt. 706: Abt. 707: Abt. 708: Abt. 709: Abt. 710: Abt. 711: Abt. 712: Abt. 713: Abt. 714: Abt. 715: Abt. 716: Abt. 717: Abt. 718: Abt. 719: Abt. 720: Abt. 721: Abt. 722: Abt. 723: Abt. 724: Abt. 725: Abt. 726: Abt. 727: Abt. 728: Abt. 729: Abt. 730: Abt. 731: Abt. 732: Abt. 733: Abt. 734: Abt. 735: Abt. 736: Abt. 737: Abt. 738: Abt. 739: Abt. 740: Abt. 741: Abt. 742: Abt. 743: Abt. 744: Abt. 745: Abt. 746: Abt. 747: Abt. 748: Abt. 749: Abt. 750: Abt. 751: Abt. 752: Abt. 753: Abt. 754: Abt. 755: Abt. 756: Abt. 757: Abt. 758: Abt. 759: Abt. 760: Abt. 761: Abt. 762: Abt. 763: Abt. 764: Abt. 765: Abt. 766: Abt. 767: Abt. 768: Abt. 769: Abt. 770: Abt. 771: Abt. 772: Abt. 773: Abt. 774: Abt. 775: Abt. 776: Abt. 777: Abt. 778: Abt. 779: Abt. 780: Abt. 781: Abt. 782: Abt. 783: Abt. 784: Abt. 785: Abt. 786: Abt. 787: Abt. 788: Abt. 789: Abt. 790: Abt. 791: Abt. 792: Abt. 793: Abt. 794: Abt. 795: Abt. 796: Abt. 797: Abt. 798: Abt. 799: Abt. 800: Abt. 801: Abt. 802: Abt. 803: Abt. 804: Abt. 805: Abt. 806: Abt. 807: Abt. 808: Abt. 809: Abt. 810: Abt. 811: Abt. 812: Abt. 813: Abt. 814: Abt. 815: Abt. 816: Abt. 817: Abt. 818: Abt. 819: Abt. 820: Abt. 821: Abt. 822: Abt. 823: Abt. 824: Abt. 825: Abt. 826: Abt. 827: Abt. 828: Abt. 829: Abt. 830: Abt. 831: Abt. 832: Abt. 833: Abt. 834: Abt. 835: Abt. 836: Abt. 837: Abt. 838: Abt. 839: Abt. 840: Abt. 841: Abt. 842: Abt. 843: Abt. 844: Abt. 845: Abt. 846: Abt. 847: Abt. 848: Abt. 849: Abt. 850: Abt. 851: Abt. 852: Abt. 853: Abt. 854: Abt. 855: Abt. 856: Abt. 857: Abt. 858: Abt. 859: Abt. 860: Abt. 861: Abt. 862: Abt. 863: Abt. 864: Abt. 865: Abt. 866: Abt. 867: Abt. 868: Abt. 869: Abt. 870: Abt. 871: Abt. 872: Abt. 873: Abt. 874: Abt. 875: Abt. 876: Abt. 877: Abt. 878: Abt. 879: Abt. 880: Abt. 881: Abt. 882: Abt. 883: Abt. 884: Abt. 885: Abt. 886: Abt. 887: Abt. 888: Abt. 889: Abt. 890: Abt. 891: Abt. 892: Abt. 893: Abt. 894: Abt. 895: Abt. 896: Abt. 897: Abt. 898: Abt. 899: Abt. 900: Abt. 901: Abt. 902: Abt. 903: Abt. 904: Abt. 905: Abt. 906: Abt. 907: Abt. 908: Abt. 909: Abt. 910: Abt. 911: Abt. 912: Abt. 913: Abt. 914: Abt. 915: Abt. 916: Abt. 917: Abt. 918: Abt. 919: Abt. 920: Abt. 921: Abt. 922: Abt. 923: Abt. 924: Abt. 925: Abt. 926: Abt. 927: Abt. 928: Abt. 929: Abt. 930: Abt. 931: Abt. 932: Abt. 933: Abt. 934: Abt. 935: Abt. 936: Abt. 937: Abt. 938: Abt. 939: Abt. 940: Abt. 941: Abt. 942: Abt. 943: Abt. 944: Abt. 945: Abt. 946: Abt. 947: Abt. 948: Abt. 949: Abt. 950: Abt. 951: Abt. 952: Abt. 953: Abt. 954: Abt. 955: Abt. 956: Abt. 957: Abt. 958: Abt. 959: Abt. 960: Abt. 961: Abt. 962: Abt. 963: Abt. 964: Abt. 965: Abt. 966: Abt. 967: Abt. 968: Abt. 969: Abt. 970: Abt. 971: Abt. 972: Abt. 973: Abt. 974: Abt. 975: Abt. 976: Abt. 977: Abt. 978: Abt. 979: Abt. 980: Abt. 981: Abt. 982: Abt. 983: Abt. 984: Abt. 985: Abt. 986: Abt. 987: Abt. 988: Abt. 989: Abt. 990: Abt. 991: Abt. 992: Abt. 993: Abt. 994: Abt. 995: Abt. 996: Abt. 997: Abt. 998: Abt. 999: Abt. 1000: Abt. 1001: Abt. 1002: Abt. 1003: Abt. 1004: Abt. 1005: Abt. 1006: Abt. 1007: Abt. 1008: Abt. 1009: Abt. 1010: Abt. 1011: Abt. 1012: Abt. 1013: Abt. 1014: Abt. 1015: Abt. 1016: Abt. 1017: Abt. 1018: Abt. 1019: Abt. 1020: Abt. 1021: Abt. 1022: Abt. 1023: Abt. 1024: Abt. 1025: Abt. 1026: Abt. 1027: Abt. 1028: Abt. 1029: Abt. 1030: Abt. 1031: Abt. 1032: Abt. 1033: Abt. 1034: Abt. 1035: Abt. 1036: Abt. 1037: Abt. 1038: Abt. 1039: Abt. 1040: Abt. 1041: Abt. 1042: Abt. 1043: Abt. 1044: Abt. 1045: Abt. 1046: Abt. 1047: Abt. 1048: Abt. 1049: Abt. 1050: Abt. 1051: Abt. 1052: Abt. 1053: Abt. 1054: Abt. 1055: Abt. 1056: Abt. 1057: Abt. 1058: Abt. 1059: Abt. 1060: Abt. 1061: Abt. 1062: Abt. 1063: Abt. 1064: Abt. 1065: Abt. 1066: Abt. 1067: Abt. 1068: Abt. 1069: Abt. 1070: Abt. 1071: Abt. 1072: Abt. 1073: Abt. 1074: Abt. 1075: Abt. 1076: Abt. 1077: Abt. 1078: Abt. 1079: Abt. 1080: Abt. 1081: Abt. 1082: Abt. 1083: Abt. 1084: Abt. 1085: Abt. 1086: Abt. 1087: Abt. 1088: Abt. 1089: Abt. 1090: Abt. 1091: Abt. 1092: Abt. 1093: Abt. 1094: Abt. 1095: Abt. 1096: Abt. 1097: Abt. 1098: Abt. 1099: Abt. 1100: Abt. 1101: Abt. 1102: Abt. 1103: Abt. 1104: Abt. 1105: Abt. 1106: Abt. 1107: Abt. 1108: Abt. 1109: Abt. 1110: Abt. 1111: Abt. 1112: Abt. 1113: Abt. 1114: Abt. 1115: Abt. 1116: Abt. 1117: Abt. 1118: Abt. 1119: Abt. 1120: Abt. 1121: Abt. 1122: Abt. 1123: Abt. 1124: Abt. 1125: Abt. 1126: Abt. 1127: Abt. 1128: Abt. 1129: Abt. 1130: Abt. 1131: Abt. 1132: Abt. 1133: Abt. 1134: Abt. 1135: Abt. 1136: Abt. 1137: Abt. 1138: Abt. 1139: Abt. 1140: Abt. 1141: Abt. 1142: Abt. 1143: Abt. 1144: Abt. 1145: Abt. 1146: Abt. 1147: Abt. 1148: Abt. 1149: Abt. 1150: Abt. 1151: Abt. 1152: Abt. 1153: Abt. 1154: Abt. 1155: Abt. 1156: Abt. 1157: Abt. 1158: Abt. 1159: Abt. 1160: Abt. 1161: Abt. 1162: Abt. 1163: Abt. 1164: Abt. 1165: Abt. 1166: Abt. 1167: Abt. 1168: Abt. 1169: Abt. 1170: Abt. 1171: Abt. 1172: Abt. 1173: Abt. 1174: Abt. 1175: Abt. 1176: Abt. 1177: Abt. 1178: Abt. 1179: Abt. 1180: Abt. 1181: Abt. 1182: Abt. 1183: Abt. 1184: Abt. 1185: Abt. 1186: Abt. 1187: Abt. 1188: Abt. 1189: Abt. 1190: Abt. 1191: Abt. 1192: Abt. 1193: Abt. 1194: Abt. 1195: Abt. 1196: Abt. 1197: Abt. 1198: Abt. 1199: Abt. 1200: Abt. 1201: Abt. 1202: Abt. 1203: Abt. 1204: Abt. 1205: Abt. 1206: Abt. 1207: Abt. 1208: Abt. 1209: Abt. 1210: Abt. 1211: Abt. 1212: Abt. 1213: Abt. 1214: Abt. 1215: Abt. 1216: Abt. 1217: Abt. 1218: Abt. 1219: Abt. 1220: Abt. 1221: Abt. 1222: Abt. 1223: Abt. 1224: Abt. 1225: Abt. 1226: Abt. 1227: Abt. 1228: Abt. 1229: Abt. 1230: Abt. 1231: Abt. 1232: Abt. 1233: Abt. 1234: Abt. 1235: Abt. 1236: Abt. 1237: Abt. 1238: Abt. 1239: Abt. 1240: Abt. 1241: Abt. 1242: Abt. 1243: Abt. 1244: Abt. 1245: Abt. 1246: Abt. 1247: Abt. 1248: Abt. 1249: Abt. 1250: Abt. 1251: Abt. 1252: Abt. 1253: Abt. 1254: Abt. 1255: Abt. 1256: Abt. 1257: Abt. 1258: Abt. 1259: Abt. 1260: Abt. 1261: Abt. 1262: Abt. 1263: Abt. 1264: Abt. 1265: Abt. 1266: Abt. 1267:

Boxmatch.

Eine Sportgeschichte von Ulejei Tolstoi (Leningrad.)

Ein riesiger Saal mit eisernen Trägern unter der Decke. Sportklub. Die Bogenlampen glänzen. Amphitheatralisch ansteigende Tribünen. Viele Menschen — solide glattrasierte Gentlemen in englischen Mänteln und steifen Hüten. Sie rauchen dicke Klubzigarren. Die Kellner servieren Whisky. In der Mitte des Amphitheatrons, unten, das Gerüst für den Boxkampf. Dort springen zwei Leute herum, schlagen einander ins Gesicht, aber man beachtet sie kaum. Heute treffen zwei Champions aufeinander — Harley und Gibb um den Preis von 175 Pfund Sterling.

Endlich treten sie an. Das Sell im Viertel leicht zur Seite gehend, springt ein gutgewachsener, schöner und schmachtiger junger Mensch leichtfüßig herein, wirft den Frottiertmantel von sich. Das ist Harley, der Liebling des Londoner Publikums. Sein Gegner Gibb, ein blonder Kerl mit breitem Mund, ziemlich unbekannt, kriecht plump Schrittes hinauf, blüht in die Menschenmenge, runzelt die Augenbrauen; seine Ellbogen und Knie sind dick.

„15 Pfund auf Harley!“ — „Ich halte diese 15 Pfund!“ — „25 Pfund auf Harley!“ — „Ich halte...“ so hört man die Stimmen durcheinander rufen.

Man hatte den Kämpfern die Handschuhe angezogen. Ihre Freunde waren von den Plätzen aufgesprungen und schlugen sich nun an den Rand des Gerüsts. In Erwartung des Signals standen die Kämpfer in den Ecken des Kampfplatzes und hielten sich an den Seilen fest.

Die Menschenmenge wurde lebendiger. Von allen Seiten erhoben sich Hände mit gespreizten Fingern — und zeigten die Pünche an. Ein paar Leute, die auf die Bänke gesprungen sind, rufen den anderen zu, die unten stehen, über den ganzen Saal hinweg: sie treiben die Preise in die Höhe.

Ein kurzer Pfiff. Die Kämpfer stoßen aufeinander, prallen leicht wieder von einander ab, umgeben, umtreiben einander mit tänzelnden Bewegungen. Der Saal wird still. Die Bogenlampen glänzen. Eben sprang Harley an und seine unnatürlich große Federfaust fuhr Gibb ins Gesicht. Hier und dort schnattert man befriedigt auf den Bänken. In Umarmung klammern sich die Kämpfer aneinander und schloßen sich gegenseitig in die Hüften. Die erste Runde ist zu Ende. Die Trainer fächeln die Boxer mit Handtüchern. In Gibbs geschlagenen Mund legt man Maun.

„50 Pfund auf Harley! Wer hält 50 Pfund auf Harley?“ Wieder emporgereckte Arme, vom Schreien rote Gesichter. Die zweite, dritte, vierte Runde verlaufen monoton. Gibb springt, mit den Fäusten drohend, wie ein Teufel herum. Harley fährt ihm in die Augen, in Ohren und Mund, unter die Ritze, redt wild sein Sinn vor und faucht...

„So ist's recht! Drauf! Drisch auf ihn ein, drisch nur!“ erschallen Rufe. Gibbs Gesicht ist blutüberströmt. Blutig ist auch seine weiße Sporthose. Ein Auge schwillt ihm an, das andere schließt sich. Sein Gesicht bekommt nach und nach das Aussehen eines rohen Beifsteaks.

„Gut so, tapferer Junge! Hau nur rein, Kleiner!“ Selbstverwundlich mußte der Kampf mit einem Knod-out enden, worauf der Gegner das Bewußtsein, minuter auch das Leben, verliert. Einer dieser Schläge ist gewissermaßen doppelt: mit der linken Hand von unten ins Kinn, mit der rechten selbkings ins Gesicht. Dadurch entsteht eine Erschütterung des Kleinhirns, das Gebiß springt aus dem Gelenk, die Zähne fliegen heraus, und die Gluckstinder nehmen bei den Buchmachern ihr Geld in Empfang. Zu solch einem Schläge bereitete sich auch Harley vor. Er arbeitete sicher, nüchtern, wie eine Maschine, war ganz trocken, nur auf seinem Rücken, auf den in steter Bewegung zuckenden Schulterblättern traten immer stärker und breiter rote Flecke hervor.

„Oh!“ begann man auf den Bänken zu rufen, „diese Flecke gefallen mir nicht! Die Hige muß doch irgendwo zum Körper heraus! Blut ist besser!“

Aber Gibb tut es nicht leid ums Blut. Er will jetzt mit den Fäusten fester ins Zeug. Aber sobald Harley auch nur versucht, mit dem Doppelschlag auf ihn loszugehen, fliegt Gibb kopfüber hin und vergeht förmlich in Blut. Statt des Gesichtes hat er bereits eine einzige, groß angeschwollene Kugel mit einem Loch. Dann holt er mit der Faust aus, sinkt wieder in die Knie — engeht aber dem Knod-out. Am Ende der neunten Runde schleppi man ihn mühselig in seine Ecke, begießt ihn mit Maun und massiert an ihm herum.

Und im Saal steigen die Pfunde. Die Gesichter werden immer röter. Die Lampen umflören sich mit dem dicken Rauch der Zigarren. Während der ganzen zehnten Runde bietet Gibb nur seine Schulterblätter den Schlägen des Gegners dar. Sein Gesicht aber schält er. Der Kerl verpufft sich, röhrt eine Stimme unter den Zuschauer. Die roten Flecke auf Harleys Rücken werden immer stärker und breiter. „Harig, halt deine Nase hin! Blut, Blut, laß es heraus!“ — „Jude! Gibt sie nicht bei der Arbeit!“ — „Hallo, 70 Pfund auf Gibb!“ — Empört drehen sich viele Köpfe nach dem Schreier um.

Und in der zwölften Runde beginnt Gibb wieder zu springen, als habe er sich mit diesem Loch, das ihm an Stelle des Gesichtes verblieben, vollkommen ausgeöhnt. Ursprünglich schlägt er Harley derart in die Zähne, daß sein Gegner mit dem Kopf hin und her pendelt. „Oh! Bravo Gibb!“

Mit fest zusammengepreßten Lippen, den Hals vorgestreckt, schleicht nun Harley um den Gegner herum, den Schlag überlegend, sprungbereit wie eine Kage. Da, mit dem ganzen Körper nach vorn schnellend, schlägt er blühartig seinen Doppelschlag. Und schlägt fest. Der ganze Saal atmet dumpf.

Eine Stimme: „Schande, Harley!“ Dann beginnt Harley scheinbar völlig seine Selbstbeherrschung zu verlieren und drischt blindlings drauf los, wohin er gerade trifft. Gibb weicht zurück, versucht den Schlägen zu entweichen. Bis zum Schluß der Runde bleibt nur mehr eine Sekunde; der Schiedsrichter, mit der Peise im Mund, erhebt schon die Hand. Da dreht sich Gibb ganz unerwartet wie ein Kreis auf einem Fuß herum, wirft seinen Körper herum, so daß Arme und Kumpf eine Linie bilden, und zwei kurze dumpfe Schläge ertönen. Harley dreht sich, holt mit den Armen aus, fällt auf den Rücken, hebt ein Knie und erstarrt.

Man beginnt zu zählen: „Eins, zwei, drei... zehn!“ Harley liegt bewegungslos da, ohne einen einzigen Blutstropfen im Ge-

sicht... Eine Stimme: „Loi!“ Eine andere Stimme: „Sieht so aus...“

Man hebt Harley auf, trägt ihn fort. Hilflos hängt sein Kopf herab. Und Gibb steht noch immer da, hält sich am Sell fest. Es scheint, als habe man ihn vergessen. Wie konnte es auch anders sein — drei Viertel des Publikums blieben die Benarrten. Jemand wirft ihm den Frottiertmantel zu, und umgeschickt kriecht Gibb aus dem Ring.

„Wer ist eigentlich dieser Gibb? Man hat nie etwas von ihm gehört?“

„Ein Arbeiter aus der Vorstadt, sagt man...“

Keudell im Leide.



v. Keudell: „Der Claß hat gut lachen, er hat's nur mit dem Reichsgericht zu tun gehabt, ich aber mit dem Reichsrat!“

Wilhelms Rache.

Die geplante Ausweisung Franz Mehrings.

Als der Lobestag Wilhelms I. sich zum ersten Male jährte, veröffentlichte Franz Mehring in der Berliner „Volkszeitung“ einen Artikel, in dem er die historischen Verdienste dieses Kaisers um das kulturelle und politische Leben des deutschen Volkes an der Hand unzugänglicher geschichtlicher Tatsachen kritisch würdigte. Wilhelm I. habe, so legte Mehring dar, seine lebendigen Beziehungen zu unserer klassischen Literatur und zu den großen nationalen und freiheitlichen Bestrebungen unseres Volkes gehabt. Mehring verwies auf das Tagebuch Kaiser Friedrichs, in dem sich Wilhelm I. als ausgeprägter preußischer Partisan dargestellt hatte. Die „Sozialreform“ könnte nicht dem ersten Kaiser zugeschrieben werden, denn dieser beand sich, als die Reform begann, bereits in einem Alter, in dem jeder, der auch nur das kleinste öffentliche Amt verwaltete, wegen Altersschwäche pensioniert zu werden pflegt; und da nun die Bemüherer des persönlichen Regiments kaum geneigt sein werden, zuzugeben, daß die Regierung eines großen Reiches noch leichter zu erledigen sei, als das Amt eines Nachwählers oder Schutzmanns, so täten diese Leute wirklich in jedem Betracht Mäßer daran, von den sozialpolitischen Ruhmeskronen Kaiser Wilhelms I. gar nicht zu reden.

Der Artikel Mehrings verletzete Wilhelm II. in tobende Mut. Die schon etwas eingeschlafenen Bestrebungen, die verstorbenen Monarchen vor einer wahrheitsgetreuen scharfen Kritik zu schützen, kamen wieder in Fluß. Ein neuer Strafgesetzbuch sollte die „Beschimpfung“ eines verstorbenen Monarchen mit Strafen von einem Monat bis zu drei Jahren bestrafen. Und diese Bestrafung sollte erst ausgeschlossen sein, wenn seit dem Tode des beschimpften Monarchen dreißig Jahre verstrichen waren.

Neun Tage nach dem Erscheinen des Artikels über Wilhelm I. wurde die Berliner „Volkszeitung“ auf Grund des Sozialistengesetzes wegen eines Gedächtnisartikels zum 18. März verboten, eines Artikels, der gut bürgerlich-demokratisch, aber keineswegs sozialdemokratisch gehalten war. Allgemein sah man in diesem Verbot einen Racheakt Wilhelms II. zu dessen Werkzeug sich der Berliner Polizeipräsident von Richthofen gemacht hatte. Mit dem Verbot sollten auch alle in der Berliner „Volkszeitung“-Aktiengesellschaft herausgegebenen unpolitischen Blätter getroffen werden. Uebereinstimmend teilten die Blätter mit, daß der Polizeikommissar von Tauch, der später durch den Decker-Litow-Prozess auf das schwerste kompromittiert wurde, dreißig erklärt hätte, das Berliner Polizeipräsidium würde „im Falle eines ferneren Versuchs, eine politische Zeitung in der Druckerei der „Volkszeitung“-Aktiengesellschaft drucken zu lassen, die Druckerei durch Schutzmännchen Tag und Nacht besetzt“ halten lassen.

Das Verbot der „Volkszeitung“ wurde später durch die Reichskommission aufgehoben, die über die Beschwerden über die Handhabung des Ausnahmegesetzes zu Gerichte zu sitzen hatte.

Aber der beleidigte Wilhelm II. wollte nicht nur das Blatt, das den „beschimpfenden“ Artikel gebracht hatte, mit Existenzvernichtung bestrafen, sondern auch den Verfasser des Artikels. Und wieder mußte der Berliner Polizeipräsident, der Freiherr von Richthofen, Rat.

Am 14. April 1889 teilte nämlich Richthofen dem preußischen Innenminister Herrfurth mit, daß er den Redakteur der „Volkszeitung“, Franz Mehring, auf Grund des Ausweisungsparagraphen (des § 28 des Ausnahmegesetzes) aus Berlin ausweisen lassen wollte. In dem Schreiben Richthofens hieß es unter anderem:

„Wie die Entschcheidung der Reichskommission vom 9. April des Jahres in Sachen des Verbots der Nr. 85 des Jahrgangs sowie des ferneren Erscheinens der „Volkszeitung“ ausdrücklich anerkannt hat, ist die „Volkszeitung“ als ein sozialdemokratisches Blatt (!!) anzusehen.“

Den sozialdemokratisch-revolutionären Charakter habe diese Zeitung seit der Redaktion Mehrings angenommen, der seit langer Zeit als sozialdemokratischer Schriftsteller bekannt sei. Seine Broschüre: „Herr von Treitschke, der Sozialistenhater, und die Endziele des Liberalismus“ sei auf Grund des Ausnahmegesetzes ver-

boten. „Wenn auch später Mehring, von der Not getrieben, bei Zeitungen anderer Richtungen tätig gewesen ist, so blieb er doch seiner sozialdemokratischen Gesinnung treu, welche er nimmermehr als Redakteur der „Volkszeitung“ betätigt.“ Aus den der Reichskommission vorgelegten Briefen von Singer, Bebel und Liebknecht gehe nicht nur hervor, daß Mehring nach Kräften für das Interesse der sozialdemokratischen Partei zu wirken bemüht gewesen sei, sondern auch seine freundschaftlichen Beziehungen zu hervorragenden Sozialdemokraten, zu Bebel, Singer und Liebknecht. Aus einem Briefe des Sozialdemokraten Reijer, eines Freundes von Karl Höchberg, vom 14. Oktober 1882 ergäbe sich, daß es Mehring gelungen wäre, „einen gewissen Einfluß auf die Parteilöhne in Zürich zu erlangen (??), wobei ihm seine intimen Beziehungen zu dem jamaikanischen Agitator Carl Hirsch, welcher seinerzeit die Leitung „Der Sozialdemokrat“ übernehmen sollte“, zu Statten kamen.

Bei einer Hausdurchsuchung bei Mehring hätten sich zahlreiche verbotene Druckschriften befunden. „In ähnlicher Weise, wie die im Auslande erscheinenden sozialdemokratischen Blätter, suchen die von Mehring verfaßten Artikel in der „Volkszeitung“ alles, was der Nation teuer und wert ist, herabzuziehen und (die) Monarchie und die Träger derselben in (einer) gehässigten, gemeinsten und empfindlichsten Weise zu beschimpfen.“

Die in den weitesten Kreisen „Empörung und Unwillen hervorruhenden Artikel“ seien unzweifelhaft von Mehring verfaßt. Die beigefügte Nr. 60 der „Volkszeitung“ beweise die Absicht Mehrings, in gleicher Weise den sozialdemokratischen Zielen in die Hände zu arbeiten.

Wenn Mehring auch in Zukunft vermeiden wird, in einem Artikel alle Requisite des § 11 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 zum Ausdruck zu bringen, so werden doch seine Artikel nicht weniger agitatorisch und durch das verfechtete Gift nicht weniger gefährlich wirken. Da bei einer Ausweisung des Mehrings nicht zu befürchten ist, daß derselbe an einem anderen Orte agitatorisch wirkt, derselbe vielmehr dadurch, daß er seinem eigentlichen Wirkungskreis als Redakteur entzogen wird, zu seiner früheren journalistischen Tätigkeit zurückkehren wird, so dürften aus diesem Grunde Bedenken gegen seine Ausweisung nicht vorliegen.“

Der Berliner Polizeipräsident suchte die Zustimmung des preußischen Innenministers, die dieser durch den Erlaß vom 30. August 1888 bei Ausweisungen vorgeschrieben hatte, einzuholen. Jedoch der Minister Herrfurth widersprach der Ausweisung Mehrings; denn „abgegeben von den gegen die Opportunität obwaltenden Bedenken“, sei er (der Minister) nicht durch den Richthofenschen Bericht davon überzeugt worden, daß die Voraussetzungen des Ausweisungsparagraphen zuträfen. Die Ausweisung Mehrings würde überdies nicht die schriftstellerische Tätigkeit Mehrings verhindern.

Die geplante Ausweisung Mehrings scheint durch einen Artikel der „Staatenkorrespondenz“ bekanntgemacht worden zu sein; jedenfalls erkundigt sich der Minister Herrfurth nach dem Verfasser des Artikels, und Richthofen teilt ihm nun mit, daß der Kaufmann Peil diesen Artikel verfaßt habe. Peil „hege“ — das ist bezeichnend — „in politischer Hinsicht regierungsfreundliche Gesinnungen“. Hat vielleicht Peil dem Polizeipräsidenten einen Gesellschaftsdiens erwiesen? Peil war Aktionär der „Volkszeitung“, und er erhielt „aller Wahrscheinlichkeit nach“ keine Informationen von dem freisinnigen Abgeordneten Schmidt-Oberfeld, der mit der Direktion und dem Aufsichtsrat der „Volkszeitung“ in intimen Beziehungen stand. „Diese Ausnahme“ dürfte nach Richthofen „um so wahrscheinlicher erscheinen, als im Aufsichtsrat der „Volkszeitung“ tatsächlich Versammlungen über den Erlaß der Redakteure Mehring und Ledebour im Falle ihrer Ausweisung stattgefunden hätten. Die „Volkszeitung“ scheint also auf einen Gewaltakt der Berliner Polizei gefaßt gewesen zu sein.

Sollten nicht der Aufsichtsrat und die Redaktion der Berliner „Volkszeitung“ von der Berliner Polizei sehr eifrig bespioniert worden sein? Der Berliner Polizeipräsident war ja immer auf der Suche nach „umstürzlerischem“ Material, mit dem er das verhasste demokratische Blatt, das die Willtürke der Polizei gegen die entredmete Sozialdemokratie tapfer angeprangert hatte, erledigen konnte.

Empfindungen im fehlenden Glied. Es ist eine bekannte Erfahrung, daß der Patient, dem ein Glied abgenommen worden ist, noch weiter Schmerzen und andere Empfindungen in dem fehlenden Arm oder Bein hat. Die Empfindung ist zwar nur eine vorgestellte, aber deshalb nicht weniger ältig. Man hat in medizinischen Mitteilungen diese „falschen Schmerzen“ schon oft verzeichnet, aber jetzt hat zum erstenmal ein französischer Arzt, Dr. Pohligeois, diese Empfindungen genau, und zwar an sich selbst studiert. Er berichtet darüber in der „Revue Medical“. Pohligeois hatte als Röntgenologe am Bretonneau-Krankenhaus seinen rechten Arm durch die Röntgenstrahlen so verletzt, daß er ihn sich abnehmen lassen mußte. Er kann aber kaum glauben, daß sein Arm sich nicht mehr an seinem Körper befindet, denn seine Empfindungen sind, wie er schreibt, außerordentlich stark und genau. Empfindlich fühlt er seinen Arm, wie wenn er angezogen wäre und die Hand zwischen den Knöpfen seiner Weste ruhte. Diese Haltung des Armes war ihm in der letzten Zeit, als er große Schmerzen empfand, zur Gewohnheit geworden. Er kann — immer seinem Gefühl nach — den Arm hinter seinen Rücken bringen, aber merkwürdigerweise hat er Lohn die Empfindung, daß dieses Armphantom durch seinen Körper direkt hindurchginge, anstatt um ihn herum. Er kann genau die Stelle angeben, an der sich nach seinem Gefühl sein Handgelenk und seine Finger befinden, und oft hebt er unwillkürlich diesen nicht vorhandenen Arm, um den linken Arm bei irgendeiner Handlung zu unterstützen. Der Arzt beschreibt auch andere Empfindungen an diesem fehlenden Glied, so das Öffnen und Schließen der verlorenen Hand, das er ganz genau empfindet, und verschiedene Formen von Schmerzen, ein Brennen, ein scharfes Stechen, einen kalten Schauer, die schwer zu ertragen sind. Die Erklärung, die er für diese Erscheinungen findet, ist die, daß die Nervenzentren, die die Nerven dem abgenommenen Arm zuführen, noch in dem Stumpf vorhanden sind, und daß diese Zentren durch das Gewebe an der Wundstelle gereizt werden. Wenn diese Reizung dann dem Gehirn vermittelt wird, so treten in diesem die gewohnten Vorstellungsbilder auf, die früher mit diesem Teil des Körpers verknüpft waren.

Verteufelnde vor 100 Jahren. Was man vor 100 Jahren als Höhepunkt des Stroffenverkehrs ansah, zeigt ein Bericht, den die „Allgemeine Rodenzeitung“ aus London brachte: „Man kann sich eine Vorstellung von dem Gedränge in den Hauptstraßen Londons machen, wenn man bedenkt, daß bei einer Zählung aller Personen, die an einem Tage über die Londoner Brücke gingen, 90 000 gefunden wurden. Cheapside ist noch mehr besetzt; es sollen dort täglich 100 000 hin- und hergehen. Aber dies Gedränge herrscht nicht nur an den Seiten der Straße, sondern die Mitte ist von Mietwagen, Kabinetts, Omnibussen usw., die alle in vollem Galopp fahren, so voll gedrängt, daß man oft sehr lange warten muß, ehe man von einer Seite zur anderen sich hindurchbewegen kann, und dabei muß man noch ungemein rasch sein. Es ist wirklich merkwürdig, daß bei der Schnelligkeit, mit welcher alle diese Wagen usw. auf den Straßen fahren, nicht mehr Unglücksfälle vorkommen. Der Fremde glaubt jeden Augenblick, es müße jemand überfahren werden, aber zwei Wagen müßten zusammenstoßen und einander zertrümmern. Der Grund dafür, warum so wenig Unglücksfälle vorkommen, liegt in der außerordentlichen Geschwindigkeit der Kautschur. Selbst die Omnibusse, die schwersten und unentsamsten Wagen, fahren oft so schnell, als die Pferde nur laufen können, im Platzad, ohne einen Unfall zu veranlassen.“

*) Graf Ulejei Tolstoi hat zusammen mit dem Historiker P. Schichogolew das Drama „Die Verschwörung der Zarin“ verfaßt, das unter dem Titel „Raspoutine“ demnächst in Berlin zur Aufführung kommen wird.

Ausschneiden! **Ausschneiden!**
Die Besuchszeiten unserer Museen.

Museen im Reichshaus, Georgenstr. 34-36. Geöffnet werktäglich von 10 bis 15 Uhr, Sonntag von 11 bis 15 Uhr. Eintritt 30 Pf. Sonntag und Mittwochs freier Eintritt. Schließung nur Dienstag von 9 bis 12 freier Eintritt. Montag und Sonnabend von 10 bis 15 Uhr 10 Pf. je Schüler.
Reichshausmuseum, Leipziger Str. 15. Täglich außer Mittwoch und Sonnabend von 10 bis 15 Uhr geöffnet. Eintritt frei.
Reichshaus, Platz am Reichshaus. Geöffnet täglich von 9 bis 15 Uhr, außer Sonnabend, Dienstag, Mittwoch, Freitag Eintritt 30 Pf. Sonntag, Montag und Donnerstag Eintritt frei.
Museum für Naturkunde, Invalidenstr. 43. Geöffnet Mittwoch und Sonnabend von 10 bis 14 Uhr. Eintritt frei. Montag und Donnerstag Eintritt 30 Pf. Dienstag und Freitag geschlossen. An Sonntagen und 2. Feiertagen von 12 bis 15 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.
Landwirtschaftliches Museum (Museum der landwirtschaftlichen Hochschule), Invalidenstr. 42. Geöffnet Dienstag und Freitag von 10 bis 15 Uhr, Sonntag von 11 bis 15 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Botanisches Museum, Dahlemer Allee, Berlin-Charlottenburg, 6-8. Besuchszeit: 1. Oktober bis 31. März jeden 1. Sonntag im Monat von 11 bis 14 Uhr und jeden Mittwoch von 10 bis 15 Uhr. Eintritt frei.
Botanischer Garten, Dahlemer Allee. Wochentags geöffnet von 8 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit. Sonntag von 10 Uhr ab. Die Gewächshäuser können von 10 Uhr ebenfalls bis zum Eintritt der Dämmerung besichtigt werden.
Museum für Vögelkunde, Königgräber Str. 139. Geöffnet täglich außer Dienstags von 9 bis 15 Uhr. Mittwoch, Freitag und Sonnabend Eintritt 30 Pf. Sonntag, Montag und Donnerstag Eintritt frei.
Sammlung für deutsche Volkstänze (Museum für deutsche Volkstänze usw.), Köpenicker Str. 35-36. Geöffnet täglich von 9 bis 15 Uhr außer Dienstags, Mittwoch, Freitag und Sonnabend Eintritt 30 Pf. Sonntag, Montag und Donnerstag Eintritt frei.
Militärisches Museum, Märkischer Platz, am Köpenicker Park. Täglich einschließlich Sonntag, außer Sonnabends, von 10 bis 15 Uhr geöffnet. Eintritt frei.
Museum für Heilübungen, Am Kupfergraben. Ab Mitte November täglich von 9 bis 16 Uhr geöffnet. Eintritt frei. Sonntag nur für größere Gruppen nach vorheriger Anmeldung geöffnet.

Museum für alte Musikinstrumente, Charlottenburg, Potsdamer Str. 1. Geöffnet Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag von 11 bis 15 Uhr. Eintritt 30 Pf. Sonntag Eintritt frei.
Naturhistorisches Schul- und Heimuseum, Weußhagen, Bahndamm 52-56. Geöffnet Dienstag und Freitag von 10 bis 15 Uhr bei freiem Eintritt.
Museum für Hindemanteltrieb (Staatliche Hindemanteltrieb), Steglitz, Rothenschanzstr. 14. Besichtigung nur nach vorheriger schriftlicher Anfrage gestattet. Eintritt frei.
Leipziger-Museum, Leipziger Str. 15. Täglich, einschließlich Sonntag, von 11 bis 15 Uhr geöffnet. Eintritt frei.

Pfarrer Heumanns Heilmittel
steils auch vorrätig in den Niederlagen:
Zions-Apotheke
Berlin N 31, Anklamer Straße 39, a. d. Ecke Brunnenstr. 5 Min. v. Rosenthaler Pl.
Adler-Apotheke
Berlin - Friedenstr., Köpenicker Str. 16.
Friedrich-Wilhelm-Apotheke
Charlottenburg 2, Leibnizstraße 106.
Beeges-Apotheke
Berlin O, Gubener Straße 33
Schweizer-Apotheke
Berlin W 8, Friedrichstraße 173
Rosen-Apotheke Schwabhe-Berlin
Das Pfarrer-Heumann-Buch
(272 Seiten, 150 Abbildungen) erhält jeder Leser umsonst und portofrei von
Ludwig Heumann & Co., Nürnberg M. 43



WOHLTUELE WOCHE

Heute Sonnabend Vorverkauf

Einige Beispiele:	
Composéfleid 9 ⁷⁵ <small>gut Stoff, ohne schön, Seidennmuster, Rock auf m. eingel. Falt. im Vorderteil</small>	Spangenschuhe 10 ⁵⁰ <small>feinfarbig, in beige u. grau, moderne Form, geschweifter Absatz</small>
Mantel 27 ⁵⁰ <small>aus Ottomane, moderner Huhkragen, Vorderteil reich mit Feinstablonen besetzt</small>	Strümpfe 95 <small>für Damen, Baumwolle oder Kunstseide, gute Qualität, Paar</small>
Filzhüte 2 ⁹⁰ 4 ⁹⁰ <small>für Damen in reichhaltiger Sortierung</small>	Schlüpfer 1 ²⁵ <small>für Damen, lein gewebt, gute Qualität</small>

Beachten Sie unsere morgigen Ankündigungen!

HERMANN TIEFZ

Leipziger Str. / Alexanderplatz / Frankfurter Allee / Belle-Alliance-Str.
Brunnenstr. / Kottbuser Damm / Wilmendorfer Str. / Andreastr. / Chausseestz.

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab. 29.10.27 Staats-Oper Am Pl. d. Republ. Anf. 8 1/2 Uhr Die Meistersinger	Sonnab. 29.10.27 Städtische Oper Blamarcstr. Anf. 8 1/2 Uhr Maskenball
Staatl. Schauspiel. Am Kupfergraben 8 Uhr Die Wupper	Staatl. Schillorch. Charlottenburg 8 Uhr Fünf von der Jazzband

Volksbühne
Theater am Bülowplatz Th. am Schillhausmann
7 1/2 Uhr
Peer Gynt

8 Uhr
George Dandin.
Dane: Der gemütliche Kommisar

Circus Kapita Schneider
Prinzessinnen, E. Soldner St. L. 11. 11. 11
100 Löwen und ein Riesen-Sport-Rekordprogramm
Anf. 8 Uhr, Sonnab. u. Sg. auch 9 Uhr
Sonntag ab 10 Uhr Tierschau, Frobren, Raubtierfütterung.

Theater des Westens
8 Uhr
Gastspiel
Fritz Massary
Eine Frau von Format

Deutsches Theater
Norden 10334-37
u. Ende 11 U.
Dorothea Angermans
v. Gerh. Hauptmann
Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele
Norden 10334-37
7 1/2 U. Ende 10 U.
„Maja“
Schauspiel von Hans Gertzel
Regie: Gaston Baty

Die Komödie
Blismarck 2414/7516
9 1/2 Uhr, Ende 10 1/2
Zinsen
Komödie von Bernard Shaw

Th. im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr
Die neue
HALLER-REVUE
„Wann und wo“

Trianon-Th.
Tägl. 8 1/2 Uhr:
Erika Glässner
in
Fran Präsidentin
Sonnabend nachm. 4 U.
Künstler-Kasperlaria.
daneb:
Hänsel u. Gretel

Justiz
Lesing-Theater
8 Uhr
Schinderhannes

SONNTAG NACHMITTAG
WERNER KRAUSS
in
Neidhardt v. Gneisenau
von W. Goetz.
Heute nachm. 3 Uhr:
Premiere
Jeden Mittwoch, Sonn- u. 3 Uhr
abend und Sonntag/ nachmittags
HEINZ PRENN
GROSSES SCHAUSPIELHAUS

Grosses Schauspielhaus
Täglich 8 Uhr / Ende 11 Uhr
Die neue
Charell
Inszenierung mit
Max Wallerberg
Rita Georg, Gudow
Lankuhn, Käthe Sackel
u. Werkmüller
Westermeyer
Jackson Boys
Sunshine Girls
Anst. Pral. Stern | Dirig. Dr. Römer
Mittwoch, Sonnabend und Sonntag
nachm. 3 U.: Reichardt von Goethezeit
mit Werner Krauss. Zu kleinen Preisen.
Vorverkauf 10 - 6 Uhr.

CASINO-THEATER 8 Uhr:
Die Paula vom Metropol.
Anschneiden! Gutschein 1-4 Pers.
Panier nur 1,10 M., Sessel nur 1,50 M.

3 Komische Oper 8 1/2
Neuartiges
Revue-Stück
Alles Nackt!
(Nach der gleichnamigen
Pariser Revue „Tout nu“)
300 Mitwirkende!
Original-Pariser Kostüme
Sonn. 3 1/2 Uhr: Vollständige
Vorstellung, zu kleinen Preisen
Jeder Erwachs. 1 Kind frei
Parkett 2,50 Mk.
Theaterkasse ununterbr. geöffnet.

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Straße 6.
Täglich 8 U. u. Sonntagnachm. 3 U.
Elite-Sänger
in großer Form in ihrem
Bombenprogramm!
Volkspreise von 50 Pf. bis 2,50 M.
Sonntag nachmittags:
Große Familien-Vorstellung
Volles Progr. Kl. Preis v. 40 Pf. b. 1,75 M.

Reichshaus-Theater
Anfang 8 Uhr u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Zum Schluss: Eine Hochzeit
in der Müllerstraße
Nachmittags: Halbe
Preise, volles Programm.

Dönhoff-Brett's
Varieté, Konzert, Tanz

8 UHR SCALA
Nollendorf-Tor
Die Oktober-
Varieté-Revue
Sonnabends u. Sonntags
je 2 Vorstellungen
20 u. 8 Uhr - 3⁰⁰ zu ermäßigten
Preisen das ganze Programm.

Wald-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr:
Am Radesheimer
Schloß stiehlt eine Lindo
Parkett statt 4 Mk.
ügl. auch Sonntags
8 1/2 Uhr: 40 Pf.
Athenbüdel
Parkett von 30 Pf. an

Residenz-Theater
Täglich 8 Uhr:
Gesamtspektakel des
Herrfeld-Theaters
m. d. 3-Akt-Schlager
Wer ist der Vater?
Sonntag 4 Uhr:
Schneeweißchen
und Rosenrot
Kleine Eintrittspr.

Thalia-Theater
8 Uhr
Der rote Hahn

Winter-Garten
Räucher-gestaltet
Edmond Guy, Ernest van Dieren
Enoch Licht's Columbia-Orchester

Renaissance-Theater
Steinplatz 901. - Täglich 8 Uhr:
Giovanni u. Annabella

Neues Theater am Zoo
Täglich 8 Uhr
Die Hotelratte
Operette v. Bromme
Musik: Paul Wilhelms.

Planetarium am Zoo
Verlag, Juchaczow Str. 10
NOLL 1878
Der Sternhimmel auf
der Reise von Berlin
nach dem Äquator
Vorführungen:
4 1/2, 6, 7 1/2, 9 Uhr.
Eintritt 1 M.
Nollstr. 15 Jahre 9,30 M.

Metropole-Theat.
Tägl. 8 1/2 Uhr
Der gr. Operen-
erfolg! - Die
Tugendprinzessin
Über 200 Aufführ.
Marin Kettner
Hörig, Ludwig, Hel. Meyer u. a.

Rose-Theater
4 Uhr: Hänsel u. Gretel
8 1/2 Uhr:
Charleys Tante

Theater in der Kommandantenstr.
Täglich 8 Uhr:
„Schön sehn wir aus!“
20 lustige Bilder mit
Henry Bender
Vorverk.: Theaterkasse 11-2 Uhr
Werth-Kassa, Hotel Invalidk.